

meine Erhöhungsanträge fanden nicht die volle Bewilligung. (Landeshauptmann Krainer: „Seien Sie vorsichtig, Sie schimpfen gegen den Finanzreferenten!“) Ich schimpfe nicht gegen den Finanzreferenten, sondern ich stelle nur fest, daß ich gerne mehr gehabt hätte, weil gerade die Wohnraumbeschaffung für Kinderreiche eine Lücke in der gesamten Wohnraumbeschaffung dieses Landes darstellt, die von keiner Seite geschlossen werden kann. Sie, Herr Landeshauptmann, wissen selbst auf Grund dessen, daß die Anträge teils durch ihre Abteilung laufen, wie gerade diese Wohnraumbeschaffung für Kinderreiche eine Notwendigkeit ist. Wenn man dann noch die Gelegenheit hat, die einzelnen Fälle nicht nur nach den Akten, sondern auch nach der Wirklichkeit durch eigene Anschauung kennenzulernen, dann sieht man wohl, daß auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun ist und daß hier auf diesem Gebiet noch und noch ein Bedarf vorhanden ist.

... ja, ich möchte noch weiter gehen und nicht nur sagen ein „Bedarf“, sondern oftmals ein katastrophaler Notstand. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß 30 Akte, das heißt also 30 Ansuchen im Rahmen der Wohnbauförderung für Kinderreiche vollkommen abgeschlossen sind in ihrer Erhebung und in ihrer Berichterstattung, aber auf Grund des Geldmangels im heurigen Jahr nicht erledigt werden konnten und für das nächste Jahr vorgemerkt werden mußten. Das heißt nämlich, daß die im nächsten Jahr kommenden Anträge nur in ganz bescheidener Form eine Erledigung finden können. Dazu kommt aber noch — auch das muß ich hier feststellen — daß der Preis beim Ankauf von Liegenschaften in den letzten zwei Jahren so gestiegen ist, daß man praktisch heute unter einem Betrag von 100.000 Schilling kaum noch eine Liegenschaft kaufen kann, in der man dann auch eine kinderreiche Familie wohnversorgen kann.

Bei der geschlossenen Heimfürsorge werden, wie schon die Berichterstatterin, Frau Abg. Lendl, ausgeführt hat, viele Umbauten und Ausbauten in den verschiedenen Altersfürsorgeheimen, insbesondere in Kindberg, weiter durchgeführt. Es handelt sich hier um Bäder, Waschräume und Teeküchen.

Eine besondere Freude habe ich, daß es diesmal gelungen ist, den Bettenaufzug für Kindberg unterzubringen, so daß also auch dieses Problem in unserem größten Heim eine Lösung finden wird. Leider ist ja der Zustand in unseren Heimen allgemein so, daß wir viel zu wenig Betten zur Verfügung haben. Alle unsere Heime — das kann ich hier nicht genug betonen — sind überbelegt. Wir haben derzeit einen Stand von 145 Pflegelingen in Ehrnau, von 166 in Knittelfeld und von 270 in Kindberg. Ich muß dabei feststellen, daß eine Auflockerung dieser Heime eine zwingende Notwendigkeit ist.

Gegen Mitte des kommenden Jahres hoffen wir, daß der Neubau des Fürsorgeheimes Radkersburg seinen Abschluß findet. Ich möchte auch dabei nicht versäumen, meiner Amtsvorgängerin, Frau Landesrat Matzner, den Dank auszusprechen für ihre Initiative. Ein Großteil der Arbeiten an diesem Hause ist in ihre Amtszeit gefallen und sie hat hier außerordentlich Vorbildliches geleistet. Die Fertigstellung

des Fürsorgeheimes in Radkersburg wird einen Gesamtaufwand von etwa 18 Millionen Schilling erfordern. Das ist ein beachtlicher Betrag, aber ich glaube, daß wir damit auch ein wirklich vorbildliches und schönes Heim bekommen. Ich weiß, daß es in der letzten Zeit gewisse Klagen gegeben hat wegen der blauen Außenfarbe des Heimes. Es hat der Herr Bezirkshauptmann von Radkersburg bei mir interveniert und hat mir erklärt, daß diese Farbe Anstoß erregt und daß diese Farbe irgendwie zu modern oder zu auffällig ist. Ich habe auch mit verschiedenen anderen Leuten gesprochen und bin selbst nach Radkersburg gefahren und muß sagen, daß ich glaube, daß diese Farbe nicht störend oder zu modern ist. Gerade jetzt, bei der schneebedeckten Landschaft nimmt sich diese Farbe durchaus schön aus und, letzten Endes, glaube ich, muß man auch dem Architekten einen gewissen Bewegungsraum überlassen und wir können uns nicht in alle Details einmischen. Das Heim Radkersburg wird eine Belagzahl von 120 Betten aufweisen und wird damit zu einer wesentlichen Auflockerung unserer jetzigen Heime beitragen.

Nun lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einiges zur Jugendfürsorge sagen. Hier darf ich insbesondere darauf verweisen, daß unsere Landesjugendheime eine Vielfalt von Problemen zu bewältigen haben. Es ist eine Feststellung, die man treffen muß, daß eine Zunahme auf dem Sektor der Fürsorgeerziehungszöglinge ständig gegeben ist, insbesondere bei Mädchen, und wir mit den vorhandenen Heimen nicht das Auslangen finden können. Es ist daher einem Vorschlag der Abteilung 9 entsprochen worden, daß das Mutter- und Kind-Heim, das nicht voll ausgelastet ist, in ein Fürsorgeerziehungsheim für Mädchen umgewandelt werden soll und die Landesregierung wird mit dieser Vorlage noch befaßt werden. Aber auch mit dieser Umwandlung ist noch keine endgültige Lösung gefunden. Bei dieser Gelegenheit will ich auch allen privaten Wohlfahrtsorganisationen im Rahmen der Jugendwohlfahrt meinen Dank aussprechen, denn sie alle helfen mit, das Problem der Jugendfürsorge, der Jugenderziehung, zu bewältigen. Mein Dank gilt insbesondere dem Kloster „Zum guten Hirten“, der Organisation „Rettet das Kind“, der Caritas und der Volkshilfe, die sich auf allen diesen Gebieten der Jugendwohlfahrt in wirklich dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt haben. Im Ausschuß hat Herr Abg. Hegenbarth eine Anfrage an mich gestellt bezüglich des Erfolges in den Fürsorgeerziehungsheimen und ob es darüber eine statistische Auswertung gibt. Ich habe diese Auswertung im Zeitpunkt der Anfrage noch nicht zur Verfügung gehabt, ich habe sie aber in der Zwischenzeit erheben lassen und kann Ihnen, Herr Abg. Hegenbarth, sagen, daß, auf das Jahr 1961 bezogen, wofür uns eine abgeschlossene Statistik zur Verfügung steht, die Abteilung 9 feststellen konnte, daß bei 74% der männlichen Zöglinge ein positiver Erfolg vorhanden ist und bei 76% der weiblichen Zöglinge. Man kann also durchaus sagen, daß die Erziehungserfolge gut und befriedigend sind. Bei 26% der Knaben und bei 24% der Mädchen mußte die Fürsorgeerziehung aufgehoben werden, entweder wegen Aussichtslosigkeit oder weil die Alters-

grenze für Fürsorgeerziehung überschritten worden ist.

Ich glaube auch die Gelegenheit wahrnehmen zu müssen, um darauf hinzuweisen, was auch im übrigen schon Frau Abg. Egger getan hat, daß die Erzieherinnen und Erzieher im Hinblick auf Anstellungsbedingungen, Einstufung und Bezahlung durchaus recht haben, sich darüber zu beschweren. Wir haben noch Erzieherinnen und Erzieher, die in die Gruppe D eingestuft sind, was also ein Zustand ist, der nicht gerade dazu beiträgt, daß man die besten Kräfte für die Jugenderziehung zur Verfügung hat. Ich bin in dieser Richtung durchaus dankbar, daß auch Sie, Frau Abg. Egger, darauf hingewiesen haben. Natürlich kann man mit Geld allein nicht alle Probleme lösen. Das gilt natürlich auch für die Erzieherinnen und Erzieher. Gerade unsere Erzieherinnen und Erzieher haben uns ja bewiesen, daß sie mit großem Idealismus, mit großer Aufopferung und mit großem Einsatz ständig um diese ihre Aufgabe in der Jugendhilfe bemüht sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch auf ein Problem und auf einen Bericht hier in diesem Hohen Hause aufmerksam machen, der den Abgeordneten in den nächsten Wochen zugesandt werden wird. Es ist das der Bericht über das Schuljahr 1961/62, über die an den Grazer gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen durchgeführte Aufklärungsaktion durch die Abteilung 9. Diese Aktion wurde von meiner Amtsvorgängerin, Frau Landesrat Matzner, vor sieben Jahren ins Leben gerufen. Nun ist ein sehr umfassender Bericht von den zuständigen Beamten ausgearbeitet worden, und auf diesen Bericht möchte ich im besonderen aufmerksam machen. Es ist darin eine Statistik und eine interessante Darstellung über ein Problem, das uns alle sehr interessieren muß. An Hand der Statistik wird nachgewiesen, daß leider allzuoft das Elternhaus in dieser Richtung versagt hat und daß wir uns außerordentlich bemühen müssen, dieses Versagen des Elternhauses hier zu sanieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen damit schließen, daß ich all denen, die mit der Fürsorge und der Jugendwohlfahrt befaßt sind, aufrichtig danke für ihre Mitarbeit im abgelaufenen Jahr und daß ich sie bitte, wie in diesem Jahr auch in der Zukunft all ihren Idealismus zur Verfügung zu stellen, um dieses Problem nach jeder Richtung hin und nach besten Kräften zu lösen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Abg. Leitner, ich erteile es ihm.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Wir haben in der Steiermark einen sehr agilen Zivilblindenverein. Dieser Zivilblindenverein stellt als Mindestforderung, die zweifellos berechtigt ist, die Gewährung der 14. Monatsrente, die ja, wie der Herr Referent heute wieder mitgeteilt hat, bereits im Budget präliminiert ist, und die Erhöhung der Blindenbeihilfe um 50 S pro Monat. Den Kampf, den der Blindenverein mit Unterstützung verschiedener Kräfte, auch mit Unterstützung meiner Partei

führt, hat zu einem gewissen positiven Ergebnis geführt, da die 14. Monatsrente praktisch schon so gut wie gesichert ist. Aber noch immer ist die Erhöhung der Blindenbeihilfe um mindestens 50 S pro Monat offen. Im Budget 1963 ist für die Zivilblinden ein Betrag von 1,2 Millionen Schilling mehr eingesetzt worden. Der erforderliche Betrag für die Erhöhung der Beihilfe um 50 S mehr pro Monat für die ca. 1120 Zivilblinden in der Steiermark würde 784.000 S ausmachen, der Betrag für die 14. Beihilfe etwa 468.000 S. Es läßt sich daher im Betrag von 1.200.000 Schilling die 14. Monatsrente und die Erhöhung der Blindenbeihilfe um 50 Schilling für die praktisch und vollblinden Zivilblinden unterbringen. Auf Grund der finanziellen Lage kann man die Forderung der Zivilblinden nicht ablehnen. Im Bundesland Tirol haben wir bereits eine Zivilblindenrente in der Höhe von 350 S für praktisch Blinde und von 550 S für Vollblinde. Das ist der Satz, den auch die steirischen Zivilblinden verlangen. Der Herr Landesrat Gruber hat gerade hier ausgeführt, daß es ihm nicht möglich erscheint — ich habe das so verstanden — im Zusammenhang mit den anderen Zivilinvaliden, die ebenfalls ein Anrecht auf eine Rente haben, der Frage der Erhöhung der Blindenbeihilfe um 50 S derzeit schon näherzutreten. (Landesrat Gruber: „Habe ich nicht gesagt!“) Na, so ähnlich habe ich es jedenfalls verstanden. Wenn Sie der Meinung sind, daß es gerecht ist, wenn die finanzielle Bedeckung vorhanden ist, welche Schwierigkeiten bestehen dann noch, die Mindestforderung der Zivilblinden, die für diese Forderung schon viele Jahre kämpfen, auch zu erfüllen. Ich glaube nicht, daß man die Zivilblinden mit anderen Versehrten so ohne weiteres vergleichen kann. Zum Beispiel die Kriegsblinden bekommen eine Blindenbeihilfe von monatlich 1200 S. Die Forderung der Zivilblinden geht ja auch auf die Angleichung an die Kriegsblinden, aber natürlich so wie die Lage heute steht, wären sie schon zufrieden, wenn ihre Blindenbeihilfe auf Grund der vielen Preiserhöhungen, die es im Laufe der letzten Jahre gegeben hat, ebenfalls oder wenigstens um 50 S erhöht wird. Und was hindert also dann die verschiedenen hier im Landtag vertretenen Parteien, dieser Forderung ihre Zustimmung zu geben, wenn vor allem sogar im Jahre 1963 die Mittel dazu vorhanden wären? Vor den Wahlen haben die Parteien Vieles versprochen. Die Sozialistische Partei, das wurde hier im Hohen Hause vermerkt, hat sich als Partei „mit Herz“ vorgestellt, die Österreichische Volkspartei, soweit mir bekannt ist, als Partei mit „Herz und Verstand.“ (Abg. Heidinger: „Euch fehlt Beides!“) Solche Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Heidinger zeigen nur Haß und Antikommunismus; sind Behauptungen, die er nicht beweisen kann. Mich würde es sehr freuen, wenn er zum Beispiel beweisen würde, daß die Forderung auf Erhöhung der Blindenbeihilfe um 50 S eine Dummheit, ein Blödsinn ist oder so. (Abg. Heidinger: „Sind's nicht demagogisch, Sie haben gerade von der Wahl gesprochen!“) Da beide Regierungsparteien versprochen haben, eine Partei mit Herz zu sein und unter den verschiedenen Fürsorgebedürftigen gerade die Zivilblinden ein besonderes Anrecht auf Verständnis haben, ersuche

ich Sie: Seien Sie von rechts und von links gegenüber den Zivilblinden nicht hartherzig; geben Sie sich einen Schubser oder von mir aus einen Stoß; bewilligen Sie die Mindestforderung der Zivilblinden! Das würde den Weihnachtsabend der steirischen Zivilblinden wesentlich verschönern.

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich erteile der Faru Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Hella Lendl: Hohes Haus! Ich darf meinen Antrag wiederholen um Sie um die Zustimmung zur Gruppe 4 bitten.

Präsident: Wir können über die Gruppe 4 abstimmen. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen der Gruppe 4 einverstanden sind, um ein Handzeichen (Geschiebt).

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Präsident: Wir kommen zur

Gruppe 5:

Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung.

Berichterstatter ist Abg. Alois Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Klobasa: Hoher Landtag! Der Voranschlag für die Gruppe 5 ist auch im heurigen Jahr wieder sehr hoch. Die Ausgaben sind mit fast 390 Millionen Schilling veranschlagt, das sind rund ein Viertel oder 25,6% des gesamten Voranschlages des ordentlichen Haushaltes des Landes Steiermark. Die Einnahmen betragen, über 270 Millionen Schilling, d. s. rund 18% der gesamten Einnahmen. Innerhalb der Gruppe 5 erfordert der Unterabschnitt 521/522 sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben die größten Summen, nämlich bei den Einnahmen über 207 Millionen Schilling und bei den Ausgaben fast 296 Millionen Schilling. Hier handelt es sich um die Inbetriebhaltung der 16 Krankenanstalten des Landes Steiermark. Das Landeskrankenhaus Graz erfordert allein rund 165½ Millionen Schilling. Auf die übrigen Abschnitte eingehend, möchte ich feststellen: Die Voranschlagspost 50/704 — Stipendien für zahnärztliche Ausbildung wurde auf 240.000 S erhöht. Eine Erhöhung um über 22% fand beim Unterabschnitt 512 Hebammenwesen statt. Ebenso erhöht wurde der Unterabschnitt 513, „Beratungstätigkeit in der Gesundheitsfürsorge“ um fast 100.000 S. Auf den Unterabschnitt 520 verweisend, möchte ich feststellen, daß der Ausgabenbeitrag eine geringfügige Verminderung fand und zwar deshalb, weil die Post „Zinsen für Darlehen zur Bedeckung von Ausgaben für Krankenhausbauten“ im ao. Voranschlag sich um 140.000 S verminderte.

Wie jedes Jahr sind auch diesmal die Ausgaben für die Sonderkrankenhäuser, Heilstätten, für die Landes-Heil- und Pflegeanstalten, sehr hoch. Sie werden um rund 3¾ Millionen Schilling höher sein als sie im laufenden Rechnungsjahr waren und fast 77 Millionen Schilling betragen.

Erfreulich ist die Erhöhung des Ansatzes für die körperliche Ertüchtigung um 16%. Hier handelt es

sich um die Bedeckung der Kosten für die Ski-Veranstaltungen, für die Österreichischen Ski-Meisterschaften in Haus bzw. in Murau zu Beginn des kommenden Jahres und um die Vorbereitungen für die olympischen Winterspiele im Jahre 1964 in Innsbruck.

Die neuerliche Erhöhung der Post „Förderung der Errichtung und Ausgestaltung von Jugendheimen“ läßt berechtigt hoffen, daß unsere Jugend ihre Heime weiterhin ausgestalten und ausbauen wird können.

Einen schönen Schritt um rund 27% aufwärts macht der Förderungsbeitrag zur Errichtung von Jugendherbergen. Jugendherbergen sind jene Einrichtungen, die vor allem der wandernden Jugend, die mit Herz und Seele die Heimat kennenlernen will, zugute kommen werden. Daher ist die Bereitstellung von mehr Mitteln um 27%, obwohl die Gesamterhöhung der Gruppe 5 nur 0,3% ausmacht, überaus erfreulich, auch deshalb erfreulich, weil die Jugendherbergen neben einem wirtschaftlichen auch einen ideellen Beitrag darstellen.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 11. dieses Monats die Anträge der Gruppe 5 der Anlage 1 zur Gesetzesvorlage über den Landesvoranschlag des Jahres 1963 ausführlich behandelt und gutgeheißen. Ich darf daher im Namen des Finanz-Ausschusses dem Hohen Haus die Annahme des Voranschlages bei der Gruppe 5 empfehlen.

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der dritte Präsident, Herr Abg. Dr. Stephan. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Stephan: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zur vorliegenden Gruppe möchte ich nur einige kurze Bemerkungen vorbringen und möchte den raschen Ablauf der heutigen Sitzung, da offensichtlich in den letzten Stunden der direkte Gang eingeschaltet wurde, wie ich aus den Streichungen auf der Rednerliste ersehe, nicht weiter aufhalten.

Ich habe im vergangenen Jahr namens meiner Fraktion, wie Sie wissen, schon einmal die Frage nach der Post 54/706 gestellt, das ist die Förderung des steirischen Flugsportes. Ich habe mir damals erlaubt, die Frage vorzulegen, wie dieses Mittel, die damals für das Jahr 1962 170.000 S betragen haben, auf einzelne Vereine, die sich mit dem Flugsport beschäftigen, aufgeteilt werden. Ich habe eine restlos befriedigende Antwort eigentlich nicht erhalten, ich habe aber daraus ersehen, daß wohl der ASKO und die Union, daß aber weniger der ASVO dabei berücksichtigt wurden. Ich habe mit großer Befriedigung festgestellt, daß die Summe von 170.000 S im heurigen Jahr auf 270.000 S erhöht wurde und habe mir schon geschmeichelt, daß am Ende diese 100.000 S Erhöhung aus dem Grund vorgenommen worden sei, daß man auch dem ASVO das ihm Zukommende geben könnte. Wenn es möglich sein sollte, in der abschließenden Ausführung vom zuständigen Referenten darüber Aufklärung zu erhalten, so wäre ich namens des ASVO außerordentlich dankbar.

Nun aber zu einem weiteren Punkt der Gruppe 5, zu den Krankenanstalten. Es wird von uns unzweifelhaft anerkannt, daß das gesamte Krankenhaus-

wesen in der Steiermark besser geordnet ist als in den meisten anderen Bundesländern. Daß die dem Lande zur Verfügung stehenden Mittel im Verhältnis zum eigentlichen Bedarf, insbesondere da sich ja fast alle Krankenanstalten im Eigentum des Landes befinden, gering sind, beweist, daß trotz steigender Anforderungen auch im heurigen Voranschlag das Defizit nicht wesentlich höher geworden, sondern genau gleich geblieben ist. Trotzdem muß ich in diesem Zusammenhang auf einige Umstände hinweisen, die mir im Laufe dieses Jahres bekannt geworden sind. In Anbetracht der Höhe der Summe, die das Land jährlich für die Krankenanstalten und Heil- und Pflegeanstalten draufzuzahlen hat, wäre sicherlich manchmal dort und da sparsamer vorzugehen. Ich darf hier auf die „Tagespost“, eine für die Freiheitlichen bestimmt unverdächtige Zeitung, hinweisen, auf die „Tagespost“ vom 19. November dieses Jahres, in der ein Bild aufgeschienen ist, worunter steht „als grundloser Morast erwies sich der Baugrund für den östlichen Trakt der neuen Universitäts-Kinderklinik“ usw. Dabei fragt man sich, ob es denn nicht möglich gewesen wäre, die dann dort notwendigen Beton-Piloten dadurch zu ersparen, daß man durch eine vorherige Untersuchung des Baugrundes vielleicht von einer Verbauung dieses Grundstückes überhaupt abgesehen hätte.

Zum zweiten ist mir bekannt geworden, daß — und das liegt schon etwas länger zurück — beim seinerzeitigen Neubau der Röntgenstation beim Zentral-Röntgeninstitut vergessen wurde, eine Kobaltbestrahlungsstation einzubauen, so daß man dann gezwungen war, diese nächher in den Keller zu verlegen.

Hauptsächlich aber habe ich mich zu befassen mit den verschiedenen Versuchen, das Leobner Krankenhaus instand zu setzen und die immer höher werdenden Anforderungen zu erfüllen. Vor dem Kriege, ich glaube, im Jahre 1938, soll für Leoben ein Plan aufgelegt haben, in Schladnitz ein neues, vollständiges Krankenhaus zu errichten, wobei man dann bei entsprechender Planung und Befragung von Fachleuten ohne Zweifel etwas hätte hinstellen können, was allen Anforderungen gerecht geworden wäre. Aus dieser Planung ist nichts geworden, aus dem Neubau ist nichts geworden. Man hat im Jahre 1945 mit der Aufstockung des Hauptgebäudes begonnen, und diese Aufstockung wurde nach einigen Jahren beendet. Der aufgestockte zweite Stock wurde damals, wie jetzt erzählt wird, mit Kachelöfen ausgerüstet, und nach zwei Jahren ist man darauf gekommen, daß eine Zentralheizung irgendwie günstiger wäre, worauf die gerade zwei Jahre im Dienst stehenden Kachelöfen wieder abgetragen wurden. Allerdings nicht alle, es bestehen doch noch einige, so daß wahrscheinlich damit nicht sehr lukrativ und kostendeckend verfahren werden kann. Dabei hat man die Zentralheizung, das heißt, die Heizung nicht in ein eigenes Heizhaus, wie üblich, verlegt, sondern man hat diese Heizung in den Keller verlegt und hat dabei, so wird mir gesagt, die Fundamente des Hauptgebäudes leicht unterfahren und beschädigt und dadurch die Mauern des Hauptgebäudes in Mitleidenschaft gezogen.

Es hat sich außerdem herausgestellt, daß die Heizung, das Heizhaus im Keller des Hauptgebäudes für die Anforderungen, die jetzt zusätzlich an es gestellt werden, nicht ausreicht, daß also in Bälde wahrscheinlich ein weiteres Heizhaus entweder wird gebaut werden müssen, daß aber wegen des Platzmangels dieses Heizhaus wahrscheinlich wieder ganz woanders hinkommen müssen, weil auch eine Wäschereivergrößerung vorgesehen werden sollte. Es wurde mir ferner mitgeteilt, daß die Elektroinstallation im 2. Stock, also in diesem aufgestockten Stock des Hauptgebäudes, nach einigen Jahren schon wieder erneuerungsbedürftig wäre, weil man bei der erstmaligen Installation angeblich altes Aluminiummaterial verwendet hat, das dann die Sache offenbar nur zwei oder drei Jahre ausgehalten hat. Und nun noch eine Kleinigkeit. Die Frauenabteilung ist ja, wie Sie wissen, in Leoben neu gebaut worden, weil dort die Frauenabteilung in Bäracken untergebracht war, der Raum zu klein war, weil man nur 86 Betten dort unterbringen konnte. Man hat also ein neues Gebäude mit 7 Stockwerken errichtet, und jetzt kommt man drauf, daß in diesen 7 Stockwerken insgesamt — was Krankenhausbetten anbelangt — auch wieder nur 86 Platz haben, daß aber dabei ein Konferenzzimmer, Speisesäle und vor allen Dingen überdimensionierte Vorräume in dieser Frauenabteilung vorhanden sein sollen. Die Notwendigkeit eines Konferenzraumes in diesem Ausmaß wurde insbesondere, da man ja die Betten dringend nötig hätte, bestritten. Es ist daher die Frage, ob bei der Planung des Ausbaues des Leobner Krankenhauses nicht die nötige Vorsorge gefehlt hat, daß insbesondere gefehlt hat die Befragung von zuständigen Sachverständigen, wie es sie in aller Welt gibt, daß nicht Hygieniker und Leute, die sich mit dem Krankenhausbau beschäftigen, damit befaßt wurden und daß vor allen Dingen immer wieder, wenn man von seiten der Ärzte dort in der Abteilung 12 Einspruch erhoben hat, darauf verwiesen wurde, daß ohnedies das Notwendige vorgesorgt sei. Daß man nebenbei ursprünglich beim Baubeginn der Frauenabteilung einer Baufirma den Auftrag gegeben hat, von der man hätte wissen können, daß sie nicht auf gerade sehr guten Beinen steht, sei nur nebenbei bemerkt. Sie ist auch bald darauf in die Binsen, d. h. in den Ausgleich gegangen, und es mußte eine weitere Firma damit beauftragt werden, was sicherlich auch nicht sonderlich kostensparend gewirkt haben dürfte. Diese Kleinigkeiten möchte ich hier vorgebracht haben, meine Damen und Herren, und ich bin außerordentlich erfreut darüber, wenn sie wenigstens teilweise auf einer unrichtigen Information beruhen würden, weil es mich wirklich freuen würde, wenn mit den Mitteln des Landes, die ja gerade in bezug auf die Krankenversorgung ganz bedeutend in Anspruch genommen werden, wirklich sparsam auch beim Krankenhausbau umgegangen würde.

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Stepantschitz, ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zweimal ist im jetzt

ablaufenden Jahr der Ruf des Grazer Landeskrankenhauses noch ziemlich weit über die engeren Grenzen unserer Heimat hinausgedrungen. Einmal erst in den letzten Wochen, als in Graz die ersten Herzoperationen durchgeführt werden konnten, das zweite Mal, schon etwas weiter zurückliegend, als im Grazer Krankenhaus die Wahlkost eingeführt wurde. Nun, eine Leistung der Medizin, eine Leistung der Verwaltung. Wenn ich diese zwei Tatsachen an die Spitze meiner an sich kurzen Ausführungen gestellt habe, so deshalb, weil ich das Positive durchaus in den Vordergrund stellen will, so wie ich das auch in den letzten Jahren immer tun konnte. Es sind gerade in letzter Zeit einige Einrichtungen in den medizinischen Abteilungen geschaffen worden, die die Möglichkeit bieten, daß die medizinische Fakultät von Graz wieder zu Weltgeltung kommt. Wir alle wissen, daß die österreichische medizinische Schule einmal etwas bedeutet hat, daß dieser Ruf gelitten hat durch die Kriegszeit und durch die Nachkriegszeit. Umsomehr dürfen wir uns freuen, daß die personellen und auch die technischen Voraussetzungen jetzt gegeben erscheinen, um diesen alten Ruf wieder zu erlangen. Wir haben also in Graz eine Herz-Lungen-Maschine, die die modernsten Operationen ermöglicht, wir haben die früher erwähnte Kobaltbombe, von der ich nicht unbedingt überzeugt bin, daß es ein Nachteil ist, wenn sie im Keller gelagert ist. Sie bewirkt Bestrahlungen von bösartigen Erkrankungen in einer Form, die bisher nicht möglich war. Wir haben in Graz jetzt einen der modernsten Kreißsäle, und ich darf meiner Freude Ausdruck geben, daß dieser Kreißsaal wirklich auf Grund von Ratschlägen der Hygieniker erstellt worden ist, so daß Hausinfektionen nach menschlichem Ermessen weitestgehend ausgeschlossen erscheinen. Es sind die Laboratorien der medizinischen Kliniken doch weitgehend auf modernen Standard gebracht worden. Es besitzt das pathologische Institut ein Elektronenmikroskop und es können auch hier sehr wertvolle Grundlagenforschungen betrieben werden. Alles zusammengenommen, meine Damen und Herren, glaube ich also wirklich, daß wir mit dem, was erreicht worden ist, zufrieden sein können und daß wir nun hoffen, daß es uns die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, auch in Zukunft so wie bisher dafür zu sorgen, daß im Grazer Landeskrankenhaus jetzt nicht nur moderne Möglichkeiten der Therapie durchgeführt werden können, sondern daß auch entsprechende Forschung betrieben werden kann. Ich habe am Anfang auch die Einführung der Wahlkost angeführt. Es hat dies eine Sensation bedeutet. Soviel ich weiß, ist es in Österreich und auch in den angrenzenden Ländern noch nirgends gelungen, eine solche Möglichkeit zu schaffen. Ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, daß die Patienten mit dieser Einführung, nicht alle, aber doch soweit als möglich, zufrieden sind. Es ist eine interessante Zahl. Die Menge der Speiseabfälle ist um monatlich 10.000 l geringer geworden. Auch das ist also, glaube ich, ein Beweis dafür, daß das Essen, das jetzt den Patienten angeliefert wird, auch tatsächlich verzehrt wird. Das alles bei einem Betrag von S 10'50 pro Verpflegstag, der für die Ernährung ausgegeben werden

kann. Jeder weiß, daß dieser Betrag sehr gering ist. Und wenn es gelungen ist, darauf darf ich hinweisen, nun diese Wahlkost einzuführen in einer Zeit, da die Verpflegseinheit teurer geworden ist, ohne diesen Betrag zu erhöhen, so spricht das schon dafür, daß man sich Mühe gegeben hat und daß man alle gegebenen Möglichkeiten wirklich bestens ausgeschöpft hat. Nur ein kurzes Beispiel zu den Pflegegebühren, die derzeit 80 S für die 3. Verpflegsklasse betragen: Es hat der Herr Berichtstatter schon darauf hingewiesen, daß selbstverständlich das Defizit der Krankenhäuser wieder gestiegen ist. Es wird dieser Verpflegssatz aber praktisch nur von einer ganz geringen Anzahl der Pfinglinge bezahlt, denn den Krankenkassen wird ja Ermäßigung gewährt. Ich möchte nur so anregen, sich zu überlegen, ob es nicht klüger wäre, gleich einen echten Verpflegssatz zu nennen, denn diejenigen, die jetzt keine Ermäßigung mehr haben, sind ja praktisch einer Bestrafung unterworfen. Denn das ist eine ganz verschwindende Minderheit, und es handelt sich dabei ja nicht um die Überreichen, es handelt sich da vorwiegend um Menschen des bauerlichen Berufsstandes mit kleinem Einkommen. Also diese Anregung möchte ich einmal geben, ob man sich nicht überlegen sollte, einen echten Pflegegebührensatz zu nennen, der freilich nur insofern echt wäre, als er für alle gleich wäre. Er wäre noch lange nicht echt hinsichtlich der Kosten, die das Land trägt. Ich habe es auch schon immer wieder wiederholt, daß die Beträge schon das Doppelte von dem ausmachen, was man vom Patienten verlangt und verlangen kann. Nun, es ist nicht nur die Einrichtung verbessert worden. Es befindet sich das Kinderspital im Bau; auch schon angeführt worden. Ich darf hier schon die Bitte anfügen, ob jetzt der Grund so oder so sei, diesen Bau nach Möglichkeit zu beschleunigen. Es ist schon so oft gesagt worden, und nicht zu Unrecht, daß es sich hier wirklich darum handelt, eine erfolgreiche Behandlung unserer Säuglinge, unserer Kleinkinder zu ermöglichen. Die derzeitigen Verhältnisse sind so, daß sie tatsächlich immer wieder unseren kleinsten Mitbürgern das Leben kosten, weil es einfach nicht möglich ist, eine entsprechende Trennung der einzelnen Krankheitsbilder durchzuführen, eine entsprechend hygienische Behandlung zu gewährleisten.

Wir ersehen aus dem Voranschlag, daß vorgesehen ist die Errichtung einer Unfall-Chirurgie in Bruck, Erweiterungen in Rottenmann, Knittelfeld und Bad Aussee, um nur die größeren Bauvorhaben zu erwähnen, kleinere Zubauten in Graz an der zweiten chirurgischen Abteilung. Fertiggestellt worden ist die Frauenabteilung in Leoben. Es ist richtig, was Präsident Dr. Stephan gesagt hat, daß dieser Bau nun wieder zu klein ist. Es sind diese Bedenken ja schon laut geworden, als der Bau projektiert würde, ich darf also hoffen, daß es möglich sein wird, einen Weg zu finden, um in Leoben weitere Frauenbetten unterzubringen. Es sind verschiedene Mängel hier angeführt worden, ich glaube, es ist wirklich so, daß man versuchen muß, Leoben von Grund auf zu sanieren, aber ein erster Schritt ist nun einmal die Errichtung der Frauenklinik, als nächstes wird dann in Leoben notwendig sein, das

Kinderspital neu zu erbauen. Ich darf weiters feststellen: Ich bin weder berufen, noch steht es mir zu, dem Herrn Landesrat irgendeine Rechtfertigung vorwegzunehmen, aber ich darf nur eines feststellen, es ist bei der Projektierung der Frauenabteilung von Leoben der zuständige Primarius beigezogen worden, er ist befragt worden und er hat sich mit dem Bauplan einverstanden erklärt. (Landesrat Sebastian: „Das ist Prof. Navratil.“) Wir haben immer darauf Wert gelegt, seitdem ich die Ehre habe, im Finanzausschuß zu sein, daß bei Projekten, die die Sanität betreffen, die Ärzte entsprechend gefragt werden, und ich darf feststellen, daß das auch hier geschehen ist. Natürlich ergeben sich trotzdem immer wieder Mängel, weil wir eben alle Menschen sind und daher immer wieder etwas passiert, was man an sich besser vermieden hätte.

Nun darf ich vielleicht noch ein kurzes Wort verwenden für Fragen, die den öffentlichen Gesundheitsdienst betreffen. Ich darf erfreulicherweise feststellen, daß sich die Impfung gegen Kinderlähmung allem Anschein nach bewährt hat. Wir können das abschließend natürlich erst nach vielen Jahren sagen, aber allem Anschein nach ist die Krankheit so weitgehend zurückgedrängt, daß sie kein wesentliches Problem mehr bedeutet. Es sind dafür aber wieder andere Gefahren, die sich in den Vordergrund gestellt haben. Es wird mehrfach ein Strahlenschutzgesetz verlangt. Nun, ich glaube nicht, daß man alles gleich durch ein Gesetz regeln muß, es wird aber doch notwendig oder zumindest zweckmäßig sein, daß unsere Gesundheitsbehörden auf die Gefahren aufmerksam machen, die uns Menschen des 20. Jahrhunderts durch die Strahlen drohen. Ich möchte nicht wieder eingehen auf das, was gestern schon gesagt worden ist im Zusammenhang mit dem Zivilschutz, über die Atombomben, über die Atomkraft, es gibt auch andere Strahlen, die therapeutisch verwendet werden, es gibt die Röntgenstrahlen. Es ist hier so, daß also neue Gefahren auftreten und gerade jene Kräfte, die wir zur Heilung verwenden, können ja dann, wenn man sie schlecht verwendet, auch schädigend wirken. Auf dieses Kapitel wollte ich kurz aufmerksam machen.

Das zweite ist die Frage der Auspuffgase. Ich möchte hier doch anregen, daß man, wenn man Verkehrspläne entwirft, auch darauf achtet, daß nicht in engen Gassen eine derartige Ansammlung von Auspuffgasen entsteht, daß sie gesundheitsschädigend wirken müssen und es ist gar keine Frage, daß ein Zusammenhang besteht zwischen Lungenkrebs und den Dieseldgasen. Also auch auf dies wollte ich aufmerksam machen. Ich weiß, das Hohe Haus ist nicht zuständig, aber es ist unerlässlich, daß auch diese Frage hier zumindest einmal erörtert wird. Im Zeitalter der Technik müßte man auch Wege finden, die Gesundheit des einzelnen besser zu schützen als dies bisher der Fall war.

Und nun zum Schluß einige Wünsche, die ich wieder anmerken darf. Von der Kinderklinik habe ich schon gesprochen; auch von Leoben schon. Es wäre zweckmäßig, wenn auch in einigen anderen Land-Krankenhäusern, also Landeskrankenhäusern in den kleinen Ortschaften draußen, Extrazimmer

für Kleinkinder eingerichtet würden. Vor allem in Mürzzuschlag ist dieser Wunsch laut geworden für die interne Abteilung, denn auf der Chirurgie ist das ja bereits der Fall. Es ist ein weiterer Wunsch noch anzumelden. Sie alle, meine Damen und Herren, haben, soviel ich weiß, ein Schreiben der Ärztekammer bekommen, betreffend die Entlohnung der Ärzte. Ich möchte auf diese Frage nicht im einzelnen eingehen. Ich weiß, daß sie sehr schwer zu lösen ist, ich weiß, daß es sich da um eine eigene, problematische Angelegenheit handelt, aber ich darf doch eines dazu sagen: In einer Zeit, in der die allgemeine Arbeitszeit immer kürzer wird, wird natürlich das Mißverhältnis zu der Dienstzeit des Arztes immer krasser, denn man kann eben den Patienten nicht zumuten, sagen wir, nur 45 Stunden in der Woche krank zu sein. Und man kann nicht, in jedem Krankenhaus jedenfalls nicht, alle 45 Stunden die Ärzte abwechseln lassen. Es herrschen da eben besondere Verhältnisse und es werden zweifellos besondere Lösungen notwendig sein. Ich weiß, daß im allgemeinen, vielleicht auch bei allen, der Wille besteht, hier eine entsprechende Lösung zu finden und ich hoffe nur, daß es möglich sein wird, diese Lösung ohne weitere Komplikationen wirklich werden zu lassen.

Meine Damen und Herren, es geht bei dem Kapitel, über das ich gesprochen habe, letztlich immer wieder nur darum, daß sich gute Menschen finden, die bereit sind, zu helfen, gute Menschen als Ärzte, als Schwestern, als Wartepersonal, gute Menschen aber auch in der Verwaltung und im politischen Leben, die sich dafür einsetzen, daß die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden und entsprechend gut bereitgestellt werden. Es geht darum, daß gute Menschen bereit sind den Mitmenschen zu helfen, denen es eben nicht gut geht und die als Kranke besonders hilfsbedürftig sind. Ich bin sicher, daß wir alle gemeinsam, weitab von allen persönlichen und politischen Überlegungen, auch in Zukunft gewillt sind, diesen Auftrag, den wir haben, und der unabweisbar ist, zu erfüllen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Ileschitz.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bei der Behandlung der einzelnen Gruppen im Landes-Budget wird von den Referenten und Debattenrednern immer wieder darauf hingewiesen, daß die Dotierung nicht in jenem Ausmaß erfolgt sei, wie Wünsche und Bedürfnisse vorhanden sind. Wenn ich nun zur Gruppe 5 spreche — und mein Vorredner, Herr Primarius Dr. Stepantschitz, hat schon in kurzen Worten auf verschiedene Dinge hingewiesen, die auch in dieser Gruppe vorhanden sind —, so erlauben Sie mir, auch einige Worte dazu zu sagen. Die Gesundheit unserer Bevölkerung, die Aufrechterhaltung der Gesundheit unserer Bevölkerung ist unser oberstes Gebot. Und das Land Steiermark hat in dieser Beziehung gegenüber vielen anderen Bundesländern in Österreich sehr viel, ja unwahrscheinlich viel bereits geleistet. Und trotzdem bleiben viele Wünsche offen. Ich möchte in diesem Zusammenhang gerade auch auf den Aus-

bau der Spitäler im besonderen hinweisen, der rüstig und zügig voranschreitet und doch dann und wann wieder Wünsche offen läßt, die als vordringlich zu bezeichnen sind. Im Vorjahr bei der Budgetdebatte hat bereits der damalige Landtagsabgeordnete und jetzige Landesrat Gruber darauf verwiesen, wie notwendig es wäre, im Anschluß an das Landeskrankenhaus Bruck a. d. M. eine Unfallstation zu errichten. Die Frage ist sehr wohlwollend behandelt worden, jedoch konnte noch kein sichtbarer Erfolg erzielt werden, so daß es mir obliegt, im heurigen Jahr neuerdings auf dieses Problem besonders hinzuweisen. Ich glaube aber auch besonders darauf verweisen zu müssen, daß die Errichtung einer Unfallstation in Bruck a. d. M. nicht nur die Aufgabe des Landes ist, das heißt, die Finanzierung ausschließlich und allein vom Lande aus erfolgen soll, sondern auch die der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt. Diese ist gerne bereit, auch in entsprechender Form finanzielle Beihilfe zur Errichtung einer solchen Unfallstation zu leisten. (Landeshauptmann Krainer: „Die Allgemeine Unfallversicherung hat ja auch ein Reinvermögen von ungefähr 200 Millionen Schilling! Warum macht sie das nicht selbst?“) Daher ist sie auch bereit, sich entsprechend zu beteiligen. Sie ist ja nur allzugern bereit, ihren Beitrag zu leisten und ich glaube sogar, bis zu einer Höhe der Hälfte der Baukosten und zur Errichtung dieses Gebäudes überhaupt. Wenn ich besonders auf Bruck verweise, so deshalb, weil Bruck a. d. M. irgendwie das Kernstück und der Mittelpunkt unserer steirischen Schwerindustrie ist und dort so viele Menschen leben und so viele Menschen beschäftigt sind, bei denen die Unfallhäufigkeit ganz besonders groß ist. Andererseits aber ist Bruck auch ein Verkehrsknotenpunkt der Straße und die Unfallhäufigkeit auf den Straßen gerade im Bereich von Bruck ist eine große, ja wir können sagen, in der Steiermark die größte.

Wenn zum Beispiel die Verkehrsunfälle ein Ausmaß von 20% aller Unfälle annehmen, so ist diese Ziffer in Mürzzuschlag nur mehr auf rund 4% heruntersinken. Man sieht also, daß der Bezirk Bruck eine sehr große Anzahl von Unfallverletzten hat und daß der Transport Unfallverletzter nach Graz ins Unfallkrankenhaus oder in die Unfallspitäler oder andererseits in die Unfallstation nach Kalwang ein sehr weiter ist. Wir wissen auch, daß da und dort ein Menschenleben hätte gerettet werden können, wenn eben eine Unfallstation in diesem Bezirk vorhanden wäre. Ich bitte daher im ganz besonderen die Landesregierung, sich mit diesem Problem vordringlichst zu beschäftigen und dieses Problem bei der Budgetierung für das Jahr 1963 einer entsprechenden Lösung zuzuführen. Die Unfallversicherungsanstalt, die ja laufend verhandelt hat mit der Landesregierung, ich betone es, hat auch mir gegenüber versichert, daß sie zu ihrem Wort steht und entsprechende Mittel bis zur Höhe der Errichtung einer solchen Unfallstation zur Verfügung stellt. Ich bitte also, diesen meinen Wunsch im Budget berücksichtigen zu wollen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Ritzinger, ich erteile es ihm.

Abg. Ritzinger: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Die Entwicklung unserer Jugend und ihre Zukunft muß das Anliegen aller hier im Hohen Hause vertretenen demokratischen Parteien sein. Wir dürfen uns nicht nur darauf beschränken, Gelder für Maßnahmen der Jugendförderung einzusetzen. Über diese gewiß verantwortungsvolle Tätigkeit hinaus hat die junge Generation das Recht, zu verlangen, daß ihr Klarheit über ihr Leben und die Möglichkeiten in unserem Staatswesen vermittelt wird. Die Parteien haben nicht das Recht, sich zum guten Onkel aufzuspielen, der alles bestens verteilen und einrichten kann. Wir leben heute im Zeitalter eines gewissen Wohlstandes. Unsere hochindustrielle Gesellschaft hat es verstanden, den Konsum der materiellen Güter pikant zu mixen und prall zu füllen. Wir nähern uns einem gewissen Sättigungspunkt und einer Gesellschaftsordnung, in der die lebendigen Gesellschaften bzw. Gemeinschaften eingeengt werden, wie zum Beispiel die Familie, die Nachbarschaft, der Kleinbetrieb, und an dessen Stelle gewinnen die bürokratischen Großgebilde immer mehr und mehr an Boden, die Massensiedlung, die Zwangsorganisation, der Großbetrieb. An Arbeit fehlt es uns nicht, heute nicht und auch morgen nicht. Es ist eine ganz andere Frage, die uns bewegen muß: Wie vermitteln wir unserer Jugend in unserer industriellen Gesellschaft geistigen und kulturellen Konsum? Unsere Jugend lebt in einem Konsumparadies mit allen möglichen einheimischen und exotischen Blüten. Dieses Konsumparadies ist aber auch ein Dschungel mit Stechmücken, Schlinggewächsen und Riesenschlangen. Die Jugend wird in diesem Gestrüpp angebissen, infektiös, und manche bleiben so manchemal hängen. Außerdem beeinflussen die neuen Arbeitsformen die Struktur des Volkes und unterwaschen die Gemeinschaft. Sie locken den jungen Menschen in eine egoistische Isolation des Konsumbildes und lassen ihn in der Gemeinschaft nichts anderes mehr sehen, als ein Fangnetz von Abhängigkeit und Intrigen. Es ist daher auch unsere wesentliche Aufgabe, den jungen Menschen vom Abgetriebenwerden durch die Abwässer der Zivilisation zu schützen. Wir müssen die spiegelglatten Eisflächen der modernen Konsumgesellschaft auftauen und unsere Jugend zu einem neuen Gemeinschaftsbewußtsein hinführen. Die Bildung unserer Jugend erschöpft sich heute in der Schulung, in der zweckrationalen Ausbildung zu Funktionären. Sicher ist auch das notwendig, aber echte Bildung ist weiter in der Zielsetzung und tiefer am Ansatz. Wir können heute dieses oder jenes erlesene Gericht konsumieren. Wir können Kilometer konsumieren, Bildung aber kann man nicht konsumieren. Dazu kann man sich nicht hinsetzen wie zum Mittagstisch. Bildung besagt immer, daß ich mir etwas nach dem Vorbild bilde. Bildung, die den jungen Menschen nicht vergewaltigen soll, setzt den freien Menschen voraus. Eines muß uns aber klar sein: Nicht im Verteilen allein liegt unsere große Aufgabe, sondern auf dem Bildungssektor. Dort fallen die wesentlichen Entscheidungen von morgen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fellinger, ich erteile es ihm.

Abg. Fellinger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der vorjährigen Budgetdebatte habe ich bereits über die Wünsche des Leobner Krankenhauses gesprochen. Wir können nun heute die erfreuliche Mitteilung machen, welche bereits vom Debattenredner erwähnt wurde, daß die Frauenabteilung fertiggestellt worden ist. Zwar sind nachträglich noch verschiedene Mängel aufgetreten, welche aber sicher gelöst werden können. Besonders erfreulich ist es, daß auch die Unterkunft für das Personal fertiggestellt wurde. Schon im vorigen Jahr erlaubte ich mir den Wunsch der Bevölkerung von Leoben und darüber hinaus der gesamten Obersteiermark hier zu erwähnen, endlich einmal im Landeskrankenhaus Leoben auch eine Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung zu errichten. Ebenfalls notwendig wäre die Errichtung einer eigenen Augenabteilung. Im Landeskrankenhaus Leoben existieren derzeit beide Abteilungen nicht. Ich erlaube mir heute an den Herrn zuständigen Referenten die Anfrage zu richten, wann die Absicht besteht, diese für Leoben und die ganze Obersteiermark so wichtigen Abteilungen im Landeskrankenhaus Leoben zu errichten. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hofbauer, ich erteile es ihm.

Abg. Hofbauer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte auch ganz kurz Stellung nehmen. Und zwar hat gestern der Herr Landesrat Sebastian in seiner Generaldebatte uns mitgeteilt, er hat die erfreuliche Mitteilung machen können, daß im außerordentlichen Haushalt 164 Millionen Schilling gedeckt drin sind, und ich glaube, daß das von großer Wichtigkeit für die Steiermark ist, weil damit wichtige Vorhaben, die in jeder Hinsicht wünschenswert sind, errichtet werden können. Unter diesen beiden Vorhaben sind die Zu- und Ergänzungsbauten vom Landeskrankenhaus Bad Aussee und Landeskrankenhaus Rottenmann. Mit dem neuen Zubau in Bad Aussee hat man 1961 begonnen und der Rohbau konnte erfreulicherweise im November vergangenen Jahres vollendet werden. Durch diesen Zubau ist es möglich, die Zentralheizungsanlage, die im alten Haus in den Kellerräumen war, die bei jedem Unwetter, bei dem kleinsten Hochwasser in einem undichten Kellerraum war, jetzt in trockenen Kellerräumen unterzubringen. Auch bedeuten diese neuen Kellerräume Lagermöglichkeiten für Brennstoff, auch fand dort eine neue Küche Platz. Die Anstaltsküche kann jetzt im Erdgeschoß untergebracht werden, die bisher in vollkommen unzureichenden Räumlichkeiten notdürftig untergebracht, ich möchte sagen, improvisiert war. Auch die fehlenden Kühlanlagen sind jetzt Gott sei Dank Wahrheit geworden im Krankenhaus Bad Aussee. Im 1. Stockwerk werden zusätzlich 15 Männerbetten zur Verwendung kommen, dann die notwendigen Sanitätsräume, Schwesterndienstzimmer, Stationsküche, Aufenthaltsräume für Patienten. Im zweiten Stockwerk werden die Frauen untergebracht und im dritten Stock bekommen wir endlich eine Entbindungsstation, Räume für die geistlichen Schwestern usw. Durch den Zubau von ca. 30 Betten wird das Landeskrankenhaus Bad

Aussee rund 80 Betten besitzen. Nach den Erfahrungen sind wir der Meinung, daß mit diesem neuen Zubau beim Landeskrankenhaus Bad Aussee dem ganzen Einzugsgebiet von Bad Aussee voll Rechnung getragen werden kann. Durch die Verlegung der Küche können jetzt die Röntgen-, Gips- und anderen Zimmer für Schwerstkranke und Kranke, bei denen man die Krankheit nicht genau feststellen kann, allein untergebracht werden. Durch den bisher bestehenden Bettenmangel war es nicht möglich im Sommer Kranke unterzubringen, in Zukunft wird es aber auch möglich sein, den vermehrten Sportunfällen Rechnung zu tragen. Ich darf noch bemerken, daß die ganze Planung im Einvernehmen mit dem Landesbauamt wirklich günstig und praktisch gelöst wurde. Die Gesamtkosten dürften sich auf rund 10 Millionen Schilling belaufen. Nicht ganz unerwähnt soll bleiben, daß die Gemeinde Bad Aussee den Grund zum weiteren Ausbau kostenlos zur Verfügung gestellt hat und daß bei einer der letzten Gemeinderatssitzungen das danebenstehende gemeindeeigene Haus bzw. dessen Dachboden zur Verfügung gestellt wurde, damit dort Diensträume untergebracht werden können. Was das Landeskrankenhaus Rottenmann anbetrifft, so muß man feststellen, daß hier ein großer Nachholbedarf besteht, dessen Behebung sich nun schon 4—5 Jahre lang hinzieht. Der Nachholbedarf beim Landeskrankenhaus Rottenmann umfaßt größere Baulichkeiten, Instandsetzungen, Erneuerung der Wasserversorgung, neue Behandlungs- und Krankenzimmer. Auch die Sanierung der sehr dürftigen Wäscherei wurde endlich in Angriff genommen. Wie in jedem Landeskrankenhaus ist auch hier in Rottenmann die Frage der Unterbringung des Personals eine schwierige Sache. Auch diese Frage dürfte in Zukunft in Rottenmann gelöst sein. Ich darf auch noch sagen, daß der Ausbau des Dachgeschosses im Krankenhaus Rottenmann bereits in Angriff genommen wurde und 1963 höchstwahrscheinlich fertig werden wird. Mit dem Ausbau dieser beiden Krankenhäuser da oben kann man erfreulicherweise feststellen, daß von der oberösterreichischen Grenze her bis weit in die Obersteiermark herein jetzt der Bedarf an Spitalsbetten gedeckt ist zum Segen der Gesunderhaltung der Menschen und zum Segen des ganzen oberen Ennstales und zum Segen unseres Ausseer Landes. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Pittermann das Wort.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Nur einige Worte zu diesem Kapitel, und zwar speziell zum Sektor Krankenhausbau. Herr Abg. Dr. Stephan hat sich darüber beklagt, daß beim Bau des Krankenhauses Leoben nicht Fachexperten zu Rate gezogen wurden, worauf ihm Abg. Dr. Stepantschitz antwortete, daß wohl der dortige Primarius gehört worden sei. Diese beiden Feststellungen möchte ich im Hinblick auf Wagner ergänzen. Dort ist nämlich beim Bau weder der Arzt noch ein Fachexperte gefragt worden, was zur Folge hatte, daß der neue Primarius Dr. Brücke das Krankenhaus nach verschiedenen Richtungen hin wieder umbauen ließ. Es erscheint mir also doch

zweckmäßig, sich hier in der Zukunft dahingehend zu einigen und einen Wettbewerb zwischen Architekten auszuschreiben, die auf diesem Gebiet Erfahrung haben. Bei der Gelegenheit sei aber auch noch dankbar erwähnt, daß in Wagna nun das Personalhaus als dritte Etappe des Bauabschnittes zur Durchführung kommt, womit das Land auch seine Fürsorge für das Personal unter Beweis gestellt hat. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Referent, Landesrat Sebastian, ich erteile es ihm.

Landesrat **Sebastian:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich darf vorerst allen, die zu dieser Gruppe das Wort ergriffen haben, besten Dank sagen, vor allem Dank sagen für die meist anerkennenden Worte. Ich würde jeden der Herren bitten, mir zu gestatten, daß ich auf die von ihnen an mich gerichteten Fragen Antwort gebe, wenn ich über das Krankenhaus, das es betrifft, referiere. Ich habe mir mit Rücksicht auf die Tatasache, daß doch immer wieder ein sehr großer Abgang bei diesem Kapitel aufscheint, heute vorgenommen, etwas gedrängt, aber doch Ihre Zeit in Anspruch nehmend, einen Überblick zu geben über die Mittel, die von Ihnen jährlich hier beschlossen werden und was damit geschieht. Glauben Sie, meine Damen und Herren, es ist natürlich nicht einfach, Referent zu sein, für eine Gruppe, die a priori schon mit dem Makel der Unwirtschaftlichkeit behaftet ist. Unwirtschaftlich, weil sich eben der Wirtschaftseffekt, über den ich noch sprechen werde, nicht unmittelbar zahlenmäßig errechnen läßt. Manchmal — bitte, verübeln Sie es mir nicht, wenn ich auch das ausspreche — habe ich so das Gefühl, daß der Abgang oder das Defizit, von dem hier gesprochen wird, bei den Krankenanstalten viel mehr ins Auge springt, als das sonst in der öffentlichen Verwaltung der Fall ist, denn wir haben ja in unserem Voranschlag innerhalb der 9 Gruppen noch andere Kapitel, wenn ich nur an die öffentliche Verwaltung, so gut und so sparsam sie auch im Lande Steiermark geführt wird, denke, so ist doch dort auch ein sehr wesentlicher Abgang, der aber wahrscheinlich nicht so ins Auge springend ist, wie der Abgang beim Kapitel „Krankenanstalten, Gesundheitswesen“, oder sehen die Damen und Herren Abgeordneten sich die Dinge gerade bei diesem Kapitel so genau an, daß das also ins Auge springend ist, oder vielleicht ist es auch darauf zurückzuführen, daß das Land Steiermark fast in jeder größeren Bezirksstadt ein Krankenhaus besitzt, natürlich hat jeder Abgeordnete da unmittelbar Einblick und wird mit den Wünschen und Sorgen der Herren Primarii belastet, so daß er also schon kraft seiner Funktion auf das Problem der Krankenhäuser aufmerksam gemacht wird. Ich möchte also versuchen, meine Damen und Herren, kurz und gedrängt einiges über jene Millionenbeträge, die im Vorjahr verbraucht wurden, die heuer wieder zur Vergabe gelangen, zu sagen. Schauen Sie, bei oberflächlicher Betrachtung könnte man also meinen, daß das Defizit auf dem Gesundheitssektor vielleicht niedriger gehalten werden könnte. Erst wenn man genauer in die Materie hineinsieht und weiß, wie unendlich viel hier auf-

zuholen und nachzuholen war, und im selben Zeitpunkt auch versucht werden mußte, dem enormen Fortschritt auf dem technisch-medizinischen Sektor Rechnung zu tragen, kann man begreifen, daß es Schwierigkeiten immer und immer wieder gibt und ich werde im Zusammenhang mit der Frage des Krankenhausbaues in Leoben noch auf diese Dinge zu sprechen kommen. Uns geht es ja gerade auf diesem Sektor so, wie jemand, der vor die Frage gestellt ist, einen Anzug zu kaufen, einen modernen Anzug, d. h. sich anmessen zu lassen, wenn er das Geld hat und ihn bar zu bezahlen oder zu versuchen, einen etwas billigeren, und den auf Raten, zu kaufen. Natürlich wäre es bei jedem Krankenhaus wünschenswert, wenn man richtig planen könnte und alles Erforderliche gleich einplanen und großzügig ausbauen könnte, aber dann könnte man das bei einem Krankenhaus am Lande tun, und bei allen übrigen würde ein Mißstand eintreten, weil die Mittel, es überall zu tun, eben nicht vorhanden sind. Ich glaube, mit Recht sagen zu können, meine Damen und Herren, daß unser Gesundheitswesen, gäbe es nicht die öffentliche Hand, sicherlich arg darniederliegen würde, zumindestens nicht jenen Stand hätte, als es der Fall ist. Daß natürlich mit dem Heben und mit dem Gerechwerden der Erfordernisse der Zeit ein ständiges Ansteigen der Ausgaben verbunden ist, ist verständlich. Aber, ich bitte, meine Damen und Herren, doch genau nachzusehen, daß trotz der Steigerung heuer ein geringeres Defizit, wenn auch nur etwa um 400.000 S, besteht, aber das Defizit an sich konnte heruntergedrückt werden, und wir konnten also feststellen, daß wir im Jahre 1962 um 18,9 Millionen Schilling mehr eingenommen haben als präliminiert gewesen ist. Ich habe schon gestern die Gelegenheit gehabt, auf das große und historische Ereignis, das sich am 19. November im Krankenhaus vollzogen hat, hinzuweisen, und ich glaube, daß es sicherlich der hervorragenden ärztlichen Leistung, von der ich hier gestern gesprochen habe, keinen Abbruch tut, wenn ich darauf hinweise, daß natürlich eine solche Maschine, die zeitweise die Tätigkeit des Herzens und der Lunge ersetzt, den Blutkreislauf aufrecht erhält und dem Körper und dem Blut Ersatzstoffe zuführt, daß eine solche Maschine eben über 2,2 Millionen Schilling kostet und daß es daneben noch viele andere Apparate und technische Einrichtungen zu kaufen und anzuschaffen gibt, nur um diese Operation zu ermöglichen. Daher werden Sie verstehen, daß auf diesem Sektor eben außerordentlich schwer wirtschaftlich zu arbeiten ist. Würde man den Versuch unternehmen, privatwirtschaftliche Kalkulationen und Rentabilitätsberechnungen anzustellen, so glaube ich, würde man zu einem absoluten Trugschluß überhaupt gelangen. Trotzdem aber, meine Damen und Herren, ist die volkswirtschaftliche Bedeutung unserer Spitäler und deren Erhaltung von enormer Bedeutung. Die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und die Wiedererlangung derselben ist genauso wichtig, wenn als nicht sogar wichtiger als manche andere Institution, wenn auch hier natürlich mit demselben Rechte vertreten. Aber ein einsatzfähiges und schlagkräftiges Gesundheitswesen garantiert die Erhaltung und die Wiedererlangung der wertvollen Arbeitskraft,

und damit kann der Wirtschaft ungeheuer viel gedient werden, kann für die Wirtschaft ungeheuer viel geleistet werden. Aber man darf nicht vergessen, daß der Umsatz dieser über 270 Millionen Schilling auch anderen Sektoren, nicht nur der Wiederherstellung der Gesundheit, zugute kommt. Es läßt sich also unmöglich eine Rentabilitätsberechnung aufstellen, und trotzdem aber, und dafür danke ich, wurde immer wieder in diesem Hohen Hause und auch im Finanzausschuß und in der Hohen Landesregierung das notwendige Verständnis für diese Belange gefunden. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es, wenn es auch nur ein kleiner Ansatz ist, aber doch möglich war, um 439.000 S den Abgang herabzudrücken. Rechnen Sie, daß der Sachaufwand um 10 Millionen Schilling ansteigt, so muß ich hier als Referent sagen, meine Damen und Herren, daß dieses Ansteigen des Sachaufwandes um 10 Millionen Schilling natürlich nicht ausreicht, um Neuerungen in diesem Ausmaße anzuschaffen, weil auch wir natürlich unter dem ständigen Ansteigen der Preise leiden, und ich darf nur auf eines verweisen: Als die D-Mark-Aufwertung kam und gewisse Apparate, die wir gerade auf dem medizinischen Sektor von Deutschland herein beziehen, sprunghaft um 10 und mehr Prozent angestiegen sind, werden Sie verstehen, vor welchen Schwierigkeiten wir stehen. Ich habe schon gestern auf den 50jährigen Bestand des Landeskrankenhauses hingewiesen, auf die Entwicklung, und wenn ich Ihnen sage, daß sich die Belagziffern dieses Krankenhauses mittlerweile verdoppelt haben, daß das, was die Küche zu bewältigen hat, von einstens 1600 Portionen auf 4000 Portionen angestiegen ist, daß wir über 3000 Betten im Krankenhaus Graz allein haben und damit zu den größten Krankenhäusern Europas überhaupt zählen.

Vergleicht man das Einzugsgebiet des Landeskrankenhauses 1912 mit dem des Jahres 1962, so muß man bedenken, daß das Einzugsgebiet infolge des Fehlens anderer Krankenhäuser in der Nähe von Graz und infolge des größeren Gebietes der Monarchie weit größer war als heute. Heute haben wir in der näheren Umgebung von Graz, wie in Wagna, Voitsberg, Bruck, Leoben, Hartberg, Fürstenfeld und Feldbach, um nur die nächsten zu nennen, weitere Krankenhäuser. Trotzdem aber stehen wir vor der Tatsache, daß trotz des Ausbaues und der Erweiterung auch des Landeskrankenhauses selbst unsere Krankenanstalten alle voll belegt, zeitweise sogar überbelegt sind.

In den letzten 15 Jahren ist es gelungen, die Bettenanzahl um ungefähr 1700 Betten in den Landeskrankenanstalten zu erhöhen und noch immer kann damit nicht das Auslangen gefunden werden.

Ich habe voriges Jahr angekündigt, daß wir rechnen, daß wir über die 2-Millionen-Grenze allein mit den Verpflegstagen kommen; wir halten nunmehr bereits im Oktober dieses Jahres fast bei 2,2 Millionen Verpflegstagen, was das für alle im Krankenhaus Tätigen, ob das die Verwaltung, ob das die Wirtschaftsbetriebe oder die betrieblichen Unternehmungen sind, im besonderen aber für das ärztliche und medizinische Personal, bedeutet, glaube ich, brauche ich hier nicht besonders zu er-

örtern. Es ist erfreulich und von mir gestern deshalb auch in der Generaldebatte hervorgehoben worden, die Frage der Herz-Lungen-Operationen, die erfolgreich sind. Ich habe bewußt hervorgehoben die Leistungen des Roten Kreuzes am Sektor des Blutspendedienstes, weil gerade diese Herz-Lungen-Operationen noch einen viel höheren Einsatz erfordern. Aber auch die übrigen komplizierten Operationen werden nur ermöglicht, weil eben Blut und Blutkonserven zur Verfügung stehen. Der Herr Primarius DDr. Stepantschitz hat bereits darauf hingewiesen, daß wir in diesem Jubeljahr sowohl auf dem ärztlichen als auch im Verwaltungssektor die Frage der Wahlkost lösen konnten, daß das kolossale Bedeutung gehabt hat. Es sind Leute aus dem Ausland hergekommen und haben sich über die Einführung dieser Wahlkost informiert. Es kann der Patient nunmehr aus drei Menüs wählen. Er kriegt eine Karte und kann für jeden Wochentag aus drei Menüs auswählen. Wir haben dadurch einen weit geringeren Abfall an Speiseresten, was sich natürlich auch wiederum wirtschaftlich positiv auswirkt. Die dritte große Sache ist die Kobaltbombe, die ebenfalls im Jubeljahr zum Einsatz kam. Und hier darf ich nun, Herr Präsident Stephan gleich auf die von Ihnen gestellte Frage zurückkommen. Sie sagten, ja warum hat man nicht seinerzeit, als das Zentralröntgeninstitut gebaut wurde, gleich eine Kobaltbombe eingebaut? Bitte, ich hoffe, Sie werden verstehen, wenn ich Ihnen sage, das war also im Jahre 1954, und ich habe die Ehre, das Referat erst seit zweieinhalb Jahren zu führen. Ich bin momentan überfragt, ob eine Kobaltbombe zu diesem Zeitpunkt in Europa überhaupt schon im Einsatz gewesen ist. Aber ich weiß aus meiner Tätigkeit im Landtag und im Finanzausschuß, wenn ich die Ziffer recht im Kopf habe, daß das Zentralröntgeninstitut allein damals 14 Millionen Schilling gekostet hat und daß sicherlich, selbst wenn diese Kobaltbombe zur Verfügung gestanden wäre, ich sage nochmals, ich weiß nicht, weil Spalturan dafür erforderlich ist, daß das kein Versehen war. Der Einbau im Keller, glaube ich, ist nicht von Nachteil. Sie sind herzlich eingeladen, sich das einmal anzusehen. Die Wände bestehen aus meterdicken Betonmauern und sind darüber hinaus noch mit Bleiplatten belegt. Da außen die Straße vorbeigeht, mußten besondere Schutzmaßnahmen gegen allfällige Strahlenwirkungen vorgesehen werden. Primarius Dr. Stepantschitz hat vom kommenden, neuen Strahlenschutzgesetz schon gesprochen. Es kann ja in diesem Raum niemand drinnen sein, denn die Beobachtung des Patienten erfolgt durch eine Televisionsanlage, damit niemand durch die Strahlen gefährdet sein kann. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es auch gerechtfertigt ist, wenn man von der Wahlkost spricht, jenes Mannes zu gedenken, der, ich möchte fast sagen, sich durch drei Jahre hindurch mit Berechnungen und Versuchen und Überlegungen bemüht hat, es ist das der Oberverwaltungsrevident Johann Schulmeister, der für unsere Verpflegung im Landeskrankenhaus tätig ist. Er ist der eigentliche Initiator. Wir haben diese Wahlkost auf der Thorax-Station, also auf einer Station ausprobiert, wo die Menschen länger liegen und zu längerem Krankenhausaufenthalt ge-

zwungen sind, und für die die Spitalskost ein besonderes Problem darstellt, denn der Operierte ist ja ohnehin kürzer im Spital und geht dann, wenn er wieder essen kann, wieder hinaus. Für die ist das nicht so schlimm. Wesentlich ist das für Leute, die länger im Krankenhaus sind und auf solchen Stationen wurde das ausprobiert, und es hat sich die Bewährung feststellen lassen, und dann ist man auf allen Stationen dazu übergegangen. Ich möchte deshalb dem Herrn Oberrevidenten Schulmeister von dieser Stelle aus den Dank für seine Überlegungen und Initiative aussprechen. Es hat sicherlich sehr, sehr viel Mut dazugehört, es wurde zuerst nur für die Patienten eingeführt, nunmehr kann auch das Personal an dieser Wahlkost teilnehmen, das heißt, daß immerhin 4000 Portionen täglich ausgekocht werden müssen. Nun zu den Investitionen:

Ich glaube, ich habe schon gesagt, ich habe mir vorgenommen, Ihnen viele Einzelposten aufzuzählen, aber nachdem noch verschiedene Anfragen zu beantworten sind, will ich davon Abstand nehmen und nur größere Ausgaben aufzeigen. Es ist sicherlich erfreulich und wichtig hervorzuheben, daß wir die Fernsprechanlage im Landeskrankenhaus Graz, die fast am Zusammenbrechen ist, in diesem Jahr neu gestalten werden können, neue Anschlüsse, neue Apparate usw. Wichtig ist auch, daß es uns gelingt, mit einem Betrag von 750.000 S eine Baulücke bzw. Bauvorsprünge bei der ersten und zweiten Chirurgie zu schließen. Wir haben im Vorjahr auf der einen Seite schon ein solches Bauvorhaben gehabt, aber ich muß sagen, meine Damen und Herren, es ist das ein Flickwerk. Wir werden früher oder später — ich bin mir dessen bewußt — ein großes Krankenhaus, wie es für Graz zusätzlich erforderlich wäre, mit tausend Betten bauen müssen. Es wird sich das natürlich nicht so schnell realisieren lassen, es sei denn, daß auch bei dieser Frage das Land sich zu einer Anleihe entschließen könnte. Aber zumindest auf dem Sektor der I. Chirurgie müssen wir für Operationsräume und für die Neuro-Chirurgie etwas tun. Denn diese Säle mit 25 oder 30 Frischoperierten in einem Raum wo ein Patient, der erst zur Operation gelangen soll, im Nebenbett von einem anderen liegt, der erst eine schwere Operation überstanden hat, das ist kein Zustand, das ist keine Operation mehr, das ist schon fast eine Exekution, wenn der weiß, in wenigen Stunden geht es mir dann auch so, da komme ich auch so zurück. Wir haben nicht die nötigen Badezimmer und ich möchte gar nicht davon sprechen, daß es eine Tragik ist, wenn wirklich jemand draußen stirbt, daß man diese Leute auch nicht separieren kann von den anderen Kranken. Es wird also auf diesem Gebiete unbedingt etwas geschehen müssen. Die Landesregierung hat ja eine Planung beschlossen für die erste Chirurgie und wir glauben also, bei sparsamster Planung und bei Einschränkung auf das wirklich Notwendigste, daß da mit 20 Millionen Schilling das Auslangen gefunden werden wird. Dazu wird aber die Hohe Landesregierung noch selbst Stellung nehmen müssen.

Darf ich nun kurz zum Landeskrankenhaus Leoben, von dem Sie, Herr Präsident Dr. Stephan, gesprochen haben, im allgemeinen folgendes sagen: Es ist vielleicht gerade für mich als Leobner einfach,

diese Frage zu beantworten, weil ich die Genesis des ganzen Krankenhauses kenne, weil ich darüber hinaus bei der Eröffnung am 20. Oktober dieses Jahres auch wieder die geschichtliche Entwicklung dieses Krankenhauses studiert habe und in meiner Festrede auch dargelegt habe, daß dieses Gebäude, das heutige Hauptgebäude, einmal ein Kloster und einmal ein Eisenmagazin der Leobner Hammerherren gewesen ist und so im Laufe der Zeit seine Zweckbestimmung mehrmals geändert hat. Erst durch eine Schenkung wurde ein landschaftliches Krankenhaus daraus und es ist richtig, daß dann im Jahre 1938, weil es den Ansprüchen in keiner Weise mehr entsprochen hat, geplant war, auf dem von Ihnen zitierten Stadtteil im Schladnitzgraben ein neues Krankenhaus zu errichten. Wie Sie alle wissen, sind viele solcher Pläne dann durch den Kriegausbruch zunichte geworden und nun kommt es also zu dieser tragischen Situation, daß das, was man im Jahre 1947 glaubte, gut zu machen, sich post festum als sehr unzweckmäßig erwiesen hat. Im Jahre 1947, als also das große Werk des Wiederaufbaues begonnen wurde, hat der damals leitende Primararzt unter der Leobner Bevölkerung eine große Sammlung eingeleitet und hat die Industrie aufgefordert, Material zur Verfügung zu stellen und so ist diese Aufstockung damals vor sich gegangen. Und natürlich sind damals Kachelöfen ein Reichtum gewesen, wenn sie erreichbar waren. Natürlich war damals nichts anderes als Aludraht und nicht guter Kupferdraht für die Elektroinstallation erreichbar und so ist damals eben Aludraht eingebaut worden. Das ganze ist dann sehr lange unverputzt gewesen, und der Dachstuhl war nicht ganz verkleidet, weil die notwendigen Mittel dann nicht mehr aufgebracht werden konnten. Erst bis das Land dann von sich her eingreifen konnte. Unter denselben Voraussetzungen ist dann die Kinderabteilung erweitert worden und in späterer Folge ist der Heizungsumbau erfolgt und es ist richtig, daß man unter das seinerzeitige Niveau hineinbauen mußte. Bitte, ob die Sprünge am Hauptgebäude davon herkommen oder nicht, bin ich wirklich überfragt, doch wenn Sie das für so wesentlich halten, ich glaube eine Einsturzgefahr des Krankenhauses Leoben besteht deshalb nicht — so läßt sich darüber bestimmt vom Bauamt ein Bericht anfordern. Die Wäscherei ist ausgebaut worden und ist jetzt so kapazitätsfähig, daß wir auch von Eisenerz die Wäsche mitwaschen lassen, ja daß sogar Knittelfeld teilweise mitwaschen mußte, weil dort die Wäscherei ausgefallen ist.

Bitte, zur Frage der Frauenabteilung, Herr Präsident Dr. Stephan: Ich hätte eine umfangreiche Aufstellung, wieviel Betten, welche Einrichtungen da geschaffen wurden und wie groß der Trakt an sich gewesen ist, als diese Frauenabteilung fertig war. Es ist vielleicht das Merkmal aller Krankenanstalten, daß zum Zeitpunkt der Planung oder dann, wenn man sagt, jetzt kanns endlich losgehen, über das Raumproblem überall eitel Wonne herrscht und es ist in Leoben nichts verabsäumt worden, es sind alle Fachkräfte dazu eingeladen worden, planend und gestaltend mitzuwirken, so daß auch hier eitel Wonne war und als der Bau vor seinem Abschluß stand, hat es geheißt, daß er zu klein

ist. Und wenn hier von einem Konferenzzimmer gesprochen wird, so ist da ein ganz bescheidenes — ich kann die Ausmaße nicht sagen —, es ist nicht übertrieben groß für die vielen Ärzte, die zu Besprechungen in diesem Krankenhaus zusammenkommen, ist da ein kleines, bescheidenes Konferenzzimmer gemacht worden. Dazu ist auch ein Speisesaal für Ärzte und ein Speisesaal für das Personal und es sind sanitäre Einrichtungen für das Personal gemacht worden. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, ich muß hier grundsätzlich einmal feststellen, es genügt auf keinen Fall, und wenn wir alle Mittel, die uns zur Verfügung stehen, einsetzen, unsere Krankenanstalten bestens technisch auszubauen, wenn wir nicht gleichzeitig auch soziale Einrichtungen schaffen, die den Erfordernissen der modernen Zeit entsprechen. Es wird an die im Krankenhaus Tätigen, ob Ärzte oder Schwestern oder sonst jemand, ein so hohes Maß an Anforderungen gestellt, daß man ja ohnedies kaum jemand mehr für diese Arbeit bekommt. Sie kennen auch die Situation, wie sie bei uns im Lande ist, und mit dem Ansteigen der Wohnkultur zu Hause sind eben auch die Mädchen, die man nun für den Wirtschaftsdienst und für den Hilfsdienst einmal braucht, und die Arbeiter nicht mehr bereit, wie das früher einmal war. Und wir haben ja noch große Schwierigkeiten, ich kann ja gar nicht sagen, ich kann ja gar niemanden hinführen, unter welchen Wohnungsverhältnissen Landesbedienstete in einigen Krankenanstalten noch wohnen müssen. Sie sind nicht mehr bereit, zu fünft und sechst in einem Dachzimmer, wo sie sich kaum richtig waschen können, zu arbeiten. Wir müssen auch auf diesem Sektor etwas leisten und das ist im Zusammenhang beim Bau des Leobner Krankenhauses, also der Frauenabteilung, geschehen, daß soziale Einrichtungen, also Waschräume und Toiletten und Speiseräume, mitgebaut wurden. Natürlich kann man sagen, man hätte dieses ganze Stockwerk für Betten zur Verfügung stellen können, aber es läßt sich eben auf die Dauer nicht so weiter arbeiten, daß sich die Krankenschwestern in Badezimmern oder im Keller oder sonstwo umkleiden, und wenn Sie dann ein Badezimmer eines Krankenhauses betreten, dann finden Sie dort Handtaschen und die Überkleider derer, die gerade im Dienst sind. Ich würde Sie bitten, daß Sie diese meine Bestrebungen wirklich verstehen und unterstützen, weil sie eine Voraussetzung dafür sind, daß wir unsere Arbeitskräfte auch auf diesem Sektor erhalten. Ich glaube, das wären die Fragen, soweit sie die Frauenabteilung in Leoben betroffen haben. Ich muß, meine Damen und Herren, etwas überspringen, weil ich Sie sonst doch allzulange mit Einzelfragen aufhalten würde. Zur Frage, meine Damen und Herren, die hervorgehoben wurde vom Herrn Primarius DDr. Stepantschitz, gestern vom Herrn Generalredner der ÖVP, Herrn Dr. Pittermann, und nunmehr vom Herrn Abgeordneten Ileschitz, die Frage der Errichtung einer Unfallstation in Bruck/Mur. Es ist also mehrmals in diesem Hause davon gesprochen worden, daß das Krankenhaus Bruck ein neuralgischer Punkt für Arbeits- und Verkehrsunfälle ist. Es liegt mitten im Zentrum der obersteirischen Schwerindustrie. Wir haben auf diesem Gebiete nur

das der Landwirtschaftskrankenkasse gehörende Unfallkrankenhaus in Kalwang. Es gibt also eine enorme Anzahl von Arbeitsunfällen und Straßunfällen auf diesen drei Straßen, die sich dort treffen, und es wäre die Unfallversicherung in Wien bereit, einen Betrag von 10 Millionen Schilling — aber ich glaube, bei weiteren Verhandlungen läßt sich auch da noch etwas machen — zur Verfügung zu stellen, wenn sich das Land dazu bereit fände, in Bruck zu dem bestehenden Landeskrankenhaus eine Unfallabteilung zu bauen. Ich habe der Hohen Regierung diese Überlegungen vorgetragen und darauf aufmerksam gemacht, daß im Landeskrankenhaus Bruck, nachdem auch sehr viel in den letzten Jahren geschehen ist und auch eine Frauenabteilung gebaut wurde, die auch schon wieder zu klein ist, daß wir in Bruck ohnedies etwas tun werden müssen, zumal auch das noch ein Krankenhaus ist, wo es keinen Bettenaufzug gibt, wo die Kranken auch noch getragen werden müssen. Vorhaben also, die dem Land, ob wir nun bauen oder nicht bauen, runde 4 Millionen Schilling früher oder später kosten werden. Und die Landesregierung hat sich dazu verstanden, zuzustimmen, daß ein Vorprojekt ausgearbeitet wird, um einmal festzustellen und zu sondieren, was kostet das ganze Problem überhaupt, natürlich auch wieder unter Bedachtnahme auf größte Sparsamkeit und Einschränkung auf das Notwendigste. Vielleicht darf ich noch für Leoben die Anfrage des Herrn Abgeordneten Fellingner kurz beantworten: Herr Abgeordneter Fellingner, Sie waren ja bei der Eröffnung der Frauenabteilung anwesend und Sie haben also bewußt sehr vorsichtig formuliert, um nicht falsche Hoffnungen zu erwecken in Leoben. Mir ist der Wunsch bekannt, daß eine Hals-Nasen-Ohren-Abteilung und eine Augenabteilung und eine Kinderabteilung in Leoben vordringlich sind, wobei ich glaube, daß das Vordringlichere die Kinderabteilung ist aus den schon erwähnten, für das Landeskrankenhaus Graz gültigen Gründen, wie z. B. die Gefahr der Hausinfektion und aller anderen Dinge, die es dort gibt. Aber ich glaube, daß zumindest eine Regelung dahin gefunden werden kann, jetzt, nachdem die Frauenabteilung fertig ist. Der alte Bau wird erweitert, ein Teil kommt noch als flexible Station zur neuen Frauenabteilung, dann werden, Herr Präsident, nicht 86, sondern mehr Betten zur Verfügung stehen. Dort kommt noch die Radiumbehandlung hinein. Das wird eine flexible Station, und da kann ich auch gleich auf die Frage antworten, weil Sie gesagt haben, Sie hören oder haben gelesen, daß der Vorraum oder die Vorräume in dieser Frauenabteilung übertrieben groß seien. Dem Betrachter, der jetzt hineingeht und der noch nicht weiß, daß in zwei Stockwerken ein Durchbruch in den alten Bau kommt — von dem merkt man ja jetzt nichts, er ist ja überspannt, von dem kann man nichts sehen —, der wird dann feststellen, daß sich dort der gesamte Bettenverkehr in diesem Vorraum, in diesen beiden Gebäuden, abspielt. In einem Stockwerk wird also die in Leoben untergebrachte Krankenpflegeschule unterrichtet werden, und dann würde ich also doch bitten, daß man hier versucht, nachdem die Zimmer relativ klein sind — wir haben ja nur 4 und 6 Betten,

wir gehen beim Neubau von diesen großen Krankensälen ab —, daß die Funktion dieser Räume sein soll, daß sich dort die Patienten und Besuche aufhalten können, soweit sie nicht bettlägerig sind. Die Breite dieser Vorräume wurde durch den vorhandenen alten Bau gegeben, wo es nicht möglich ist, irgendein Fenster oder sonstwas anzubringen. Also auch das mußte bei dem Zubau berücksichtigt werden. Ich hoffe, damit auch diese Frage aufgeklärt zu haben. Ich weiß, daß natürlich also bis jetzt nur von wenigen Krankenhäusern gesprochen wurde. Es gäbe noch viele Fragen, aber soweit als Mittel vorhanden sind, werden diese auch immer genützt (Landesrat Wegart: „Radkersburg!“) Weil der Herr Landesrat Wegart schon so auf mein Schlußwort wartet, muß ich also doch sagen, für Radkersburg haben wir so viel getan, angefangen von der Errichtung einer internen Abteilung, mit Rücksicht darauf, daß überhaupt hinsichtlich der Heilquellen bereits der Bescheid unterschrieben ist, daß in Radkersburg die Stadtquelle als Heilquelle erklärt wird, daß vor wenigen Tagen die Geburtstation in Radkersburg eröffnet werden konnte. Und weil ich bei den Geburten bin, darf ich Ihnen, Herr Kollege, von der ganz linken Seite, auch gleich sagen, weil Sie die Ziffer der Säuglingssterblichkeit angeschnitten haben, es ist richtig, Steiermark liegt relativ hoch, erschrecken Sie nicht, wenn ich sage, daß wir noch immer bei 40 ‰ sind und daß nur Kärnten über der Steiermark liegt. Der österreichische Durchschnitt ist 37 ‰, also auf 1000 gesehen, und der war im Jahre 1936 in der Steiermark aber immerhin auf 130 von 1000 und konnte nunmehr heruntergedrückt werden auf 40. Ich glaube, daß im Zusammenhang mit dem Ausbau von Geburtstationen, wo das Gebären der Kinder unter ärztlicher Aufsicht vor sich geht und wir bauen fast bei allen Krankenanstalten, bei den größeren zumindest, Geburtstationen — daß das auch wesentlich dazu beitragen wird, um die Säuglingssterblichkeit herabzusetzen. Dazu kommt ja auch die Verlängerung, der Mutterschaftsurlaub, daß die Mutter länger bei dem Kind sein kann und daß der Karenzurlaub auf ein Jahr erstreckt werden kann, alles Maßnahmen, von denen man erwartet, daß sie eine wesentliche Verbesserung bringen. Meine Damen und Herren, wenn ich vielleicht noch kurz erwähnen darf das, wovon Herr Abgeordneter Hofbauer schon gesprochen hat, daß es also doch möglich war, auch für Rottenmann ein Schwerpunkt-Krankenhaus einzurichten, das außerordentlich beengt untergebracht war mit seinen Operationssälen und den für die Ambulanz notwendigen Nebenräumen, ein Kapitel, das fast alle unsere Krankenhäuser in der Steiermark außerordentlich betrifft, daß auch auf diesem Gebiete etwas getan wird. Von Bad Aussee hat der Herr Abgeordnete Hofbauer erwähnt, daß es gelungen ist, bis zur Dachgleiche voranzukommen und daß wir im nächsten Jahr dort einiges wieder machen werden. Zur Anfrage des Herrn Abg. Pittermann — er ist zwar jetzt leider nicht hier — folgendes: Ich habe mich erkundigt, denn damals war ich noch nicht Referent, es war für Wagna ein Bauausschuß, wie er jetzt bei allen Bauten zusammengestellt wird, damals nicht eingesetzt, aber mir ist nicht bekannt,

daß mit dem Einzug des Herrn Prof. Brücke dort große Umbauten haben vorgenommen werden müssen. Aber es ist richtig, daß es uns nunmehr möglich ist, den dritten Bauabschnitt dort vorzunehmen, so daß für das Personal und für die Ärzte Wohnungen geschaffen werden und daß auch die Wäscherei ausgebaut werden kann.

Ein Problem, meine Damen und Herren, das mir außerordentlich am Herzen liegt, ist die Frage des Schwestern-Internates. Immer wieder wird beredete Klage darüber geführt, daß unsere Krankenpflegeschülerinnen in drei Heimen untergebracht sind, daß nicht die erforderlichen Nebenräume für den Hausunterricht vorhanden sind und es wird, so hoffe ich, im nächsten Jahr gelingen, sowohl auf dem Sektor des Internates als auch auf dem Sektor der Schule, etwas tun zu können.

Vielleicht darf ich, Herr Abgeordneter DDr. Stepantschitz, weil Sie bei der Gruppe 2 schon davon gesprochen haben, daß zuviel Theorie und zuwenig Praxis im Unterricht vermittelt wird, daß diese jungen Menschen zu sehr mit theoretischem Wissen ausgestattet werden, sagen, daß ich Sie vielleicht mißverstanden habe, denn Sie sprachen, glaube ich, von den Ergänzungslehrgängen. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Nein, nein!“) Da müßte man mit der Abteilung 15 das Einvernehmen herstellen. Bei den Ergänzungslehrgängen handelt es sich ja um Menschen, die aus der Praxis kommen. Ich habe ja schon gesagt, es mag sein, daß ich Sie da mißverstanden habe.

Zur Kinderklinik, Herr Präsident Dr. Stephan, ist zu sagen, es ist erfreulich, daß der Bau sehr rasch fortschreitet, wir sind mit der Verlegung des Wirtschaftsgebäudes fertig, wir sind schon beim Hörsaalgebäude bis zur Dachgleiche gelangt und nun lautet Ihre Anfrage, ob es richtig ist, daß man dort auf Morast gestoßen sei und nunmehr Betonpfeiler machen müßte. Jawohl, ich muß dem Hohen Hause und Ihnen als Anfragesteller berichten, es ist richtig, man ist in 16 m Tiefe beim Ausbaggern auf sehr weiches Gelände gestoßen. Weil Sie sagen, man hätte das vorher untersuchen müssen, so muß ich Ihnen sagen, daß der beste Geologe, den es in Österreich überhaupt gibt, der Herr Prof. Fröhlich aus Wien hieher geholt wurde, daß die zuständige Abteilung vom Landesbauamt Bohrungen vorgenommen hat, daß aber kein Mensch wissen konnte, daß in grauer Vorzeit das Gelände anders gelagert war. In einer Tiefe von 16 m ist man auf Baumstümpfe gestoßen und hat festgestellt, daß das Schüttgebiet ist und kaum 5 m daneben, wo noch das Bohrloch bestand, ließ sich das noch viel tiefer hinunter nicht feststellen. Eine Verteuerung wird dadurch um nur — bitte steinigen Sie mich nicht, weil ich nur sage — 300.000 S stattfinden, denn die Fundierung hätte 600.000 S gekostet und das Schlagen dieser Betonpfeiler kostet 900.000 S. Aber ich glaube, bei den 80 Millionen Schilling, die dort verbaut werden, kann man das hinnehmen, zumal niemanden eine Schuld trifft und alle Vorkerkungen getroffen worden sind, und alle Untersuchungen angestellt worden sind durch den besten hierfür zuständigen Fachmann Österreichs.

Bitte, die Frage „Kleinkinderzimmer“: Soweit wir also Geburtstationen bauen, wird es versucht, sie

einzurichten und ich möchte auch sagen, daß wir überall dort, wo Kinder länger liegen, versuchen, mit Hilfe von Lehrkräften zu erreichen, daß die Kinder vom Schulunterricht nicht allzulange fernbleiben bzw. daß sie unterrichtet werden.

Die Frage der laufenden Verhandlungen hinsichtlich der Regelung der Gehälter und des Dienstrechtes fällt nicht in meine Kompetenz, aber ich hoffe, daß sich eine für alle Teile befriedigende Lösung in naher Zukunft finden lassen wird.

Und nun schon zum Schlusse, meine Damen und Herren, da Sie ja schon alle auf das Nach-Hausegehen warten, darf ich, wie jedes Jahr, meine Damen und Herren, vor diesem Hohen Hause allen in den Krankenanstalten tätigen Ärzten, Schwestern, Pflegern, und allen, die sonst noch dazu beitragen, daß das große Werk, den Kranken Hilfe angedeihen zu lassen, überhaupt erst gelingt und möglich ist, meinen besten Dank aussprechen. Ich möchte aber doch aus der Vielzahl derer, die nunmehr mit Jahresende von uns gehen und die ihre Dienste sehr lange dem Lande und den Kranken zur Verfügung gestellt haben, einen Mann herausheben, von dem ich glaube, daß er es wahrlich verdient, weil er unzähligen Menschen geholfen hat und weil er dem Ruf einer Anstalt, und zwar der Sonnenheilstätte Stolzalpe, weit über die Grenzen unseres Landes hinaus zur besonderen Geltung verholfen hat. Mit 31. Dezember dieses Jahres wird Hofrat Dr. Wolfgang Schosserer in den dauernden Ruhestand treten. Er steht seit dem Jahre 1931 im Landesdienst und war seit dieser Zeit auch auf der Stolzalpe tätig. Er war vorher im Elisabethspital in Wien und später an der Universitätsklinik in Wien tätig. Wie ich schon sagte, ist er seit dem Jahre 1931 auf der Stolzalpe und seine hervorragende Ausbildung auf dem Gebiete der Chirurgie und Orthopädie und sein umfassendes Wissen und Können, das er sich angeeignet hat, hat er in aufopfernder Weise dem Wohle seiner Patienten gewidmet. Nur durch sein Können und Wirken, meine Damen und Herren, wurde der gute Ruf der Anstalt auf der Stolzalpe begründet und hat weit über unsere Grenzen unseres Landes hinaus gewirkt. Aber auch in seiner privaten Sphäre kann man sagen, daß er mit seinem aufrechten Charakter und seinem freundlichen und sorgsamem Verhalten gegenüber allen seinen Patienten und durch sein beispielgebendes kollegiales Verhalten gegenüber seinen Mitarbeitern hohes Pflichtbewußtsein mit größter Humanität gepaart dem Lande und den ihm anvertrauten Menschen zur Verfügung gestellt hat. Ich möchte ihm von diesem Hohen Hause aus namens der Steiermärkischen Landesregierung, aber auch im eigenen Namen und auch im Namen unzähliger Patienten, die ihr Leben oder das Vermögen, wieder gehen und ihre Glieder bewegen zu können, ihm verdanken, den besten Dank aussprechen und ihm die besten Wünsche auf seinen weiteren Lebensweg mitgeben. (Beifall.)

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß ich Sie nicht über Gebühr lange aufgehalten habe, denn glauben Sie mir, das Referat ist umfangreich, seine Sorgen und Wünsche sind groß, und auch in meinem Referat fallen natürlich viele, viele Dinge, wie bei

allen anderen Kollegen in der Regierung, dem Rotstift zum Opfer. Wenn heuer nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so hoffe ich, alle, die draußen in den Krankenanstalten tätig sind, haben hierfür Verständnis, vielleicht wird es das nächstmal besser gelingen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Klobasa**: Meine Damen und Herren! Ich wiederhole meinen Antrag und bitte, den Ansätzen der Gruppe 5 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wir stimmen über den Antrag des Herrn Berichterstatters ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen der Gruppe 5 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 5 ist angenommen.

Bevor wir weitergehen, teile ich mit, daß wir heute durcharbeiten bis inklusive Gruppe 7. Das ist an keine Zeit gebunden. Morgen um 8 Uhr beginnt der Gemeinde- und Verfassungsausschuß, um 8,30 Uhr der Landtag, wenn wir nicht sowieso noch auf sind. Also, es geht weiter

Wir kommen zur

Gruppe 6:

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen.

Berichterstatter ist Abg. Heribert Pölzl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Pölzl**: Hohes Haus! Die Gruppe 6 „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“ ist die Gruppe, die vielleicht das allergrößte Interesse des steirischen Volkes mitbringen wird. Wohnungen und Straßen sind Sorgen, die heute jede Familie hat. In dieser Gruppe, die insgesamt Ausgaben von 365 Millionen Schilling vorsieht — eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von über 30 Millionen Schilling — ist besonders die Landeswohnbauleihe hervorzuheben. Ich möchte aber auch auf die Bedeutung des Straßenbaues, den der Hohe Landtag heute beschließen soll, aufmerksam machen, bei dem eine Erhöhung um fast 12 Millionen Schilling vorgenommen wird. Ich glaube, daß damit vor allem die dringendsten Wünsche unseres Landes befriedigt werden können. In dieser Gruppe sind 6 Anträge, die am Schluß der Spezialdebatte zur Abstimmung gelangen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Zum Worte hat sich gemeldet Herr Dr. Hueber, ich erteile es ihm.

Abg. **DDr. Hueber**: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Finanzreferent hat in seiner Einbegleitungsrede zum gegenständlichen Budget erklärt, der Schwerpunkt des ganzen Budgets liegt bei der Wohnbauförderung. Dafür sind nahezu 240 Millionen Schilling im Budget selbst vorgesehen, so daß unter Hinzurechnung der bereits heuer aus Anleihe und Darlehen bereitgestellten

Mittel im nächsten Jahr beinahe 360 Millionen Schilling verwendet werden.

Meine Damen und Herren! Die Steigerung stammt zweifellos aus der Landesanleihe zur Durchführung des Sonderwohnbauprogramms für das Land Steiermark. Ich darf Sie erinnern, mit welcher Skepsis der Durchführbarkeit dieses Sonderwohnbauprogramms, das der Steiermärkische Landtag beschlossen hat, begegnet wurde. Diese Skepsis kam vor allem in der Regierungsvorlage zum Ausdruck, in der die Hohe Landesregierung zu dem Beschluß des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juli 1961 Stellung genommen hat, es wären einfach nicht die Mittel dafür aufzubringen. Eine Anfrage an das Bundesministerium für Finanzen, betreffend die Möglichkeit, auf dem Anleihewege die Mittel aufzubringen, wurde dahin erledigt, daß der österreichische Kapitalmarkt als zu angespannt für die Unterbringung einer Anleihe bezeichnet wurde. Von den befragten Geldinstituten und Versicherungsgesellschaften hat lediglich die Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer in Wien in Aussicht gestellt, sich an der Finanzierung mit einer Darlehenssumme von 10 Millionen Schilling zu beteiligen. Und dann hat der Landtag die Landesanleihe beschlossen, und aus dieser Landesanleihe wurde ein voller Erfolg. Meine Damen und Herren, ich möchte dazu zum Ausdruck bringen, daß mit einer solchen Anleihe zu Wohnbauzwecken der richtige Weg gegangen worden ist, denn die öffentliche Hand kann den Wohnbau allein nicht finanzieren. Es erscheint mir ausgeschlossen, daß die öffentlichen Stellen allein die Mittel aufbringen, um den ganzen Mangel auf dem Wohnbausektor zu beheben. Es muß also das Privatkapital für den Wohnbau interessiert und herangezogen werden.

Meine Damen und Herren! Wie war das denn im vergangenen Jahrhundert? Das Bürgertum hat ja mit seinem Privatkapital, mit seinen Ersparnissen, doch die ganzen Städte in unserer Heimat aufgebaut. Also, daß die Städte überhaupt entstanden sind, ist dem zu verdanken, daß das Bürgertum sein Privatkapital dazu investiert hat. Warum ist das Heute nicht mehr? Diese Frage ist fast überflüssig. Es ist dies auf die Zwangswirtschaft zurückzuführen. Denn unter der heutigen Zwangswirtschaft wird sich kaum ein Privater dafür interessieren, seine Ersparnisse dem Wohnbau zu widmen, zumal er weiß, daß dann sein investiertes Eigentum so beschränkt wird, daß er ja praktisch kaum mehr über sein Eigentum verfügen kann. Also müssen neue Wege beschritten werden, um eben das Privatkapital für den Wohnbau zu gewinnen. Zweifellos ist ein solcher der Weg einer Anleihe. Denn, meine Damen und Herren, warum sollen wir denn nicht Geld aufnehmen, um Wohnstätten, um Wohnhäuser zu bauen? Ich glaube, daß das Geld kaum besser und sicherer angelegt werden kann, als wenn es für Wohnbauzwecke verwendet wird. Allerdings ist eines erforderlich. Eine solche Kreditaktion muß erstens angemessen verzinst werden, denn, wie Sie wissen, die Erträge aus Wohnhäusern sind äußerst gering, und zum andern muß auch eine solche Kreditaktion entsprechend gesichert werden. Das Land Steiermark war in der Lage, eine entsprechende Sicherung für eine solche Kreditbeschaf-

fung abzugeben. Wir wissen doch alle, die Finanzverhältnisse im Land sind geordnet, das Land hat ein hinreichend großes Vermögen. Wenn das Land als Bürge für den Kredit auftritt, dann kann kein Hindernis mehr bestehen, daß eine solche Anleihe gezeichnet wird. Und wie wir auch die Erfahrung gemacht haben, die Anleihe wurde rasch gezeichnet, sie war, wie ich glaube, schon in wenigen Tagen voll gezeichnet. Ich bin daher der Meinung, daß man diesen Weg, der nunmehr praktiziert wurde und der sich ausgesprochen bewährt hat, weitergehen können. Und wenn man sich auch noch dazu entschließen könnte, eine solche Anleihe mit einer Wertsicherungsklausel zu versehen, sie noch interessanter zu machen, dann bin ich der Überzeugung, daß noch mehr private Geldmittel einer solchen Kreditaktion zufließen.

Meine Damen und Herren, daß wir einen Wohnungsmangel noch immer haben, ist eine Binsenwahrheit, die durch nichts bewiesen werden braucht. Einen Wohnungsmangel kann man nicht durch Bewirtschaftung oder durch Reglement beheben, sondern man kann ihn nur durch vermehrten Wohnungsbau beseitigen. Wenn ein Wirtschaftsgut knapp ist, dann kann man den Mangel nur beseitigen, indem man es so ausreichend produziert, daß eben kein Mangel mehr vorhanden ist. Auf der anderen Seite bestätigen auch wir Freiheitlichen, daß, wenn ein Wirtschaftsgut — ich sage ausdrücklich Wirtschaftsgut und nicht etwa für eine Wohnung — knapp ist, daß man es bewirtschaften muß. Aber diese Bewirtschaftung darf nicht Selbstzweck werden, sondern darf nur eine Not- und Übergangsmaßnahme sein. Wir müssen also trachten, so rasch wie möglich aus der Bewirtschaftung wiederum herauszukommen. Aber die Wohnungsbewirtschaftung, meine Damen und Herren, ist in Österreich in eine katastrophale Sackgasse geraten. Alle Bemühungen, eine längst überfällige Reform auf dem Wohnungs- und Mietensektor durchzuführen, sind bisher an dem Koalitionssystem gescheitert. Auch das ist irgendwie begreiflich, wenn der eine Teil sich zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen bekennt und der andere Teil in der Bewirtschaftung einen Selbstzweck erblickt, also die Bewirtschaftung geradezu aus programmatischen Gesichtspunkten verfißt, dann kann man zu keiner Lösung dieses Problems gelangen. Ein handlungsfähiges Parlament, meine Damen und Herren, wäre in der Lage, das Wohnungs- und Mietenproblem zu lösen, dies allerdings mit einem Mehrheitsbeschluß, wie er der Geschäftsordnung des Parlaments und auch den demokratischen Spielregeln entspricht. Wenn man aber der Meinung ist, das sei undemokratisch, wenn man der Meinung ist, Demokratie sei nur möglich über den Weg des Kompromisses, dann, meine Damen und Herren, würde auch ein handlungsfähiges Parlament nicht in der Lage sein, dieses schwerwiegende Problem zu lösen. Zur Zeit, meine Damen und Herren, ist das Wohnungs- und Mietenproblem in die Regierungsverhandlungen einbezogen worden. Wir wissen nicht, wie diese ausgehen. Es zwingt uns dieser Umstand zum Abwarten der Ergebnisse dieser Verhandlungen. Der allerletzte Ausweg, der bereits wiederholt aufgezeigt wurde, wenn es der Hohen Bundesebene auf Grund ihres Koalitions-

systems nicht möglich sein sollte, das überfällige Wohnungsproblem zu lösen, wäre dann die Abgabe der diesbezüglichen Kompetenz an die Länder. Meine Damen und Herren, wir sind noch nicht so weit, das ist noch nicht spruchreif, aber wir können schon heute sagen, daß die Landtage, die ja nicht durch das gleiche Koalitionssystem, wie es auf der Bundesebene herrscht, geknebelt sind, wohl in der Lage wären, in den einzelnen Ländern das Wohnungsproblem einer gerechten Lösung zuzuführen.

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einzelne brennende Probleme des Wohnungssektors noch zu sprechen kommen. Die Öffentlichkeit wurde in den letzten Tagen durch Zeitungsmeldungen überrascht, wonach 96.000 Wohnungen in Österreich leerstehen sollen, davon allein 20.000 in Wien. Mit dieser alarmierenden Meldung haben sich die Chefredakteure in einer Radiosendung befaßt und hier hat der Chefredakteur der Arbeiterzeitung, Herr Dr. Polak (Abg. Brandl: „Ist er ja gar nicht mehr!“) folgendes dazu gesagt: das sei das Fiasko der Privatwirtschaft, nicht etwa das Fiasko der Zwangswirtschaft! (Abg. Dr. Pittermann: „Der hat schon viel behauptet.“) Die Wohnungen stehen seiner Meinung nach deshalb leer, weil die Hauseigentümer noch mehr Ablöse aus diesen Wohnungen herausholen wollen. Meine Damen und Herren, das ist eine Unterstellung, die der Herr Chefredakteur den Hauseigentümern macht, den wir wissen doch alle, daß Ablösen verboten sind und daß sich auch derjenige mitschuldig macht, der gegen das Verbot dadurch verstößt, daß er eben eine Ablöse anbietet. (Abg. Pittermann: „Sie geht durch alle Parteien durch, die Ablöse!) Aber das kann doch nicht der eigentliche Grund für die leerstehenden Wohnungen sein. Der eigentliche Grund ist zweifellos die noch immer offene Neuregelung des Mietzinses. Denn diese Wohnungen stehen deshalb leer, weil sich der betreffende Hauseigentümer nicht veranlaßt sieht, für einen in keiner Weise ausreichenden Mietzins die Wohnungen weiter zu vergeben und diese Wohnungen damit wiederum dem Mieterschutz zu unterstellen. Also, das Problem kann nur über eine Neuregelung der Mietzinse gelöst werden. Das ist der Angelpunkt des ganzen Wohnungs- und Mietenproblems. (Abg. Leitner: „Durch ein Wohnungsanforderungsgesetz.“) Ja, ich bin schon bei Ihnen, Herr Leitner. Weil wir hier in diesem Hohen Haus einen Märchenerzähler haben, zwar keinen arabischen, aber immerhin einen nach dem Osten orientierten, der behauptet hat, daß es die Freiheitlichen seien, die immer für eine vierfache Erhöhung des Hauptmietzinses eintreten, so muß ich diese Behauptung dahin richtigstellen, daß ein solches Eintreten seitens der Freiheitlichen Partei weder hier in diesem Hohen Hause, noch im Parlament erfolgt ist. Die Freiheitliche Partei ist nicht eingetreten für die vierfache Erhöhung des Hauptmietzinses, sondern seit eh und je für die Herstellung einer Zinsgerechtigkeit. Denn, meine Damen und Herren, für eine Erhöhung des Hauptmietzinses einzutreten, das wäre nichts anderes als ein Anachronismus. Wie Sie wissen gründet sich der Hauptmietzins auf den Jahresmietzins 1914, und wir haben das Jahr 1962 zu Ende. Also

eine Grundlage für Zinsberechnung zu wählen, die rund 50 Jahre zurückliegt (Abg. Dr. Pittermann: „Kommt nur vom Chruschtschew.“), das ist doch etwas Unmögliches. Seit 50 Jahren haben sich ja die Verhältnisse weitgehend geändert. Die Häuser sind im Bauzustand seit 50 Jahren wesentlich schlechter geworden, ja selbst lagemäßig sind weitgehende Änderungen eingetreten, als in gewissen Stadtvierteln Verkehrszentren entstanden sind, so daß man nicht den Stand von 1914 als Grundlage für eine Mietzinsneuregelung heranziehen kann. Ebenso wenig könnte man von den Zinsstoppverfügungen ausgehen. Sie wissen, wir haben wiederholt Preis- und Zinsstopp gehabt und es war auch jeweils ein willkürliches Abstoppen, eine willkürliche Vorgangsweise, die sogar dazu geführt hat, daß man in der Rechtsprechung eine Änderungskündigung zugelassen hat, um jenem Hauseigentümer, der mit den Zinserträgen des Hauses überhaupt nicht mehr auskommen konnte, eine Kündigung zu ermöglichen, um aus dieser Sackgasse herauszukommen. Wir haben heute, meine Damen und Herren, ein Zinschaos, eine Zinsungerechtigkeit, die nur durch eine Neuregelung der Zinse (Abg. Leitner: „Sie meinen eine Zinserhöhung.“) zu beheben ist. Eine Neuregelung hätte aber nicht allein von der Quadratmeteranzahl, also von der Größe des Raumes, auszugehen, sondern auch von der Beschaffenheit der Wohnung. Ist sie mit Komfort ausgestattet oder nicht, vom Alter der Wohnung, von der Lage der Wohnung und insbesondere des Geschäftsraumes, also von einer Reihe von Gesichtspunkten. Es erscheint mir unmöglich, aus der Sackgasse herauszukommen, wenn nicht eine auf dieser Grundlage durchgeführte Neuregelung erfolgt. Die Einstufung wäre zweckmäßigerweise den Ländern und den Gemeinden zu überlassen. Meine Damen und Herren, ich füge ausdrücklich noch bei, das muß keineswegs in allen Fällen eine Erhöhung sein, denn vergessen wir nicht, daß namhafte Hauptmietzinserhöhungen durchgeführt worden sind, und zwar unter Anrufung der Ihnen bekannten Bestimmung des § 7 des Mietengesetzes, wodurch gerade die ärmsten Leute in baufälligen Wohnungen am meisten betroffen worden sind, die höchsten Hauptmietzinse zahlen, wie es auch Tatsache ist, daß aus den baufälligen Häusern auch nur die armen Leute delogiert werden, wenn das Haus abbruchreif geworden ist. Ich habe als Anwalt in meiner Praxis noch nie erlebt, daß ein Generaldirektor aus einem baufälligen Haus delogiert worden ist. Also eine gerechte Neuregelung des Mietzinses muß keineswegs verbunden sein mit einer Mietzinserhöhung für die ärmeren Bevölkerungskreise.

Nun, meine Damen und Herren, ein nächstes Problem, das Problem der Baugrundbeschaffung. Man klagt allseits über angeblichen Wohnungswucher und fordert ein Grundbeschaffungsgesetz. Es ist wohl richtig, meine Damen und Herren, daß die Bodenpreise angezogen haben (Zwischenruf SPO: „Gut gesagt!“), aber wir müssen fragen, wo liegt denn da die Ursache? Die Ursache ist wohl in der Angst vor der Geldentwertung zu erblicken. Sie wissen ja, ein jeder Kauf ist etwas Zweiseitiges, das Verlangen allein genügt nicht, es muß jemand

da sein, der den Preis bezahlt. Auch bei der Ablöse muß jemand gewillt sein, Ablöse zu geben. Der Umstand, daß eben so übermäßige Preise für Grund und Boden bezahlt werden, ist auf die Angst vor Geldentwertung zurückzuführen und stellt nichts anderes als eine Flucht in die Sachwerte dar, die wir ja immer wieder erlebt haben. Da ist nicht nur Grund und Boden, da ist Schmuck, ist Gold, jedenfalls ein Sachwert, zum andern oft die unsinnigsten Sachen, die gehamstert werden, wenn irgendeine Angst vor einer Geldentwertung besteht, Das würde sich alles wiederum beruhigen, wenn die Bevölkerung das Bewußtsein hätte, daß eine ernsthafte Stabilisierung der wirtschaftlichen und der Währungsverhältnisse von der nunmehr neu zu bildenden Regierung durchgeführt wird. Der Ruf nach einem Grundbeschaffungsgesetz erscheint uns keineswegs begründet. Der Herr Wohnbaureferent wird mir zustimmen, daß es eine Reihe von gesetzlichen Möglichkeiten gibt, Wohnbaugrund zu beschaffen. Schauen Sie, da haben wir noch ein österreichisches Bundesgesetz vom 16. April 1929, wonach in Orten, in denen Wohnungsnot besteht oder die Assanierung ungesunder Wohnviertel es erfordert, bestimmte Liegenschaften für die Errichtung von Wohnbauten enteignet werden können. Dieses Gesetz sieht sogar eine eigene Verfassungsbestimmung vor, um den Vollzug dieses Gesetzes dem Bund zu übertragen. Aber auch die Landesregierung hat gesetzliche Möglichkeiten. Da haben wir noch die sogenannte Behebungsverordnung vom 9. Dezember 1919; geltende reichsrechtliche Bestimmungen, wonach die Landesregierung in Gebieten, in denen sich ein dringendes Bedürfnis nach Klein- und Mittelwohnungen herausstellt, hierzu geeignete Grundstücke gegen angemessene Entschädigung enteignen kann, wenn Bau- und Gartengelände in passender Lage zu angemessenen Preisen nicht zur Verfügung steht. Daß diese Behebungsverordnung nicht angewendet wird, ist offenbar darauf zurückzuführen, daß eben bei uns in passender Lage zum angemessenen Preis noch immer Wohnbauland zu haben ist. Und nach den Vorschriften über die Landbeschaffung für vorstädtische Kleinsiedlungen kann die Landesregierung Grundstücke auch für diese Zwecke enteignen, natürlich alles gegen angemessene Entschädigung. Das sogenannte Reichsheimstättengesetz vom 25. November 1937 sieht schließlich Enteignungsmöglichkeiten zur Begründung oder Vergrößerung von Heimstätten vor. Also der Ruf nach neuen Beschaffungsgesetzen erscheint überflüssig, es sei denn, man will auf diesem Sektor eine Flurbereinigung vollziehen. Nun, meine Damen und Herren, ein grundsätzliches Wort der Freiheitlichen Partei dazu, um, sagen wir, einer allfälligen Märchenbildung vorzugreifen: Die Freiheitliche Partei ist für Zwangs- und Enteignungsmaßnahmen nur im Falle der äußersten Notwendigkeit. Wir lehnen das sonst auf das entschiedenste ab. Wir halten es mit dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch, das im § 365 eine Enteignung vorsieht, wenn es das allgemeine Beste erheischt. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß sämtliche Wirtschaftsgüter beim Privateigentümer immerhin am besten aufgehoben und verwaltet sind. Nur im Falle unumgänglicher Notwendigkeit werden wir

Freiheitlichen für Zwangsmaßnahmen optieren. Wir Freiheitlichen sind aber für Recht und Ordnung und dazu kann unseres Erachtens auch der Hohe Landtag beitragen. Wir haben, wie Sie doch alle wissen, ein völlig unzulängliches Gesetz über die Flächennutzungs- und -Bebauungspläne vom 29. Mai 1946. Dieses Gesetz ist so unzulänglich, daß es zu einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 19. Oktober 1957 geführt hat, mit dem der Flächennutzungsplan der Stadtgemeinde Bruck a. d. M. als gesetzwidrig aufgehoben wurde und welches Erkenntnis dann sämtlichen Flächennutzungs- und Bebauungsplänen im Lande Steiermark die gesetzliche Grundlage entzog. Es hat damals die „Kleine Zeitung“ im Jahr 1957 folgendes geschrieben: „Österreichs höchstes Gericht bringt Landesgesetzgebung in Schwung.“ Und dazu wurde ausgeführt: „Ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes hat nun die gesetzgeberische Lethargie um unsere veralteten, teilweise hundertjährigen Baubestimmungen ins Rollen gebracht.“ Der Verfassungsgerichtshof hat nämlich mit einer Entscheidung die gesamte Baugesetzgebung unseres Landes an den verwundbaren Stellen getroffen, an den Fragen und Problemen, die sich aus dem Sammelbegriff Raumordnung“ ergeben, also Gebiete umfassen, die bei der Landesplanung anfangen und über Stadt- und Ortsplanung bis zu den Flächennutzungsplänen der Gemeinden führen. Der Flächennutzungsplan der Stadtgemeinde Bruck wird allerdings erst ab 31. März 1958 ungültig, wodurch dem Gesetzgeber die Möglichkeit gegeben ist, noch rasch die notwendigen rechtlichen Fundierungen zu schaffen. Beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung arbeitet man zur Zeit angestrengt an einem Referentenentwurf für ein entsprechendes Landesgesetz, das schon im Februar in den Landtag eingebracht werden sollte. Bitte, meine Damen und Herren, dieses Landesgesetz ist eingebracht worden, das Gesetz wurde auch geschäftsordnungsmäßig dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zugewiesen, es ist das die Regierungsvorlage EZ. 130 aus 1958 und sieht vor, ein Gesetz über die Bebauungspläne. Aber seit dem Jahr 1958 ruht diese Regierungsvorlage im Gemeindeausschuß. (Abg. Dr. Rainer: „Stimmt nicht, Herr Kollege!“) Wir haben daher, Herr Kollege Rainer, an Sie eine Anfrage eingebracht, eine Anfrage, die Ihnen ja geschäftsordnungsmäßig gestellt worden ist, und die da lautet, „ist der Obmann des Gemeinde- und Verfassungsausschusses bereit, die Regierungsvorlage EZ. 130 aus 1958, Gesetz über die Bebauungspläne, ehebaldig auf die Tagesordnung zu setzen und darüber Aufklärung zu geben, warum die Vorberatung dieses Gesetzes durch den Gemeinde- und Verfassungsausschuß bisher jahrelang (Dr. Rainer: „Weder bereit, noch in der Lage.“) Warum? (Abg. Dr. Rainer: „Weil es nicht zugewiesen ist, Herr Kollege.“) Herr Kollege, das Gesetz ist dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zugewiesen, ich war selbst in dem Ausschuß und habe die Ausschußberatungen mitangehört. Die Ausschußberatungen kamen ins Stocken, der Ausschuß wurde vertagt bzw. die Regierungsvorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt und seit dem Jahr 1958 steht das Ganze still. Ich habe schon mit dem Ein-

wand gerechnet, daß der Gemeinde- und Verfassungsausschuß das so lange zurückliegende Gesetz nicht mehr zu behandeln braucht, wenn eine neue Legislaturperiode eingetreten ist. Wenn einmal ein Gesetz im Landtag eingebracht ist, dann ist es, unabhängig vom Wechsel der Legislaturperioden, zu behandeln. Das haben wir doch immer so getan. Auch die Gemeindeordnung für die steirischen Gemeinden ist über zwei Legislaturperioden behandelt worden, ebenso auch das Statut für die Stadt Graz. Es ist ein unmöglicher Standpunkt, ein im Landtag eingebrachtes Gesetz einfach nicht zu behandeln. Es ist Aufgabe des Obmannes eines Ausschusses, die Tagesordnung zu erstellen, und an Sie haben wir daher auch die diesbezügliche Anfrage gerichtet.

Auch sonst, meine Damen und Herren, ist die Gesetzgebung des Landes auf diesem Sektor keineswegs in Schwung. Es ist eine neue Bauordnung notwendig, und zwar nicht nur für das Land, sondern auch für die Landeshauptstadt Graz. Die Bauordnung für das Land Steiermark stammt aus dem Jahr 1857, ist also über hundert Jahre alt, und die Bauordnung für die Landeshauptstadt Graz mutet demgegenüber geradezu modern an, denn sie stammt erst aus dem Jahr 1881. Meine Damen und Herren, der Mangel an solchen Gesetzen, die vor allem den heutigen Verhältnissen Rechnung tragen sollen, beeinträchtigt nicht nur das Bauwesen, sondern schafft auch Unsicherheit und begünstigt eher die Bodenspekulation, als daß sie verhindert würde.

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein paar Worte über ein Wohnungsproblem, das überschrieben worden ist mit dem Titel „Bausumpf“. Unter diesem Titel hat die „Kleine Zeitung“ in dankenswerter Weise in einer viel beachteten Artikelserie über die Mißstände bei gewissen Wohnbauvereinigungen berichtet, die sich mit der Errichtung von Wohnungseigentum beschäftigen. In der Folge kam es auch zur aufsehenerregenden Verhaftung des Geschäftsführers einer Grazer Wohnbauvereinigung. Die Praktiken dieses Geschäftsführers stehen in strafgerichtlicher Untersuchung und da es sich um ein anhängiges gerichtliches Verfahren handelt, wollen wir Freiheitlichen diese Praktiken keineswegs im Hohen Haus einer Untersuchung unterziehen. Wir überlassen das zuständigkeits halber dem Strafgericht. Zutagegetreten ist hier ein geradezu unglaublicher Schacher mit Eigentumswohnungen, die durch Mittel des Wohnhauswiederaufbau fonds errichtet worden sind. Meine Damen und Herren! Dieser Schacher war ja schon seit vielen Jahren bekannt, und um von vornherein solchen Schacher nicht zu ermöglichen, wurde ja in das Wohnhauswiederaufbaugesetz ein § 31 a aufgenommen, der besagt, daß Wohnungseigentum, das an einer mit Fondshilfe wiederhergestellten Wohnung begründet wurde, innerhalb eines Zeitraumes von 6 Jahren nach seiner grundbücherlichen Eintragung nicht weiterveräußert werden darf. Eine diesbezügliche Eintragung dieses Verbotes ist über Antrag des Fonds sogar im Grundbuch einzuverleiben. Ja, meine Damen und Herren, haben denn die zuständigen Stellen nicht bemerkt, daß der Wohnungsschacher nicht dort einsetzt, wo bereits die grundbücherliche Eintragung des Wohnungseigentums vorgenommen wurde? Der Wohnungsschacher be-

ginnt eben vor der Einverleibung des Wohnungseigentums. Bekanntlich wird das immer so gemacht, daß zunächst der Kaufvertrag über den Grundanteil errichtet wird, daß das Miteigentum für den Grundanteil einverleibt wird, daß in dem Vertrag selbstverständlich die Einräumung des Wohnungseigentums vorgesehen ist, aber einverleibt wird das Wohnungseigentum noch lange nicht. Man schiebt die Einverleibung des Wohnungseigentums jahrelang hinaus. Zwischendurch ist das Haus gebaut, zwischendurch ist die Wohnung bezogen, und zwischendurch kann die Wohnung verkauft werden um jeden nur, sagen wir, gebotenen Preis. Das ist, meine Damen und Herren, doch ungerechtfertigt, denn, wo Wohnungseigentum mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, da muß man doch einen Riegel vorschieben, daß aus einem solchen Vorgang keine Bereicherung entsteht. Wäre es nicht richtig gewesen, das Gesetz so zu fassen, daß überhaupt eine Veräußerung innerhalb von 6, oder noch besser, von 10 Jahren von solchen Wohnungen nicht möglich ist, für die eben Wohnungseigentum, die Einrichtung von Wohnungseigentum, beabsichtigt wird. Wenn sie trotzdem veräußert wird, dann kann eben Wohnungseigentum nicht mehr eingetragen werden. Aber wenn man das so formuliert, daß man das Veräußerungsverbot erst ab Grundbucheintragung laufen läßt, ja dann ermöglicht man den Schacher mit dem Wohnungseigentum, indem eben diese Einverleibung auf Jahre hinausgeschoben wird. Ja, meine Damen und Herren, wäre es nicht möglich gewesen, nur den § 31 a Wohnhauswiederaufbaugesetz zu novellieren? Das hängt uns jetzt schon seit Jahren an, und man muß es wirklich bedauern, daß auch eine so einfache Frage im Koalitionsausschuß der Bundesregierung nicht geregelt werden kann.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch abschließend auf eine weitere Artikelserie der „Kleinen Zeitung“ zurückkommen, die erst jüngst zurückliegt, die im Oktober heurigen Jahres das Aufsehen und auch den Unmut der ganzen Bevölkerung ausgelöst hat. Es hat hier die „Kleine Zeitung“ in einer Artikelserie die Praktiken einer gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Judenburg aufgezeigt, die in geradezu beängstigender Weise die Macht der Genossenschaftsbosse und die Ohnmacht der Genossenschaftsmitglieder gewahrt werden ließ. (Abg. Dr. Rainer: „Nur bei sozialistischen Genossenschaften!“) Wollen Sie sich darüber unterhalten, meine Damen und Herren, ob es sozialistische Genossenschaften oder der ÖVP nahestehende Genossenschaften sind? Es sind uns alle gleich lieb und wert, und ich gehe auch allen gleich an den Kragen, wenn sie Praktiken setzen, wie sie eben hier durch die Artikelserie der „Kleinen Zeitung“ aufgezeigt worden sind. Ich darf Ihnen nur die Schlagzeilen dieser Artikelserien in Erinnerung bringen. Es heißt hier „Bausumpf nicht nur in Graz, Bausumpf auch in Judenburg“, „Genossenschaft schließt kritische Mitglieder aus“. Es heißt hier, daß Mitglieder, die es gewagt haben, gegen ihre Genossenschaftsoberen Beschwerde zu führen, im kurzen Wege von der Generalversammlung ausgeschlossen worden sind. (Abg. Vinzenz L a c k n e r:

„Das hat die Mehrheit entschieden.“) Die Mehrheit, sehr richtig, Herr Kollege. Ich streite jetzt mit Ihnen nicht, ob die Mehrheit knapp war, wie es die „Kleine Zeitung“ behauptet hat, oder ob sie nicht knapp war, wie das die Siedlungsgenossenschaft in ihrer Stellungnahme behauptet. (Abg. Dr. Rainer: „Über Rechte kann man nicht abstimmen!“) Es ist jedenfalls etwas Ungeheürliches, Menschen auszuschließen, Arbeiter, die mit ihrer Hände Arbeit diese Siedlungshäuser errichtet haben, die jahrelang gespart und geschuftet haben, ihnen jetzt die Mitgliedschaft mit einem einfachen Generalversammlungsbeschluß zu entziehen. Sie von der Sozialistischen Partei, Sie wissen, wie man solche Sachen managt, das braucht hier in dem Hohen Hause nicht näher untersucht zu werden. (Abg. Heidinger: „Das sind billige Unterstellungen!“) Aber, verehrter Zwischenrufer, wir brauchen uns nicht mehr darüber erhitzen, ob diese Mehrheit nun groß oder klein war, denn die Genossenschaft hat bereits eine Satzungsänderung durchgeführt, wonach der Genossenschaftsvorstand auch schon ganz allein das Recht hat, mißliebige Genossenschaftsmitglieder auszuschließen. (Zwischenruf von der OVP: „Hört, hört, unglaublich!“) Weil diesen Herrschaften eine Generalversammlung, insbesondere dann, wenn die Presse da hinein kommt, schon zu gefährlich ist, haben sie mit einer Satzungsänderung das in den Vorstand verlegt, wo sie ganz unter sich sind und wo sie mißliebige Mitglieder, die es wagen, nur die Stimme der Beschwerde, der Kritik zu erheben, ganz einfach beseitigen. Diese werden um ihr ganzes Vermögen gebracht ... (Abg. Bammmer: „Herr Doktor, das ist doch falsch, das sind unwahre Behauptungen!“) (Präsident: „Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen!“) Hier haben Sie die „Kleine Zeitung“, wenn Sie sagen, die Behauptung ist unwahr. (Abg. Bammmer: „Herr Doktor, sagen Sie mir eine Konsequenz, die einem der Siedler, der ausgeschlossen ist, auch nur einen Schilling wegnimmt oder den Besitz oder das Wohnrecht!“) (Präsident: „Keine Zwiegespräche, bitte. Jetzt hat der Herr Abgeordnete Dr. Hueber das Wort. Wenn einer sprechen will, soll er sich hier anmelden, aber solche Gespräche sind undemokratisch!“) Herr Kollege, ich empfehle Ihnen, Sie sollten auch öfter die „Kleine Zeitung“ lesen. (Abg. Bammmer: „Ich kenne doch den ganzen Akt! Sie reden einen Unsinn!“) Herr Kollege, den Eigenheimbesitzern droht die Delogierung. (Abg. Bammmer: „Stimmt ja nicht; fragen Sie den Herrn Landesrat Prirsch, ob das wahr ist!“ — Zwischenruf von der OVP: „Das ist ein Thema!“ — Gelächter.) Die Genossenschaft hat mit den Siedlern ja nur Bestandverträge abgeschlossen, Bestandverträge, Herr Kollege, es ist ja noch ein jahrelanger, steiniger Weg, bis diese Siedler aus dem Bestandvertrag herauskommen und zum Wohnungseigentum bzw. zum Eigentum ihres Siedlungshauses kommen. Die Genossenschaft hat mit ihnen ja nur Bestandverträge abgeschlossen, damit sie sie entsprechend am Kragen hat. (Zwischenruf OVP: „So ist es!“) Diese Bestandverträge sind mit den mißliebigen Genossenschaffern aufgelöst worden, denn es heißt, ein Auflösungsgrund des Bestandverhältnisses ist dann gegeben, wenn der Aus-

schluß aus der Genossenschaft durchgeführt worden ist.

Nun, meine Damen und Herren, die betroffenen Siedler haben bereits den Gerichtsweg beschritten. Das Gericht wird sich nun damit beschäftigen, ob ihnen die Delogierung droht oder nicht, ob der Bestandvertrag lösbar ist oder nicht. Ich möchte noch etwas aus dem Bericht der „Kleinen Zeitung“ hervorheben. Wenn diese kleinen Siedler nach vielen Jahren mit dem Wohlwollen des Genossenschaftsbosses als Eigentümer ins Grundbuch eingetragen werden, dann auch nicht früher, bevor mit ihnen ein Vertrag errichtet wird, denn Sie wollen doch nicht behaupten, daß diese Verträge nicht existieren. Der Reporter, der den Artikel geschrieben hat, hat in den Vertrag selbst Einsicht genommen und hat die Vertragsbedingungen in der „Kleinen Zeitung“ wiedergegeben. Sie sind so unerhört, diese Beschränkungen des Eigentums, das die Leute blutig erarbeitet haben, daß ich glaube, dies dem Hohen Hause nicht vorenthalten zu können. Da heißt es folgendermaßen: „Der Siedler darf das Haus 20 Jahre lang nicht verkaufen und wenn er es doch veräußern will, ist er verpflichtet, es zuerst der Genossenschaft anzubieten, und zwar um den festgelegten Preis von 122.000 S. Auch nach 20 Jahren braucht die Genossenschaft für dieses Haus nicht mehr zu bezahlen, wieviel oder wie wenig der Schilling dann wert ist. Die Genossenschaft darf von diesen 122.000 S sogar noch 2% jährlich, allerdings höchstens 15% für eine Wertverminderung durch die natürliche Abnutzung abziehen. Auch wenn ein anderer Interessent dem Siedler mehr bietet, muß er das Haus der Genossenschaft um den ursprünglichen Preis verkaufen. Und der letzte Punkt: Hält sich der Siedler nicht an die Bestimmungen, so muß er eine Konventionalstrafe, im gegenständlichen Fall von 12.200 S bezahlen, die ebenfalls im Grundbuche angemerkt ist.“ Das, meine Damen und Herren, sind die Aktionen einer gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft.

Nun, darf ich vielleicht noch darauf hinweisen, welche gesetzlichen Abhilfemöglichkeiten bestehen. Es ist hier wiederum ein Reichsgesetz — ich fürchte, der Herr Abg. Leitner wird noch ganz rabiat bei den fortwährenden Zitaten von Reichsgesetzen —, es ist dies ein sehr strenges Reichsgesetz, und der Herr Abg. Leitner wird ja wissen, daß die Reichsgesetze durchwegs streng waren. Dieses Reichsgesetz ist das sogenannte „Wohnungs-Gemeinnützigkeitsgesetz“, das Reichsgesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 29. Februar 1940, das auch in Österreich eingeführt wurde und seither in Österreich als wirksames Gesetz geblieben ist. Dieses Gesetz sieht strenge Prüfungsbestimmungen für die gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften vor und sieht weiters die Zurücknahme der für den Charakter der Gemeinnützigkeit erforderlichen Anerkennung vor. Die Anerkennung kann zurückgezogen werden, wenn die Würdigkeit für den Titel und für die Vorteile der Gemeinnützigkeit nicht mehr gegeben sind. Nun, meine Damen und Herren, die Zuständigkeit liegt hier wohl beim Bundesministerium für soziale Verwaltung. Das Bundesministerium für soziale Ver-

waltung müßte im vorliegenden Falle dieser Genossenschaft die Anerkennung entziehen. Ich glaube, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, Sie könnten Ihrerseits bestimmt etwas dazu beitragen, daß das Sozialministerium in diesem so haarsträubenden Fall einmal in Schwung kommt, denn der Fall ist dort bereits jahrelang anhängig und jahrelang ist dagegen nicht eingeschritten worden. Aber zum anderen, meine Damen und Herren, haben wir auch die mittelbare Bundesverwaltung des Herrn Landeshauptmannes und der einschlägigen Regierungsmitglieder, also auch auf Landesebene scheinen mir Möglichkeiten gegeben, denn, wer das Geld gibt und die Wohnbauförderungsmittel, der kann wohl auch die Bedingungen setzen und die erforderlichen Kontrollen durchführen. Es werden doch die Gelder des Wohnbauförderungsfonds hier vergeben! Oder meinen Sie, daß die Genossenschaft hier kein Geld bekommt? Dann kann man ihr auch den Hahn abdrehen. (Zwischenruf: „Ach wo.“) Ach wo? Also, Sie würden es ihr weitergeben?

Daher, meine Damen und Herren, zum Abschluß an die Hohe Landesregierung, aber auch an den Hohen Landtag den Ruf: „caveant consules“, das heißt, die Regierungsmitglieder müßten achtgeben, daß unsere Staatsbürger nicht zu Schaden kommen. Denn es liegt unseres Erachtens bei der Überwachung die geeigneten Maßnahmen zu treffen, solche Übelstände abzustellen, diese Fronvögte — und nichts anderes sind diese Genossenschaftsbosse — in die Schranken zu weisen und dafür zu sorgen, daß wohltätige Einrichtungen nicht zu neuen Plagen werden. Mit diesem Appell, meine Damen und Herren, schließe ich meine Ausführungen und erkläre, daß wir den Ansätzen dieser Gruppe unsere Stimme geben werden.

2. Präsident: Herr Abgeordneter Karl Lackner hat das Wort. Ich erteile es ihm.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Die meisten Anträge, die im Laufe einer Landtagsperiode eingebracht werden, sind wohl zweifelsohne Straßenanträge. Der Grund hierfür ist sicher der, daß durch die enorme Zunahme von Kraftfahrzeugen aller Art die bestehenden Straßen nicht mehr ausreichen oder nicht mehr entsprechen. Ich freue mich, daß ich mich als erster Redner zum Straßenproblem gemeldet habe, deshalb, weil ich der Meinung bin und das Gefühl habe, daß die Straßen des Bezirkes Liezen und der Obersteiermark überhaupt am vordringlichsten sind. Jeder weiß, daß bei uns die wenigsten Straßen staubfrei sind. Ich will aber nicht nur fordern, sondern ich will gleichzeitig dankbar zur Kenntnis nehmen, daß eine Reihe von wichtigen Straßen in unserem Bezirk entweder bereits ausgebaut oder im Ausbau begriffen sind. Vordringlich ist der Ausbau der Salzkammergut-Bundesstraße von Trautenfels nach Bad Aussee, die Fertigstellung der Schoberpaß-Bundesstraße, der Ausbau der Straßen um St. Gallen überhaupt, die Weiterführung des Bauloses 2 bei der Präbichler Bundesstraße, bei der ja der zuständige Minister den vordringlichen Ausbau zugesagt hat. Ich möchte auch die vielen Landesstraßen erwähnen, die in unserem

Bezirk sind, und nur feststellen, daß nicht nur die Bevölkerung in unserem Bezirk Anspruch auf gute Straßen hat, sondern daß alle diese Landesstraßen in bekannte und berühmte Fremdenverkehrsgebiete führen und schon in Anbetracht des Fremdenverkehrs ist es unbedingt notwendig, daß diese Straßen ausgebaut, saniert und staubfrei gemacht werden. Ich bitte den Herrn Referenten, Landeshauptmannstellvertreter Udier, daß er in Zukunft noch ein bißchen mehr für die Obersteiermark und im besonderen fürs Ennstal tut. (Beifall.)

2. Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Zagler das Wort.

Abg. Zagler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte ebenfalls zum Fragenproblem Stellung nehmen. Ich bin der Überzeugung, daß gerade auf diesem Gebiet so viel zu tun wäre und schon viel getan wurde. Ich muß spezielle Fragen in unserem Bezirk, im Bezirk Voitsberg, herantragen, und zwar die Landesstraße, die von Stallhofen nach Krems führt, ist eine Straße, die durchschnittlich täglich von 400 bis 500 Menschen, die zur Arbeit fahren, zweimal benützt wird. Es wird in unserem Volksmund diese Straße als Schandstraße bezeichnet, und ich richte hier die Anfrage an den Herrn Referenten, ob es nicht möglich wäre — ich weiß ganz genau, daß die Straße Geistthal genauso notwendig ist, auszubauen, aber immerhin ist diese genannte Straße wesentlich stärker frequentiert als die Geistthaler Straße —, ob wir nicht dieses Stück dort erneuern, mit einem neuen Belag versehen könnten. Die zweite Anfrage ist die Gaberl-Bundesstraße. Ich bin freudig überrascht, daß im heurigen Jahr 5,5 Millionen Schilling bereitgestellt wurden, allerdings vom Baubezirksamt Judenburg. Das ist eine Straße, die letzten Endes eine Verbindungsstraße der Weststeiermark mit dem oberen Murtal bedeutet und für den Fremdenverkehr sowie auch für den Verkehr von unseren jungen Menschen, die zum Teil schon in der obersteirischen Fremdenverkehrsindustrie Arbeit aufnehmen mußten, die einzige Verbindungsstraße ist. Nicht allein für sie, sondern auch für Graz spielt diese Straße auf dieser Seite schon eine große Rolle. Im Winter ist eine gute Schneelage am Gaberl. Bereits bestehen drei Schilfte, aber es ist leider, Hohes Haus, so, wenn auf dieses Gebiet einer hin will, muß er Glück haben, daß er das Gaberl überhaupt erreicht. Es wäre sehr dringend, diese Straße so auszubauen, daß im Interesse des Fremdenverkehrs die Verbindung mit dem oberen Murtal tatsächlich auf schnellstem Wege bereinigt wird. Als dritte Anfrage hätte ich die Landesstraße, die Bärnbach mit der Packer Bundesstraße verbindet. Sie ist derzeit und auch für die Zukunft nicht mehr befahrbar, und zwar durch den Abbau der Kohlen ist eine Brücke in Einsturzgefahr und wird nicht mehr erneuert, weil ohnedies in einigen Jahren ein neuer Tagbau eröffnet wird. Durch diesen Wegfall der Straße ist die Straße von Köflach nach Bärnbach über Piber derart frequentiert, daß sie weit über eine Gemeindestraße hinausgeht. Der Bürgermeister von Köflach bat bereits in einem Schreiben an den Herrn Referenten um Übernahme dieser Straße. Ich möchte den Herrn

Referenten bitten, sich dieses Problem anzuschauen, weil Piber letzten Endes ein Fremdenverkehrsort ist, den 20.000 bis 40.000 Menschen besuchen, die bestimmt nach Piber kommen. Außerdem ist hier die nächste Verbindung zwischen dem Kainachtal und der Bundesstraße. Es gibt nur mehr diese eine Verbindungsstraße. Ich möchte sehr darum bitten, diese Straße in die Landesverwaltung zu übernehmen. (Beifall bei der SPO.)

2. Präsident: Herr Abg. P r e n n e r hat das Wort.

Abg. Prenner: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Daß in unserer Zeit die Straßen den Anforderungen des Verkehrs nicht mehr gewachsen sind, ist ein Problem, dem wir nicht nur in Österreich, sondern man kann wohl sagen beinahe in der ganzen westlichen Welt nicht so leicht Einhalt gebieten können. Daß täglich tausende Fahrzeuge auf den Markt geworfen werden, das dürfte wohl dieses Hauptproblem sein. Trotz guter Technisierung ist es noch nicht gelungen, daß man mit gleichem Zuge den Straßenbau forcieren kann. Es ist aber erfreulich, daß im Jahre 1963 das Budget für das Straßenbauwesen wesentlich erhöht wurde. Die Probleme werden sich nicht so leicht aus der Welt schaffen lassen, doch hoffe ich zuversichtlich, daß dieser höhere Betrag auch den Wünschen unseres Bezirkes entspricht, ich möchte hier ganz besonders darauf hinweisen auf die Übernahme von Gemeindestraßen, da schon durch Jahre hindurch keine Gemeindestraßen durch das Land übernommen wurden und Anträge vorliegen. Ich möchte hier besonders erwähnen die Gemeindestraße Stubenberg—Rubland, welche eine Länge von 6,6 km aufweist, die den Bezirk Hartberg mit dem Bezirk Weiz verbindet; die Straße St. Jakob—Schachenbauernkreuz mit einer Länge von 4,8 km; die Gemeindestraße Unterrohr — Rohrberg, Hopfau — Schölbling, Habersdorf—Hartberg mit 8,3 km; Bruck—Demmendorf 2,5 km; Rohrbach—Eichberg—Kleinschlag mit 7,7 km; Oberpüch—Weinberg—St. Magdalena mit 3,5 km; Waltersdorf—Wagerberg mit 2,4 km; Dechantskirchen—Kroisbach—burgenländische Grenze, welche ja ausgebaut ist, mit 7,7 km; die Verlängerung der Ringkogelstraße bis zum Anschluß an die Bundesstraße mit 1 km; die Gemeindestraße Unterpüch—St. Magdalena mit 3,5 km; Pöllau—Rabenwald mit 6 km; die Gemeindestraße von Schäffern bis zur Landesgrenze mit 7,6 km. Obwohl bei allen diesen Gemeindestraßen die Dringlichkeit der Übernahme durch das Land vorhanden ist, möchte ich doch ganz besonders auf die Gemeindestraßen St. Jakob—Schachenbauernkreuz und Rohrbach—Eichberg—Kleinschlag hinweisen, die für die zuständigen Gemeinden eine untragbare Belastung darstellen. Auch die Verbindungsstraße Bruck—Demmendorf, die durch den starken Verkehr, der sich besonders im Sommer auf ihr abspielt, aber auch durch den täglichen Postverkehr stark in Mitleidenschaft gezogen wird, muß in die gleiche Dringlichkeitsstufe einbezogen werden. Die landschaftliche Schönheit unseres Wechselgebietes mit der Festenburg als Hauptanziehungspunkt könnte durch eine bessere Zufahrtsmöglichkeit Ruhe- und Erholungssuchenden in weitaus

größerem Ausmaß zugänglich gemacht werden. Die verschiedenen Fremdenverkehrsvereine weisen immer wieder darauf hin, daß es wichtig sei, die Staubfreimachung zu forcieren. Ich möchte daher unseren sehr geehrten Herrn Referenten, den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier, bitten und ersuchen, auf der Bundesebene vorstellig zu werden, daß Landesstraßen vom Bund doch wieder übernommen werden, damit auch die Möglichkeit besteht, daß Gemeindestraßen vom Land übernommen werden können. (Beifall.)

2. Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Ing. Koch das Wort.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl alljährlich wesentlich mehr Millionen für den Straßen- und Brückenbau aufgewendet werden, so gibt es noch immer zahlreiche Wünsche und bei jedem Budget melden sich zahlreiche Abgeordnete zu diesem Kapitel zu Wort. Ich möchte folgendes feststellen: Das Landesbauamt, obwohl es jetzt wesentlich mehr Millionen zu verarbeiten und zu planen gibt, erledigt diese große Arbeit mustergültig. Ich glaube, man soll auch bei dieser Gelegenheit daran denken, dem Landesbauamt mit allen seinen leitenden Ingenieuren den Dank auszusprechen. Sehr erfreulich ist auch festzustellen, daß im Gegensatz zu früher die neuen Straßentrassen wesentlich eleganter und zügiger angelegt und gebaut werden, daß man versucht, den Verkehr möglichst flüssig zu gestalten, so daß die Straßen noch auf lange Sicht den Anforderungen entsprechen werden und vor allen Dingen, daß man versucht, Verkehrsfallen zu umgehen und zu verhindern. Aber leider Gottes ist es ja so, daß die alten Strecken noch eine Reihe solcher Verkehrsfallen aufweisen, solche neuralgische Punkte des Verkehrs und in unserem Bezirk Deutschlandsberg gibt es einen besonders neuralgischen Punkt, das ist die Durchfahrt Frauenthal. Diese Durchfahrt ist deshalb so gefährlich, weil gerade zur Sommerzeit dieses moderne Bad so zahlreich angefahren wird, daß es oft 3000 bis 4000 Besucher an einem einzigen Tag gibt und außerdem muß der Durchzugsverkehr zur Bundesstraße bewältigt werden, so daß dort Stauungen unwahrscheinlicher Art vorkommen. Es sind dort auch schon eine Reihe Unfälle passiert, zum Unglück auch tödliche. Mir ist es bewußt, daß diese Umfahrung mit wesentlichen Schwierigkeiten verbunden ist, daß diese Umfahrung auch sehr viel kosten wird, ich darf aber trotzdem der Dringlichkeit wegen bitten, daß man diese Umfahrung, so bald die Möglichkeit dazu nur irgendwie geboten wird, in Angriff nimmt. Auf dieser Strecke von Frauenthal nach Stainz ist die Steilstrecke im Johngraben, das Rutschgebiet auf einem kleinen Stück, das schon viele Jahre lang besteht und welches man immer nur versucht, notdürftig instand zu setzen und die Bevölkerung kritisiert alljährlich mehr diese Stelle — ich weiß, diese Baustelle ist sicherlich geologisch und technisch sehr schwer —, aber die Bevölkerung ist allmählich sehr ungehalten, weil seit vielen Jahren dort, wenn auch mit sehr hohen Kosten verbunden, die Sanierung nicht beendet wird.

Auf dem Gebiete des Ausbaues der Landesstraßen hätte ich eine so große Reihe an Wünschen, die ich aber nicht alle nennen werde, sondern nur einige ganz wichtige und möchte deshalb bitten, daß diese wenigen wenigstens einem baldigen Ausbau zugeführt werden. Herr Landeshauptmann Udier, den wir ja alljährlich bitten, sich an Ort und Stelle das zu ansehen und mit uns das zu besprechen, kennt diese Dinge sehr genau, ich muß sie aber trotzdem noch in diesem Hause erwähnen. Und zwar nach dem Grundsatz: „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Wir erhoffen uns dann doch, daß diese Dinge früher oder später verwirklicht werden können. Die Hebalmstraße, die Verbindungsstraße von Deutschlandsberg zur Pack, zur Landesgrenze, das ist die Straße Deutschlandsberg—Glashütten, dann die Straße Stainz—Sallegg, und das kleine Stück Straße Wildbach—Frauenthal, die in einem sehr schlechten Zustand ist. Die drei vorgenannten Bergstrecken sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Menschen, die dort auf diesen Steilhängen wohnen, ja praktisch von der Verkehrsverbindung abhängig sind. Nur wenn es gelingt, diese Straßen auszubauen, werden wir für die Intensivierung des Fremdenverkehrs, aber auch für die Wirtschaftsführen für die bäuerlichen Siedlungen, um die Menschen dort oben an den Steilhängen zu erhalten, wirklich etwas tun können.

Des weiteren haben wir Staubfreimachungswünsche und auch hier darf ich wieder nur einige Fälle aufzeigen, die ebenfalls besonders dringlich sind. Dazu gehört einmal die Strecke Eibiswald—St. Lorenzen, das ist die Straße, die das Land vor einigen Jahren übernommen hat, von der aber seither praktisch nur einige hundert Meter saniert worden sind. Ich darf daher bitten, daß diese Bergstraße, bevor ein Regenguß oder ein Wolkenbruch uns diese Straße ganz zerstört, vorgenommen wird. Kürzere Straßenstücke sind Orts-Ein-, Um- und Durchfahrungen, und zwar Stallhof—Lasselsdorf—Groß Florian und anschließend um Groß St. Florian das Siedlungsgebiet, dann das Siedlungsgebiet Stallhofen, Lafnitz-Ortsausfahrt und Deutschlandsberg—Leitersdorf.

Ein weiteres Kapitel sind die Straßenübernahmen. Ich muß es in diesem Hohen Hause aufzeigen, weil wir seit vielen Jahren zwei besondere Straßenübernahmewünsche eingebracht und des öfteren urgiert haben. Es ist das die Straße Wies—Wernersdorf und die Straße Schwanberg—St. Anna. Das sind zwei Gebirgsgemeinden, die dermaßen finanzschwach sind, daß sie einfach nicht mehr in der Lage sind, diese Straßen zu erhalten. Ich darf daher bitten, diese Straßenübernahmewünsche, die schon viele Jahre zurückliegen, doch endlich irgendwie durchzuführen. Eine dritte Straße ist auch vor einiger Zeit eingebracht worden, und zwar die Stuhlecker-Straße. Das größte Bauvorhaben, das wir im Bezirk Deutschlandsberg haben, ist ja bekanntlich die Strecke Eibiswald—Lavamünd, die Radl-Bundesstraße. Nach siebenjährigem Kampf ist es endlich gelungen, diese Straße vom Bund übernommen zu erhalten. Mit Freude konnten wir feststellen, daß in diesem Jahr auch mit dem Ausbau begonnen worden ist. Aber diese Straße, wenngleich sie nur etwa

40 km hat, wird natürlich sehr viel kosten. Das ganze Gebiet entlang der Staatsgrenze, der ganze Deutschlandsberger Bezirk, aber ebenso die Kärntner Seite warten dringend auf diese Straße, weil die beiden Gebiete wirtschaftstote Winkel sind und diese Straße allein dazu angetan sein wird, diese Gegend wirtschaftlich irgendwie aufzuschließen, bevor die Menschen von dieser Staatsgrenze abwandern. (Abg. Dr. Pittermann: „Dann kommt auch der Christbaum besser nach Wien!“) Ich hoffe, das nächste Mal wird es auch gelingen, den Wiener Christbaum ohne Unfall nach Wien zu bringen. Ich darf nur noch sagen, diese Straße ist nicht nur wegen des Christbaums, sondern wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage für dieses Gebiet von außerordentlicher Wichtigkeit. Wir möchten daher bitten, auch an dieser Stelle — wir haben das ja auch in Wien und bei allen möglichen Stellen schon kundgetan —, daß nach Möglichkeit wenigstens in vier bis fünf Jahren diese Straße ausgebaut wird, weil sie praktisch eine Lebens- und Existenzfrage für dieses Gebiet darstellt. Einen weiteren kleinen Wunsch des Ausbaues für diese Straße habe ich, daß als nächstes Baulos die Ortsumfahrung Eibiswald und sinnvoller Weise, wie die Straßenbautechniker ja selbst sagen, die Brücke in Krumbach in Angriff genommen werden. (Abg. Zinkanel: „Die Umfahrung Stainz gehört auch noch dazu, dann ist alles beinander!“) Gut, die Ortsumfahrung Stainz ist sicherlich auch ein Kapitel, aber alles auf einmal werden wir natürlich nicht machen können, ich mache mir da keine Illusionen, Herr Kollege, für mich ist wichtig, daß die vordringlichsten Dinge unseres Bezirkes einmal durchgezogen werden. Ich darf für Ihre Aufmerksamkeit danken und dem Herrn Straßenbaureferenten, Herrn Dipl. Ing. Udier, bitten, diesen meinen Wünschen sein weiteres Augenmerk zu schenken. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Schlager: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Um dem Herrn Landeshauptmann eine kurze Pause zu gönnen bei den Straßengesängen, möchte ich mich mit dem Wasser beschäftigen. Dem Hohen Hause liegt heute ein Resolutionsantrag vor, der sich mit dem Schutz eines der wichtigsten Grundelemente des Lebens beschäftigt, mit dem Schutz des Wassers. Und warum muß sich der Hohe Landtag mit dieser Frage befassen? Wenn man in unserer schönen Steiermark eine Wanderung auf den Bergen macht, und man dann an einem Bergsee oder an einem munter sprudelnden Bergbach rastet, und in das klare, dunkelblaue Wasser sieht, kann man sich gar nicht vorstellen, daß dieses Wasser vielen Stellen unseres Landes große Sorgen bereitet. Große Sorgen deshalb, weil in den letzten Jahrzehnten durch die rasche Aufwärtsentwicklung unserer Industrie an vielen Stellen neue Fabriken entstanden sind, die alle Wasser benötigen, wobei andererseits auch in der Entwicklung unseres Lebensstandards sich der Wunsch darin ausprägt, daß man Neubauten aufführt, mit Bädern ausrüstet, an sich eine Selbstverständlichkeit, aber auch die vielen Spülklosette, die sanitären Anlagen, sind alle dazu angetan, daß ein immer größerer Wasserbedarf entsteht. Es ist heute so, daß der Wasserbedarf für den Einzelmenschen in einem Tag zwischen

75 und 300 Liter liegt. Aber auch für den Fremdenverkehr spielt ein gesundes, gutes Wasser eine ganz bedeutende Rolle. Durch die Zunahme der Bevölkerung entsteht tagtäglich ein erhöhter Wasserbedarf, und wenn wir wissen, daß das Wasser aus den Quellen und aus dem Grundwasser kommt, so können wir ermessen, wie wichtig der Schutz der Quellen und des Grundwassers für uns ist, wenn man vor allen Dingen weiß, daß der Grundwasserspiegel in unserem Lande ständig sinkt. Jedes Wasser, das industriell oder zu anderen Zwecken verwendet wird, wird dabei zum Abwasser, und damit, mit dem Abwasser, beginnt unsere Sorge. Solange die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden, daß die Abwässer geklärt und gereinigt den Flüssen wieder zugeführt werden über entsprechende Anlagen, so ist keine Gefahr vorhanden. Wenn man aber die Wanderwege von den Berghöfen herunter in das Tal fortsetzt, kann man feststellen, daß an vielen Stellen Wasser, Abwasser, ungeklärt in unsere Bäche eingeleitet wird. Zu Beginn ist es noch nicht so schlimm, weil die Wasserfläche selbst dazu angetan ist, eine Selbstreinigung vorzunehmen und weil vor allen Dingen die Pflanzen und die Lebewesen in einem Bach oder in einem Fluß dazu beitragen. Werden nun aber im Tal, wie wir es wirklich erleben, ob wir im Murtal anfangen oder über das Pölstal gehen, oder hinausschauen in das Mürztal, Abwasser der Industrie, und das ist sehr oft der Fall, ungeklärt eingeführt, so ist nun diese Selbstreinigung unmöglich geworden. Die Pflanzen, aber nicht nur die Pflanzen innerhalb des Flusses, sondern auch die Lebewesen innerhalb dieses Flusses sind zum Sterben verurteilt. Die Folgen dieser Verunreinigung wurden sehr deutlich und schon sehr, sehr oft von der Fachabteilung IIIa unserer Landesregierung aufgezeigt und hat dort Herr Dr. Bernhard in den Gemeindenachrichten einen umfassenden Bericht dargelegt, und ich würde von dieser Stelle aus bitten, daß man diesen Bericht vervielfältigt und allen Abgeordneten zur Verfügung stellt, damit man dieses Problem wirklich gründlich studieren kann und damit alle Damen und Herren des Hohen Hauses sehen, wie unendlich wichtig diese Frage ist. Wie sehr wichtig diese Frage ist, beweist uns ein Blick nach Amerika, wo man ursprünglich diese Fragen auch nicht sehr genau beachtet hat und heute schon aus den Seen heraus das Wasser pumpen muß über kostspielige Anlagen mit einem unerhörten Geldaufwand, um es dann über hunderte Kilometer als Trinkwasser in einer Stadt zu verwenden. Wir brauchen aber gar nicht nach Amerika schauen, wir brauchen nur hinauszublicken in die Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren, und auch dort ist dieses Problem schon riesengroß geworden. Ich darf darauf verweisen, daß man Wasserversorgungsanlagen gemacht hat vom Bodensee bis hinaus nach Stuttgart, und das Wasser in Amerika wird zum Teil 10- bis 15mal verwendet, das gleiche Wasser, und das Wasser, das vom Bodensee zum Teil bis Stuttgart gepumpt werden muß mit einem unerhörten Kostenaufwand. Und machen wir einen Blick in das Ruhrgebiet, dann sehen wir auch dort, daß dort Oberflächenwasser entnommen werden muß und daß das gleiche Wasser vier- bis fünfmal umgewälzt

wird von Oberflächenwasser bis zum Nutzwasser, zum Trinkwasser, zum Abwasser. Und ich glaube, meine Damen und Herren, die wir noch in der glücklichen Lage sind in der Steiermark, ein so gutes Wasser zu haben, daß wir kaum ein solches Wasser gern trinken möchten, aber ich möchte nicht nur hinweisen auf die Gefahren, die durch ungeklärtes Abwasser, die Industrierwässer unserem Grundwasser drohen. Ich möchte auf eine neue Gefahr hinweisen, und zwar auf die Gefahr der Straße. Wenn man als Kraftfahrer auf den Straßen fährt, dann stellt man fest, daß immer, immer mehr Tankwagenzüge die Straßen bevölkern. Ich will hier gar nicht sagen, wie sehr das kraftfahrtechnisch oft schwierig ist, das wissen die Herren Kraftfahrer alle selbst, aber ich möchte auf die Gefahr hinweisen, daß man nicht immer verhindern kann, daß es auf den Straßen Unfälle gibt. Und wenn in solche Unfälle Tankwagen verwickelt sind, wird dies zu einem ganz besonderen Problem, und zwar deshalb — und solche Unfälle hat es in der letzten Zeit bei Scheifling gegeben, es hat sie gegeben in St. Michael, vor einem Jahr hat es einen solchen Unfall in Gratkorn gegeben, aber auch in Kärnten sind etliche solche Unfälle vorgekommen — und wenn nun ein solches Heizöl oder Benzin ausfließt, dann ist in der ganzen Umgebung, wo das geschieht, das Grundwasser für lange Zeit oder überhaupt unbrauchbar. Man braucht sich nur vorzustellen, daß ein Liter Benzin in der Lage ist, 1 Million Liter Wasser unbrauchbar zu machen. Ja, es ist so, wenn ein solches Unglück passiert, daß die Gefahr besteht, daß im ganzen Tal das Wasser unbrauchbar gemacht worden ist. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, es müssen deshalb alle Maßnahmen getroffen werden, wenn wir haben wollen, daß wir auf diesem Gebiet in der nächsten Zeit, in den nächsten Jahren nicht vor bösen Überraschungen stehen. Und ich glaube, gerade in der Wasserwirtschaft gilt der alte Spruch: Vorbeugen ist besser als Heilen. Und wenn man diesen Spruch beherzigt, dann bin ich überzeugt, daß man sich für späterhin nicht nur Millionen, sondern, wenn man in das Ausland schaut, vielleicht sogar Milliarden ersparen kann. Und eine nur lose Handhabung dieser Bestimmungen, der gesetzlichen Bestimmungen, die wir haben, würde trotzdem Gefahren in der Wasserfrage heraufbeschwören. Und ich möchte deshalb von dieser Stelle aus der Abteilung IIIa den herzlichen Dank aussprechen für die großen Bemühungen, die diese Abteilung durchführt, um die Bevölkerung aufzuklären. Ich weise darauf hin, daß diese Abteilung Vorträge in allen Bezirken gehalten hat und auf die Dringlichkeit dieses Problems hingewiesen hat, und ich möchte meine Betrachtungen zur Wasserfrage rasch mit einem Auszug eines Artikels beschließen, den Herr Dr. Bernhard in den Steirischen Gemeindenachrichten veröffentlicht hat. „Man ist allzu leicht geneigt, zu vergessen, daß Wassermangel, sei es nun der Menge nach oder der Güte nach, eine Katastrophe darstellt, ebenso wie dies Überschwemmungen, Feuersbrünste oder Lawinen sind. Der Unterschied liegt nur darin, daß diese Katastrophen sofort mit aller Macht des Ereignisses in Erscheinung treten, die Katastrophen des Was-

sermangels aber treten nicht schlagartig auf. Hier handelt es sich um Vorgänge, die Jahre, oft Jahrzehnte hindurch, sich anbahnen, ohne in all ihrer Tragweite erkannt zu werden, aber dann dauern die Auswirkungen auch wieder Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte, bis die Natur diese Wunden heilt, wenn sie dies überhaupt zu tun gewillt ist. Eine Überschwemmung ist in einigen Tagen abgeflossen. Sicherlich kann sie etwa die Ernte vernichtet haben, aber danach können die Felder wieder bestellt werden. An der Stelle des abgebrannten Gebäudes kann wieder ein neues errichtet werden. Der Mensch kann vieles, das Schaffen von Wasser aber ist ihm, jedenfalls in Mengen, wie sie nur allein für die Versorgung mit Trinkwasser nötig sind, ganz zu schweigen von den Mengen, die das Wachstum der Pflanzen bedeutet, ganz unmöglich." Ist unser Wasser einmal geschwunden, weiß niemand, woher der Ersatz kommen könnte. Zunächst könnte man auf Nachbargebiete greifen, wie ich zum Beispiel in der Ölfrage schon erwähnt habe, wenn dort noch die nötigen Wassermengen vorhanden sind. Aber wie lange geht dies? Wie lange werden die Nachbargebiete Wasser entbehren können? Unsere raschlebige Zeit neigt im allgemeinen immer mehr dazu, ihre Betrachtungen auf kurze und immer kürzere Zeiträume zu beschränken. Diese Betrachtungsweise kann aber nicht auf das Wasser angewendet werden. Hier trägt jeder die Verantwortung — und hier möchte ich die Abteilung ganz besonders unterstützen — nicht nur die verantwortlichen Organe, sondern jeder einzelne Mensch (Landeshauptmann Krainer: „Auch die Papierfabriken, die das Wasser verschmutzen!“) Sehr richtig, Herr Landeshauptmann, ich kann das nur doppelt unterstreichen. Aber gerade dort muß man sich zu ganzen Maßnahmen entschließen, die dann oft manchmal abgebogen werden. Ich bin nämlich am Ort einer Papierfabrik zu Hause und kenne die Probleme genauestens. (Landesrat Prirsch: „Man soll das aber nicht dramatisieren!“ — Landeshauptmann Krainer: „Nicht aufspielen!“)

Ich verwies hier nur auf den Artikel des Herrn Dr. Bernhard, der von allen Stellen anerkannt worden ist, Herr Landeshauptmann, ich dramatisiere nicht. Dann dramatisiert höchsten Herr Dr. Bernhard. Nicht nur die verantwortlichen Organe, sondern jeder einzelne Mensch trägt hier die Verantwortung für sich und für die folgenden Generationen. Daher muß alles getan werden, um unsere Heimat vor der Gefahr der Versteppung und der Vermüllung zu bewahren und um unsere Bevölkerung vor Krankheiten zu behüten und ihr das für das Leben unerläßliche und unersetzliche Wasser zu sichern. Daher müssen unsere Flüsse und unsere Bäche und das Grundwasser von Verunreinigungen freigehalten und alles vermieden werden, was eine Verminderung der Wassermenge und eine Verschlechterung der Wassergüte herbeiführen kann. Und es muß weiter das Bestreben herrschen, die bestehenden Unzulänglichkeiten — und dazu gehört auch das Beispiel der Papierfabriken — zu beseitigen und eingetretene Schäden zu beheben. Dazu bedarf es des Verständnisses und der Mitarbeit jedes einzelnen. Und ich darf sagen, helfen wir doch dieser Abteilung, helfen wir ihr in ihren Bestre-

bungen und unterstützen wir sie, damit dienen wir erstens dem Rohstoff „Wasser“, damit dienen wir dem Lande Steiermark und ich glaube, damit helfen wir den zukünftigen Landesbudgets, viel Geld zu ersparen und ich glaube, damit dienen wir unserem Lande am besten. (Beifall.)

Ich habe zuerst gesagt, ich spreche vom Wasser, aber jetzt komme ich doch zu den Straßen. (Zwischenruf: „Das gilt nicht!“) Ich habe im Finanzausschuß schon angeregt, der Herr Landeshauptmann hat mir auch zugesagt, eine Sache zu prüfen, nämlich, daß es beim Zechnerhof in Pöls eine Unfallstelle gibt, die, mit Gleitschienen abgeschützt, keine Unfallstelle mehr zu sein brauchte. Aber zu einer Straße wurde früher schon gesprochen, und zwar zur Gaberl-Straße. Herr Landeshauptmann, da müßte ich sagen: „Wer ist der Täter?“ Ich bin mit meinem Fahrzeug bei Nebel sehr oft heuer über die Gaberlstraße gefahren. Jedesmal habe ich zuerst den Kundendienst gemacht und jedesmal, wenn ich in Graz angekommen bin, hat der Wagen geschepert und geschüttelt an allen Stücken und Stellen (Abg. Leitner: „Was war das für ein Wagen?“), denn das war eigentlich keine Straße und ich bin dort über diese Straße mehr gehüpft als gefahren. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier: „Fahrzeug wechseln!“) Und wenn man beim Gaberlhau zugekehrt ist und dort die Leute angehört hat — ob es nun Gewerbetreibende oder Fremde waren —, da ging ein Geschimpfe und Gefluhe los und ich habe wirklich nicht zu sagen getraut, daß ich Abgeordneter bin, weil das hätte fast bedeutet, daß ich daran schuld sei, obwohl „ich nicht der Täter bin“. (Abg. Scheer: „Aber Mitschuldiger!“) Ich freue mich deshalb sehr, daß im heurigen Budget 5 Millionen Schilling verankert sind und wenn auch der Herr Abg. Zagler gesagt hat, von Judenburg aus, so muß ich doch sagen, daß die Stelle dort hinauf wahrscheinlich wohl die schlechteste ist. Aber ich habe noch einen anderen Straßenwunsch. Die Gemeinde St. Oswald-Möderbrugg hat schon mehrmals das Ersuchen gestellt, daß auch die Straße von Unterzeiring nach St. Oswald in einen einigermaßen befahrbaren Zustand versetzt werden soll. (Landeshauptmann Krainer: „Die obersteirischen Straßen sind doch so wunderbar, bei uns ist lauter Lehm!“) Ich weiß, Herr Landeshauptmann, in der Untersteiermark geschieht mehr. (Landeshauptmann Krainer: „Geh, geh, plausch net, das ist ja Wahlpropaganda!“ — Heiterkeit.) Aber ich glaube, mit geringen Mitteln könnte man schon auch die Verbesserung dieser Straßen herbeiführen. Und nun komme ich sofort auf eine Straße, bei der mir der Herr Landeshauptmann selbst schon so oft zugesagt hat, zu helfen und für ihre Übernahme einzutreten. Ich bin das letzte Mal in Stadl an der Mur in den Wallgraben hineingefahren. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier: „Jagern war er!“) Nein, jagern war der Herr Landeshauptmann, ich war nur anschau'n! (Abg. Karl Lackner: „Er muß sich den Wald einmal anschauen, da drinnen!“) Man muß bedenken, daß diese Straßenübernahme berechtigt ist aus einem bestimmten Grund. Ich anerkenne, daß für die Straße Turrach sehr viel getan wird, daß man sehr

viele Brücken baut und daß Turrach noch ein wunderbares Gebiet ist, ein hochalpines Gebiet, das viele Fremde anlockt. Aber es ist halt schon einmal so, daß Fremde nicht nur hinauffahren wollen auf die Turrach, sondern daß sie auch über's Kärntner Land fahren wollen, und nun benützen viele, viele Fremde die Straße durch den Fallgraben. Und nun sehen natürlich die Anrainer und alle Interessenten dort nicht ein, daß, wenn die Straße schon eine so große Rolle für den Fremdenverkehr spielt, sie die gesamten Beiträge zahlen müssen. Ich möchte deshalb von dieser Stelle aus Herr Landeshauptmann, Sie haben versprochen, diese Sache zu unterstützen — Sie bitten, da zu helfen und ich hoffe doch, daß diese Straße früher übernommen wird, und zwar deshalb, weil sie für den Fremdenverkehr eine ganz bedeutende Rolle spielt und weil vor allem Schwerfuhrwerke nicht leicht über die Turrach fahren werden können. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Bis Kaltwasser!“) Nein, die Kärntner bauen schon aus, Herr Landeshauptmann. Wir brauchen nur mehr ein Nachziehverfahren, dann kommen wir schon dort hin. Die Schwerfuhrwerke werden nicht über die Turrach fahren, aber sie werden einen wunderbaren Übergang finden durch den Wallgraben hinüber über die Fladnitz, da ist fast keine Steigung vorhanden ... (Landeshauptmann K r a i n e r: „Was den Frachtenverkehr anlangt, ist es eine Interessentenstraße. Wenn wir die Übernahme verantworten können, dann nur im Hinblick auf den Fremdenverkehr.“) Ich weiß das. Aber wenn die Straße ausgebaut wird, wird bestimmt auch der Frachtenverkehr darüberführen. Ich bitte von dieser Stelle aus alle Herren, die mir schon einmal zugesagt haben, zu helfen, aber vor allen Dingen den Straßenreferenten, diese Frage als vordringlich zu behandeln. (Beifall.)

2. Präsident: Herr Abgeordneter L a f e r hat das Wort.

Abg. Lafer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die außerordentliche Zunahme im Kraftwagenverkehr, von dem auch schon der Herr Kollege Lackner gesprochen hat, beansprucht unsere Straßen außerordentlich, und man kann feststellen, daß der Ausbau der Straßen ein Problem ersten Ranges wurde. Ich darf hier anführen, daß es im Verwaltungsbezirk Feldbach z. B. im Jahre 1951 etwa 1250 Kraftfahrzeuge gab. Im Oktober 1962 waren es bereits 14.550 Fahrzeuge. Die Tatsache verlangt daher, daß die guten Straßen bis ins letzte Dorf führen müssen, sie verlangt aber auch einen schnelleren Ausbau des Landesstraßennetzes. Ich darf hier zum Bezirk Feldbach folgendes anführen: Durch den Verwaltungsbezirk Feldbach ziehen sich etwa 45 km Bundesstraßen, wovon etwa 70% ausbaufähig sind, weil sie unübersichtlich sind und große Krümmungen aufweisen. Neben der normalen Erhaltungsdotationen wäre jährlich ein Betrag von 3 bis 4 Millionen Schilling notwendig, um das Bundesstraßennetz den steigenden Verkehrserfordernissen anzupassen. Die Länge der Landesstraßen beträgt im Bezirk Feldbach 380 km, wovon knappe 40% staubfrei ausgebaut sind. Um das dichte Landesstraßennetz des Bezirkes den heutigen Verkehrs-

erfordernissen anzupassen, wäre bis zum Jahre 1975 jährlich ein Betrag neben den normalen Erhaltungskosten von 12 Millionen Schilling notwendig. Auch eine große Zahl von Brücken, darunter zwei Raabbrücken, bedürfen der völligen Neuherstellung. Wie nun bereits erwähnt, steigen die Verkehrslasten jedoch in einem Ausmaß weiter, dem der Straßenbau in keiner Weise folgen kann. Es wäre daher notwendig, daß in den nächsten Jahren außerordentliche Budgetmittel zum Ausbau der Landesstraßen zur Verfügung gestellt würden. Ich möchte nun einige besonders wichtige Straßenzüge des Bezirkes Feldbach, deren Ausbau, Neubau und Staubbefreiung dringlich geboten wäre, nennen. Unser Landesstraßenbaureferent, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier, hat ja vor einigen Monaten den Feldbacher Bezirk besucht und hier die Straßen, die ich hier nennen werde, selbst besichtigt und auch befahren. Es bedürfte die Landesstraße Studenzen—Pirkwiesen dringend der Staubbefreiung, die Straße Saatz—Unterstorcha—Kirchberg Ausbau und Staubbefreiung, die Landesstraße 57 Hatzendorf—Riegersburg, diese Straße ist besonders wichtig für den Fremdenverkehr wegen der schönen Riegersburg, die Straße 53 Brunn—Oberlamm—Unterlamm bis zur burgenländischen Landesgrenze Staubbefreiung, die Straße Feldbach—Meierdorf—Krusdorf—Einmündung in die Landesstraße 97 Ausbau, die Landesstraße 99 Gnas—Katzendorf—Trautmannsdorf Ausbau, die Ringstraße Bad Gleichenberg Neubau die Straße 103 Sulz—Bairisch Kölldorf—Kapfenstein Staubbefreiung, desgleichen Ausbau der Straße Plesch—Gießelsdorf. Ein besonderes Anliegen, ich glaube, der Herr Landeshauptmann wird sich noch erinnern können an die kritischen Worte des Herrn Bürgermeisters von Stainz, der Ausbau der Straße von Kabach—Straden—Ebersdorf—Gnas, Fortführung dann über Gnas nach St. Stephan und Graz, d. h. die Straße von Gnas nach St. Stephan ist bereits im Bau, des weiteren die Straße Paldau—St. Stephan Neubau und ebenfalls Staubbefreiung, und schließlich und endlich die Straße Schwarzau—Glatzau—Seibuttendorf Neubau. Als ein besonderes Anliegen des Bezirkes wären noch die Übernahmen von mehreren Gemeindestraßen in die Obhut des Landes zu nennen, so z. B. die Schillerstraße in Feldbach zum Landeskrankenhaus, die Gemeindestraße Kohlberg—Paldau, ein kleines Stück Verbindungsstraße zwischen Kohlberg und Paldau, die Gemeindestraße Petersdorf I—Gutendorf—Predahl—Kapfenstein, die Gemeindestraße Unterlamm zur burgenländischen Landesgrenze (Zwischenruf: „Jetzt hört aber auf, das ist ja ein Witz!“). Die Gemeindestraße Wölfersberg nach Glojach und schließlich die Straßstraße in Gosendorf—Gleichenberg. (Zwischenruf von der SPO: „So hört doch auf!“) Ich habe hier nur einen kleinen Teil der Straßen genannt. Diese Übernahmen wären deshalb vor allem vordringlich, weil die Gemeinden des Bezirkes Feldbach etwa 2300 km Gemeindegewege, die erst zu 8% dem neuzeitlichen Verkehr anpassend ausgebaut sind, besitzen. Der Bezirk Feldbach ist einer der steuerschwächsten, ich glaube, der steuerschwächste Bezirk des Landes Steiermark überhaupt. Sein Steueraufkommen ist etwa die

Hälfte des Landesdurchschnittes. Ich darf hier jetzt nur, weil der Herr Kollege Schlager früher vom Trinkwasser gesprochen hat, noch einige Sätze dem Flußbau widmen. Für den Flußbau Steiermarks standen seit dem Jahre 1945 folgende Mittel zur Verfügung: Im Jahre 1945 waren es 150.000 S, fünf Jahre später waren es 10 Millionen Schilling, weitere fünf Jahre später 15 Millionen, und dann ein sprunghafter Anstieg zum Jahre 1960 wegen der Hochwasserkatastrophe im Jahre 1958 auf 33 Millionen Schilling und schließlich im Jahre 1962 30 Millionen Schilling. Die Jahre 1949, 1953 und 1958 galten als Katastrophenjahre, und hier war ein sprunghaftes Ansteigen der Mittel zu verzeichnen. In Zukunft müßte es vermehrte Tätigkeit des Flußbaues werden, vorsorgend und planmäßig dort einzugreifen, wo Unzulänglichkeiten zu beheben sind. Das bedingt natürlich eine gleichmäßige und gute Dotierung des Flußbaues in den kommenden Jahren. Die Mittel, die derzeit zur Verfügung stehen, würden nicht ausreichen, um diese dringendsten Bauvorhaben zu vollenden und durchzuführen. So wären an dringenden Regulierungen zu nennen an der Laßnitz, Sulm, Kainach, Raab, Ritschein, Safen, Enns und Salzach sowie kleinere Bauvorhaben, die selbstverständlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu Ende geführt werden können. Angesichts der Hochwasserkatastrophe im Jahre 1958 wurde im Jahre 1959 das Hochwasserschädenfondsgesetz geschaffen, um zusätzliche Mittel für den Flußbau zur Verfügung zu stellen. Die an dieses Gesetz geknüpften Erwartungen wurden leider nicht erfüllt, da von den 1200 Millionen Schilling, die für diesen Zweck seinerzeit festgestellt wurden, für Steiermark bis zum Jahre 1963 nur etwa 27,2 Millionen Schilling an Förderungsmitteln und 13,8 Millionen Schilling an rückzahlbaren Darlehensbeträgen und vor allem für die Gemeinde Allerheiligen genehmigt wurden. Hierzu muß noch angeführt werden, daß das Hochwasserschädenfondsgesetz mit dem Jahre 1963 zu Ende geht. Im Budget des Bundes wurden die Ansatzposten für diesen Zweck radikal gekürzt mit der Begründung, daß ohnedies genügend Mittel über das Hochwasserschädenfondsgesetz zur Verfügung stehen. Ich möchte daher die Landesregierung bitten und auffordern, beim Bund vorstellig zu werden, daß für diesen so wichtigen Zweck des Flußbaues auch künftighin entsprechende Mittel und vor allem mehr Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident: Für die Gruppe 6 liegen noch zehn Wortmeldungen vor. Es spricht der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann: Hoher Landtag! Wie alljährlich, scheint es auch heuer wieder so zu sein, daß die Debatten über den erfolgten oder nicht erfolgten Ausbau unserer Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen einen besonderes breiten Raum einnehmen. Daraus ersieht man aber auch die Bedeutung, die unserem Straßennetz in der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaft zukommt. So möchte auch ich mich heuer wiederum zu den zahlreichen Straßensängern gesellen, um praktisch, wie die anderen

Kollegen es bereits taten, nur eines zu sagen, daß dem Ausbau des Straßennetzes auch in der Weststeiermark eine besondere Bedeutung zukommt. Wir sind auch als Weststeierer interessiert an der möglichst raschen Inangriffnahme des Autobahnbau, welcher hier noch nicht erwähnt wurde im Raume Groß-Graz und wofür auch ein Resolutionsantrag der Österreichischen Volkspartei vorliegt. Dies deshalb, weil wir glauben, daß in der Folge dann auch möglichst bald das Baulos Graz—Völkermarkt Tatsache wird. Es würde dadurch auch der Bezirk Voitsberg der Verkehrsader näher gerückt, was uns im Hinblick auf die notwendige Ansiedlung von Ersatz-Industrien in unserem Bezirke und auch im Hinblick auf die notwendige Förderung des Fremdenverkehrs besonders wichtig erscheint. Als besonders wohltuend wurde von den Autofahrern die Tatsache vermerkt, daß die Packer Bundesstraße auch im Raume von Voitsberg einen neuen Belag erhielt und wir wollen hoffen, daß das heurige Jahr die Fertigstellung dieses Belages bringt. Gleich interessiert sind wir auch am Ausbau der Seitenäste zur Packer Bundesstraße. Der Herr Kollege Zagler hat im wesentlichen schon dazu Stellung genommen, ich möchte zur Gaberl-Straße nur noch folgendes sagen: Der Betrag von 5,5 Millionen Schilling, der für den Ausbau vorgesehen ist, ist im Hinblick auf die Höhe des Straßenbau-Budgets des Landes sehr beachtlich, im Hinblick jedoch auf die Gesamtkosten, die der Ausbau der Gaberl-Landesstraße erfordert, ist dieser Betrag trotzdem gering. Wir würden es daher sehr wünschen, daß die Gaberl-Landesstraße nicht allzulange auf ihre Heimkehr in das Bundesstraßennetz warten muß. Verschiedene Straßenzüge, die vom Kollegen Zagler nicht erwähnt wurden und die auch eine sehr starke Frequenz aufweisen, die warten wiederum schon sehnsüchtig darauf, in die Schar der Landesstraßen Aufnahme zu finden. Es sind dies vor allem die Gemeindestraßen Edelschrott—St. Martin—Teigitschgraben und Ligist—St. Stefan. Daneben sind wieder verschiedene Orte, die auf ihre Staubfreimachung warten, wie z. B. Hirschegg, St. Martin, Flutendorf und auch die bereits erwähnte Rubbauernhöhe.

Hohes Haus, in Anbetracht dieser großen Straßenprobleme freuen wir uns, daß sich die Mittel für den Straßenbau wiederum um nahezu 12 Millionen Schilling erhöht haben, und wir hoffen als Weststeierer, daß auch für den Bezirk Voitsberg von diesen Mitteln wieder ein entsprechender Betrag abfällt, vor allem deshalb, weil wir eigentlich mit 46% staubfreier Landesstraßen etwas unter dem Landesdurchschnitt liegen. Im allgemeinen möchte ich jedoch sagen, daß der Ausbau der Landesstraßen auch in der Weststeiermark sehr beachtlich ist und es geziemt sich sicher, daß wir auch bei dieser Gelegenheit wieder den Steuerzahlern, den Arbeitern und Planern, an der Spitze dem Straßenbaureferenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier herzlich danken. (Beifall.)

Hohes Haus! Noch rascher aber — das haben wir wieder heute gehört — als sich die Mittel für den Straßenbau entwickelten, als sich der Straßenbau selbst entwickelte, entwickelte sich der Verkehr auf unseren Straßen als eine an sich sehr erfreuliche

Begleiterscheinung unserer Zeit. Wir werden daher meines Erachtens nicht umhin können, daß wir für den rascheren Ausbau unseres Straßennetzes zu außerordentlichen Finanzierungsmethoden, etwa in Form einer Anleihe schreiten. Ich glaube, es ist zu wenig, wenn wir nur den schlechten Zustand der Straßen kritisieren und wenn wir von den anderen einen rascheren Ausbau fordern, wenn diese Kritik nicht auch verbunden ist mit der Bereitschaft, für einen rascheren Ausbau auch finanzielle Opfer zu bringen. Vor allem, glaube ich, wäre es auch notwendig, daß die Mineralölstammsteuer, die bis jetzt nur zu 58% für den Straßenbau verwendet wird, wiederum zur Gänze dem ursprünglichen Zweck, also dem Straßenbau, zugeführt wird. Hohes Haus, ich möchte mich nun nicht weiter ausbreiten über den Straßenbau, weil das, schon hinlänglich von meinen Vorrednern geschehen ist. Es haben meistens die Vorredner ihr „Straßenlied“ mit den Worten geschlossen, daß sie hoffen, daß ihre Ausführungen nicht auf steinigem Boden fallen. Ich meinerseits möchte wünschen, daß meine Ausführungen nicht nur auf steinigem Straßenboden fallen, sondern in vermehrten, asphaltierten Straßen der Weststeiermark einen reichen Widerhall finden (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Klobasa das Wort.

Abg. **Klobasa:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe mir schon überlegt, ob ich überhaupt noch zu diesem Problem reden soll, nachdem mein Kollege von der Gegenseite meinen Heimatbezirk so ausführlich behandelt hat. Aber ich möchte auf zwei Dinge aufmerksam machen: Im Landesvoranschlag 1963 sind über 174 Millionen Schilling, das sind 11% oder über 11% des Gesamtvoranschlages, für den Straßenbau vorgesehen. Meine Damen und Herren, wenn ich gleich zum engeren Bezirk übergehe und die anderen Bezirke, die ich mir vorgenommen habe, streiche, so möchte ich eines feststellen: Wir haben im Bezirk Feldbach das zweitlängste Straßennetz des Landes, rund 19,1%. Voriges Jahr bekam der Bezirk Feldbach, die Baubezirksleitung Feldbach, zum Ausbau der Straßen immerhin über 16,770.000 S zur Verfügung. Im heurigen Jahr oder für das kommende Jahr 1963 sind es nur mehr 13,590.000 S. Ich erwähne das deshalb, weil der zuständige Referent, Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udler voriges Jahr im Schlußwort erwähnt hat, es ist der einzige Bezirk, in dem wir noch nicht am Ende mit unserem Programm sind. Er hat auch mit Recht daran erinnert, daß dieser Bezirk, der einen großen Teil des Landesstraßennetzes in seinen Grenzen hat, noch nicht die Höhe der Staubfreimachungsverhältnisse erreicht hat, wie wir sie im übrigen Lande haben. Meine Frage an den zuständigen Referenten, an Herrn Landeshauptmann, geht nun dahin, ist das Programm für den Bezirk schon so weit abgeschlossen, daß der Betrag aus diesem Grund vermindert werden konnte oder mußte aus anderen, dringenden Gründen, obwohl das Gesamtbudget erhöht werden konnte, der Betrag für den Bezirk gekürzt werden? Das Landesstraßennetz im Bereiche der Baubezirks-

leitung Feldbach beträgt rund 572 km. Mit dem Stand vom 1. Jänner 1961 waren es 34,9%, die ausgebaut und staubfrei waren, zum Unterschied des Landesdurchschnittes von 46,3%. Ich habe mich vorgestern beim zuständigen Referenten des Bezirkes erkundigt, der hat gesagt, daß es jetzt 46% seien. Also, Sie sehen, wir haben viel nachgeholt, wofür ich natürlich sehr danke. Aber natürlich müßte der Landesdurchschnitt auch erhöht werden.

Ich möchte noch kurz die Eisenstädter Bundesstraße erwähnen, die über 12 km durch den Bezirk Feldbach führt. Es wäre notwendig, nachdem diese Straße äußerst stark befahren wird und das auch im Sinne des Fremdenverkehrs liegt, diese Straße auszubessern, zu verbreitern und zu begradigen. Im Durchschnitt beträgt die Breite der Straße 4 bis 5 m und nur bei den Bögen beträgt sie über 6 m.

Der Straßenzug Feldbach—Paldau—St. Stefan ist bereits erwähnt worden. Ich möchte nur noch auf eine zweite Straße aufmerksam machen, nämlich auf die Aigen-Straße, die wirklich ausgebaut gehört, auch wegen des Fremdenverkehrs, das ist die Straße von Bad Gleichenberg über Kölldorf nach Kapfenstein oder St. Anna. Das ist einstweilen mein einziger Wunsch. Dieses Stück möge wirklich im kommenden Programm Aufnahme finden.

Über Brücken wurde schon gesprochen. Die Raabbrücke in Leitersdorf ist heuer wieder im Programm, ich hoffe, es wird auch begonnen werden, sie auszubauen. Es ist bereits eine Zwei-Tonnen-Beschränkung festgestellt.

Abschließend möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen, vielleicht hätte ich schon bei der Gruppe 2 darüber sprechen können, nämlich über die Lehrerwohnungen in den kleinen Orten. Herr Kollege Kraus hat in einem Satz erwähnt, daß man für die Lehrer bessere Wohnungen schaffen soll. Ich möchte nur auf eines verweisen, auf die Lehrer, die in eine zwei- oder dreiklassige Schule gehen müssen, in einen kleinen Ort hinausgehen müssen, dort am Dienort nur eine schlechte Wohnung vorfinden, wenn sie überhaupt aufgenommen werden. Es ist dies wirklich eine Tragik, das kann ich aus meiner Erfahrung sagen, wenn Lehrkräfte die Schule sehen, sind sie vielleicht einigermaßen zufrieden, oft sehr zufrieden, wenn die Schule neu ist, aber wenn sie dann ihre Wohnung sehen, dann sind sie verzweifelt, dann möchten sie am liebsten wieder den Ranzen packen und weggehen. Ich bitte, in Zukunft auch in dieser Hinsicht etwas mehr zu tun. (Beifall bei der SPÖ.)

2. Präsident: Es spricht der Landtagsabgeordnete Ritzinger.

Abg. **Ritzinger:** Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich muß Sie ein bißchen mit ein paar Straßenwünschen meines Bezirkes quälen. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich als Ihr jüngstes Mitglied, kaum erst ein paar Stunden hier, bereits mit einem beträchtlichen Strauß von Wünschen des Bezirkes Murau hier erscheine. Murau liegt an der Bundesländerecke Kärnten und Salzburg. Es sind dies alles Bundesländer, die bereits aus dem Fremdenverkehr ein beträchtliches Kapital geschlagen

haben. Eine Voraussetzung für einen fruchtbringenden Fremdenverkehr ist ein gut ausgebautes Straßennetz. Nachdem der Bezirk Murau keine nennenswerte Industrie besitzt und erst seit kurzer Zeit aus dem Dornröschenschlaf am Sektor Fremdenverkehr wachgeküßt wurde, so können Sie sicher verstehen, daß dies einer unserer wesentlichsten Wünsche ist. Wenn ich also gleich mit dem Strauß der Wünsche beginnen darf, so ist dies als erstes die Bundesstraße 96. Ein Wunsch, der meines Erachtens ganz einfach und leicht zu erfüllen wäre, und zwar die Bundesstraße 96 von einer Straße ohne Vorrang zu einer solchen mit Vorrang zu erklären. Es ist dieser Wunsch bereits seit einigen Jahren hier deponiert (Abg. Hans Brandl: „Kostet nur ein paar Tafeln!“) und ich weiß auch, daß der zuständige Referent bereits in Wien vorgeprochen hat, aber trotzdem muß ich sagen, es ist uns bis heute noch nicht gelungen, diesen Wunsch erfüllbar zu machen! (Landeshauptmannstellvertreter Matzner: „Wobei das so leicht wäre.“) Weiters wäre aus der Bundesstraße 96 die Umfahrung der Orte Niederwölz und Teufenbach dringend notwendig. Als nächster Wunsch, ich glaube, er wurde hier schon erwähnt, der Ausbau der Straße auf die Turracherhöhe von Predlitz, also von der steirischen Seite bis zur Paßhöhe! Die Turracherhöhe ist ein Fremdenverkehrszentrum, wohin Leute sowohl im Winter als auch im Sommer aus der ganzen Welt zu Besuch kommen, und sie wundern sich noch immer, warum die Straße in diesem herrlichen Gebiet nicht ausgebaut ist. Des weiteren erlaube ich mir, Ihnen etwas Neues zu berichten, und zwar vom Zukunftsschiffparadies in unserem Bezirk. Es ist dies das Gréimgebiet. Hier werden noch im Juli, Ende Juli müßte man genauer sagen, alpine Schiwettkämpfe durchgeführt, bei welchen jeweils ein Großteil der österreichischen Schielite startet. Auch diese Straße wäre dringend vom Land zu übernehmen. Des weiteren wäre der Ausbau der Landesstraße Laßnitz—Auen—Mettnitz dringend notwendig! Und nun zu einem Stiefkind unseres Bezirkes, zu welchem die Bevölkerung jeweils feststellt, dort herrschen noch römische Verhältnisse, es ist dies die Költschitztal-Bundesstraße von Neumarkt—Kulm am Zirbitz nach Mühlen. Man sagt nämlich, es hat sich seit der Zeit, als Noreia noch eine blühende Stadt des römischen Imperiums war (Zwischenruf: „Hauptstadt!“) nichts geändert. (Landeshauptmannstellvertreter Matzner: „Wär' eh schön, wenn es so wäre, das wäre etwas für den Fremdenverkehr!“) Ich bin mir vollkommen im klaren, daß als erstes das bestehende Straßennetz ausgebaut werden muß, das ist vollkommen richtig, aber für unseren Bezirk wäre halt eine direkte Verbindung des Enns- und Murtales mit einem wesentlichen wirtschaftlichen Aufschwung verbunden. (Landesrat Sebastian: „Endlich habt Ihr einen weiteren Kämpfer jetzt für das Mandat!“) Es ist jedenfalls so, daß hier, das soll hier besonders erwähnt werden, Privatinitiative am Werk war, die es ermöglichte, daß bereits heute, allerdings nur im Sommer, Tausende von PKWs diese Straße benützen. Ich bin der Meinung, wenn hier Privatinitiative den ersten Meilenstein gesetzt hat, dann soll auch das Land Steiermark diese Forderung nicht ganz vergessen.

Ich könnte Ihnen noch weitere Straßenwünsche aufzählen. (Zwischenruf von der SPO: „Wir wissen, daß es nichts nützt, dafür sagen wir nichts!“ — Abg. Dr. Pittermann: „Wir werden Sie beim Wort nehmen!“) Ich habe, meine Damen und Herren, mich bei meinen kurzen Ausführungen auf das Wesentlichste konzentriert. Es ist eine Tatsache, daß die Straßen für uns eine Lebensfrage bedeuten. Wenn ich zur Pallstraße noch eine Bemerkung machen darf, Herr Abg. Schlager hat diese bereits in seinem Referat hervorgehoben, so die, daß ich mich mit seiner Meinung absolut decke. Güte Straßen sind also die Lebensadern unseres Bezirkes. Und wenn wir jetzt von den Forderungen gesprochen haben und den Wünschen, so möchte ich hier im Hohen Hause eines nicht vergessen: Murau ist eine Stadt, die 832 m hoch liegt, und auch der Bezirk Murau liegt höhenmäßig sehr hoch. Und wir haben daher verhältnismäßig alljährlich sehr, sehr viel Schnee. Es liegt jetzt bei uns schon über einen halben Meter. Ich möchte hier an dieser Stelle vor allem unserer Straßenverwaltung und an der Spitze den Arbeitern und Beamten dieser Institution öffentlich dafür danken, daß sie in einem aufopferungsvollen Einsatz jederzeit da sind bei Tag und Nacht, und wenn es am Heiligen Abend schneit, dann sind diese Leute auch im Einsatz. Es gebührt ihnen hier öffentlich wirklich aufrichtiger Dank. (Allgemeiner Beifall!)

2. Präsident: Herr Abgeordneter Hans Brandl hat das Wort.

Abg. **Hans Brandl:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Obwohl auf dem Wohnbau-sektor in den letzten Jahren sehr viel geleistet wurde und gerade die Steiermark mit ihrem Sonderwohnbauprogramm sehr wesentlich zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen hat, ist für Tausende von Familien und besonders für junge Ehepaare dieses Problem noch ungelöst oder schlecht gelöst. Wir haben immer noch einen ungeheuren Nachholbedarf, einen verhältnismäßig hohen Altwohnungsbestand, und wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß die Ansprüche, daß die Vorstellungen und die Begriffe über eine familiengerechte Wohnung heute wesentlich anders sind, als dies früher der Fall war, woraus sich allein schon eine wesentliche Steigerung der Wohnungssuchenden ergibt. Wenn wir in weiterer Folge den Wohnungsbau der Gemeinden einer Betrachtung unterziehen, so müssen wir feststellen, daß zur Finanzierung eines Bauvorhabens neben den Eigenmitteln der Gemeinden in der Regel Darlehen entweder nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 oder aus dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds und darüber hinaus meist auch noch Hypothekar-Darlehen der örtlichen Sparkassen in Anspruch genommen werden, wozu wiederum in der Regel das Land Steiermark einen fünfprozentigen Annuitätenzuschuß gewährt. In den Hauptzentren der Wohnungsnot, in den Industriegemeinden, aber manchmal auch in den Landgemeinden bleibt oft kein anderer Ausweg, um den dringendsten Bedürfnissen einigermaßen gerecht zu werden, als neben diesen zinsengünstigen Darlehen auch noch normale Spar-

kassenkredite in Anspruch zu nehmen und damit zu bauen. Wie sich jedoch Finanzierungen bei solchen Inanspruchnahmen auswirken, brauche ich den Damen und Herren dieses Hohen Hauses nicht vorzurechnen. Krasseste Unterschiede in den Mietzinsen sind die natürliche Folge und es ist fast immer sehr, sehr schwer, den Betroffenen bei so verschiedenen finanzierten Bauvorhaben einigermaßen Aufklärung über die Berechnungsgrundlage zu geben. Es soll daher meiner Meinung nach jede Möglichkeit ergriffen werden, die den Gemeinden, die Wohnungen bauen, billigere Kredite sichert. In der jetzigen Lage sind die örtlichen Sparkassen bestimmt imstande, für diesen Zweck und in ihrem Bereich ihren Zinssatz entsprechend zu senken. Da hier jedoch gewisse Schwierigkeiten beim zuständigen Bundesministerium auftreten und weil auch die Richtlinien der Wohnbauförderung 1954 geändert werden müssen, habe ich mir erlaubt, einen Resolutionsantrag im Finanzausschuß einzubringen, der nun als gemeinsamer Antrag dem Hohen Hause zur Beschlußfassung vorliegt. Der Antrag lautet folgend: „Die Landesregierung wird aufgefordert: 1. beim zuständigen Bundesministerium vorstellig zu werden, daß jene Sparkassen, die Gemeinden für Zwecke des sozialen Wohnungsbaues Darlehen zu einem niedrigeren Zinsfuß als den normalen gewähren, und die nach den derzeit geltenden Bestimmungen für die Differenz zwischen dem ermäßigten Zinsfuß und dem normalen Zinsfuß Körperschaftsteuer zahlen müssen, in solchen Fällen von der Körperschaftsteuerpflicht für diesen Differenzbetrag befreit werden, 2. die Richtlinien für die Wohnbauförderung 1954 sind dahingehend zu ergänzen, daß Annuitätenzuschüsse im derzeitigen Höchstmaß von 5% auch dann weiter gewährt werden, wenn für das Darlehen, für welches Annuitätenzuschuß gewährt wird, ein niedrigerer als der normale Zinsfuß zu entrichten ist, und dies nach den Bestimmungen des § 22 Wohnbauförderungsgesetz 1954 noch möglich ist.“

Sehr geehrte Damen und Herren, hier geht es um eine Maßnahme, die mithelfen soll, vor allem bei der Mietzinsberechnung jenen Familien zu helfen, die auf Grund ihres Einkommens nicht imstande sind, sich teure Wohnungen zu leisten. Im Zusammenwirken zwischen den baufreudigen Gemeinden und den leistungsfähigen Sparkassen müßte sich hier eine weitere, echte Erleichterung auf dem Wohnungssektor ergeben. (Beifall.)

2. Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Rainer das Wort.

Abg. **Dr. Rainer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bevor ich zu den Wohnungsfragen schreite, möchte ich doch ganz kurz dem Herrn Kollegen DDr. Hueber eine Antwort geben wegen seiner Anfrage an mich als Obmann des Gemeinde- und Verfassungsausschusses. Ich bin leider nicht in der Lage, wohl aber wäre ich bereit, das Verbaugungsgesetz auf die Tagesordnung des Gemeinde- und Verfassungsausschusses zu setzen. Im § 13 unserer Verfassung, Absatz 4, ist nämlich vorgeschrieben, daß nur innerhalb der gleichen Gesetzgebungsperiode eingebrachte Anträge im Ausschuß bearbeitet werden

können. Die einzelnen Abteilungen der Landesregierung werden auch bei jedem Abschluß einer Gesetzgebungsperiode in diesem Sinne verständigt. Im übrigen hat der zuständige Referent, Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier, diesbezüglich da bereits in einer der ersten Fragestunden hier im Hohen Haus Antwort gegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich hier nun zu den Wohnbaufragen sprechen darf, so gerade im Steiermärkischen Landtag mit einem gewissen Stolz und auch mit einer gewissen Dankbarkeit. Es hat auch der Generalredner der SPO hier die Leistungen der Steiermärkischen Landesregierung und des Landtages auf dem Sektor des Wohnungsbaues anerkannt und sogar der sonst so kritische Dr. Hueber mußte feststellen, daß die Steiermark den richtigen Weg gegangen ist. Der Herr Landesrat Sebastian hat allerdings vergessen und ich hoffe nicht, daß hier parteitaktische Überlegungen maßgebend waren, hiebei doch dem Mann zu danken und zu gedenken, dessen Werk und dessen Kind ja die steirische Wohnbauförderung ist. (Abg. **Bammer:** „Da müßt man auch eine Blutprobe machen!“) Die Blutprobe, Herr Kollege Bammer, ich kann mich erinnern, daß Sie hier noch Zweifel gehabt haben, worauf Sie den Zwischenruf hören mußten vom Herrn Landesrat Pirrsch „mit Zweifeln baut man keine Häuser!“ Während eben der zuständige Landesrat die notwendigen Vorbereitungen getroffen hat und auch das Wohnbauförderungsprogramm 1962 mit 2.000 Wohnungen, das von Ihnen und Ihren Kollegen auf seine Durchführbarkeit hin sehr stark bezweifelt wurde, in der Zwischenzeit erledigt hat. (Abg. **Bammer:** „Wir haben die zwei Jahre Bauzeit bezweifelt und wir haben Recht behalten!“) Sie haben damals hier noch die Zweifel gehabt, und wenn Sie schon den Finanz-Referenten erwähnt haben, müßten Sie doch auch den zuständigen wirklichen Landesrat, der also diese Sache bearbeitet, auch erwähnen. Dankbarkeit muß zu den Dingen gehören, die weder einen Wandel in den Zeitläufen noch einer politischen Färbung unterliegen dürfen. (Landeshauptmannstellvertreter **Matzner:** „Erlauben Sie mir einen kleinen Zwischenruf!“) Bitte, wenn es der Herr Präsident erlaubt, dann habe ich nichts dagegen. Herr Präsident, ist ein Zwischenruf erlaubt? (Landeshauptmannstellvertreter **Matzner:** „Wie wir über die Schulhausbauten geredet haben, da hat auch niemand gesagt, daß der Matzner daran mitgearbeitet hat und daß ungefähr die Hälfte der Schulhausbauten durch sein Referat gebaut worden ist. Aber ich bin nicht so eitel! Wir haben es für die Steiermark gemacht.“ — Abg. **Pittermann:** „Die Olfeuerung!“) Selbstverständlich, Herr Landeshauptmann wird niemand das, was Sie für Ihre Gemeinden auf dem Schulbau-sektor geleistet haben, irgendwie bestreiten. Dafür gebührt Ihnen sicherlich der Dank von allen.

Aber nun, meine sehr verehrten Damen und Herren möchte ich doch zunächst auf einen Punkt eingehen, u. zw. auf die sehr erregten Zwischenrufe, die von Ihrer Seite gekommen sind, als der Herr Kollege Dr. Hueber hier den Fall der Judenburg Siedlungsgenossenschaft mit seinem Obmann Uhl angeführt hat. Sehen Sie, meine Damen und Herren, ich glaube, daß diese ganze Angele-

genheit für niemanden, der im Genossenschaftswesen tätig ist und der auch die Bedeutung der Siedlungsgenossenschaften und ihre Leistungen kennt, erfreulich ist. Jeder wird mit mir übereinstimmen, daß es in Judenburg zu Unzukömmlichkeiten gekommen ist. Es ist nur die Frage, wie eine politische Partei sich zu solchen Fällen stellt. Ich möchte feststellen, keine Partei und keine Siedlungsgenossenschaft ist vor Unzukömmlichkeiten gesichert. Schauen Sie, wie gerade heute in der Tagespost steht, am Mittwoch, den 19. Dezember — ich empfehle Ihnen diese Zeitung genauso, wie Ihr Herr Landesrat Sebastian —, hat hier ein Zeuge erklärt, er habe Angst vor dem Geschäftsführer Uhl dieser Genossenschaft, oder wenn in dem Presseprozeß Zeugen aufstehen und erklären, daß dieser Genossenschaftsvertreter und dieser Geschäftsführer der Genossenschaft eben Dinge gemacht hat, die mit dem Strafgesetz zu tun haben, so ist es doch notwendig, daß sich eine jede Partei von einem solchen Manne irgendwie distanziert. Und wir können es nicht verstehen, wenn nun hier eine Siedlungsgenossenschaft, die doch Institutionen sind, die ihren Mitgliedern zu dienen haben, und nicht Geschäftsunternehmungen zu ihrem Selbstzweck, den Schutz Ihrer Partei genießen. Es war nicht richtig, daß dort in Judenburg 4 bzw. 9 Siedlungswerber seit dem Jahre 1958 250.000 S einbezahlen mußten und bis zur Aufrollung dieses Falles keinen Vertrag in die Hände bekommen haben. Und es stimmt nicht, wenn sich der Obmann oder auch Sie, Herr Kollege Bammer, auf den Standpunkt stellen, diese Siedler müssen gestraft werden, man muß ihnen den Kredit entziehen oder sonst irgend etwas (Abg. B a m m e r: „Wer steht auf dem Standpunkt, Herr Doktor?“) Sowohl Sie sind auf diesem Standpunkt gestanden als auch der Geschäftsführer dieser Siedlungsgenossenschaft (Abg. B a m m e r: „Dafür müssen Sie mir Beweise bringen.“) Die werde ich Ihnen bringen, Herr Kollege. (Abg. B a m m e r: „Bitte, gern.“) Und ich möchte nur etwas sagen. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, als der Vertreter der Siedlerinteressen und der Wohnbauinteressen Ihrer Partei, von sich aus und sofort Ordnung zu schaffen und nicht es zu so unliebsamen Auseinandersetzungen in der Presse und im Gericht kommen zu lassen. Und Sie müssen nur mit diesen vier Leuten reden, wie die von den Herren des Sozialministeriums behandelt wurden, das waren Methoden, die fast an russische Kommissariatsmethoden erinnern. (Abg. L e i t n e r: „Sie verleumdten schon wieder!“ — Allgemeine unverständliche Zwischenrufe. — Landesrat P r i r s c h: „Das ist eine Anerkennung!“) Da ist nicht nur Moskau gemeint gewesen. Da waren hier einige Beamte, die hier die Erhebungen durchführen und die vor allem auch den Menschen den notwendigen Schutz hätten geben müssen, die ihnen menschlicher hätten entgegenkommen können und hätten müssen. Ich glaube daher — es ist das hier bei Gott kein Parteipolitikum —, aber ich glaube, daß es notwendig ist, daß alle Fälle, ganz gleich von welcher Genossenschaft und welche Männer damit belastet sind, in aller Öffentlichkeit aufgezeigt werden und jedem einzelnen Recht geschaffen wird. Und nun meine sehr verehrten Damen und Herren zum steirischen Landesbudget, be-

treffend die Wohnbauförderung. Sie haben es bereits gehört, 250 Millionen Schilling werden 1963 für das Wohnungswesen aufgewandt. Wir bauen durch das Sonderwohnbauprogramm im nächsten Jahr fast 2000 Wohnungen mehr. Wenn der Bund nun unserem Beispiel folgen würde, würde in ganz Österreich dies umgerechnet 15.000 Wohnungen bedeuten. Ich glaube aber, daß der Bund nun in den letzten Jahren seinen Willen deshalb nicht durchsetzen konnte und das Regierungsversprechen, weil eben die Gegensätze in den grundsätzlichen Fragen des Mieten- und Wohnungsproblems zu groß waren, um eine konstruktive Lösung zu ermöglichen. Der Bund hat in den letzten Jahren bewiesen, daß er nicht in der Lage ist, eine Lösung der Wohnungs- und auch der Mietenfragen durchzuführen. Es wäre daher notwendig und sicherlich auch richtig, wenn man den Ländern, wie es auch in der Verfassung vorgeschrieben ist, diese Tätigkeit auch in der Tat übertragen würde (Zwischenruf: „Sehr richtig!“) Ich habe mich oft gewundert, warum eigentlich auch aus diesen Siedlungs- und Wohnungsfragen ein solches Politikum geschaffen wurde. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß wir heute in Österreich nicht nur 21 verschiedene Fonds haben, aus denen öffentliche Bauten für Siedler und für Wohnungssuchende finanziert werden, sondern wir haben auch an 39 oder 40 verschiedene Mietzinse. Es gibt heute einzelne Bundesländer, wie in Oberösterreich, wo bereits nur noch knapp 40% die Nutznießer aus dieser seinerzeitigen Mietengesetzregelung sind. Wir haben heute bereits bei den meisten Ländern das Pari. Und Sie können nicht umhin festzustellen, daß es ungerecht ist, wenn junge Menschen, die eine Wohnung suchen, für diese Wohnung eine Anzahlung unter Umständen leisten müssen von 10.000, 20.000 S und dann einen Mietzins von 300, 400, 500 S und wenn es alte Leute gibt, die noch eine Mieterschutzwohnung haben, in der sie mit 70, 80 oder 100 S in vier Räumen wohnen können. Meine Frauen und Herren! Das ist ungerecht. Dabei wurde auch von unserer Partei immer wieder festgestellt, daß eine Regelung der Mieten nichts zu tun hat mit einer Regelung des Kündigungsschutzes. Selbstverständlich hat die Volkspartei nie die Absicht gehabt, hier im Kündigungsschutz eine Änderung herbeizuführen. Ich habe erst vor kurzem einen alten Sozialisten gefragt, warum er glaubt, daß die SPO eigentlich gegen eine gesetzliche Regelung ist, obwohl schon ab und zu Ansätze vorhanden waren und Einsichten vorhanden waren, gegen eine solche gesetzliche Neuregelung, gegen eine gerechte Neuregelung ist, und er erklärte mir, daß dies eben irgendwie aus der Geschichte nur erklärbar ist, und zwar hat die seinerzeitige sozialdemokratische Partei in der ersten Republik alle Wahlkämpfe geschlagen mit der Frage des Mieterschutzes und nun können sich also unsere Sozialisten nach seiner Meinung noch nicht ganz von diesen Komplexen lösen und daher wehren sie sich vorläufig noch gegen eine gesetzliche Regelung (Landesrat Sebastian: „Erzählen Sie keine Schauermärchen!“) Das ist kein Schauermärchen, leider nicht. Es wäre notwendig, daß auf diesen Mieten- und Wohnbaufragen (Abg. Dr. P i t t e r m a n n: „Den Einwurf hätten Sie nicht

machen dürfen, Herr Landesrat, das war ein schlechter Einwurf! — Landesrat Sebastian: „Haben Sie noch nie einen schlechten Einwurf gemacht?“ — Abg. Dr. Pittermann: „So einen schlechten noch nicht!“ Es wird von Ihnen immer wieder angeführt, ja es sind die Bodenpreise zu hoch, selbstverständlich gibt es Gemeinden, vor allem größere Städte, wo der Wohnungspreis sehr hoch ist. Aber daß deshalb unbedingt ein Gesetz notwendig ist, ist nicht unbedingt einleuchtend. Man könnte genauso gut die Gewährung eines billigen Darlehens davon abhängig machen, daß der Quadratmeterpreis ein gewisses Ausmaß nicht überschreitet. Es wäre auch notwendig, daß unsere gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften in die Lage versetzt werden, von der Landesregierung laufend und im vorhinein kontrolliert zu werden, so daß es nicht dazu kommt, wie auch heute in dem bereits erwähnten Falle des Herrn Motschnik, daß 42 kleine Leute, die mit jedem Kreuzer rechnen müssen, um ihre Ersparnisse gebracht werden. Es wird auch notwendig sein, daß bei der Landesregierung eine offizielle Auskunftsstelle geschaffen wird, wo jeder Wohnungssuchende über die Möglichkeiten, die ihm von einer Siedlungsgenossenschaft angeboten werden, offiziell Auskunft erhält, wobei es aber auch notwendig wäre, daß sicherlich erst dann Anzahlungen entgegengenommen werden dürfen, sobald die Finanzierung sichergestellt ist. Aber wenn das hier unsere Forderungen sind für die Zukunft und wenn wir vor allem auch hoffen, daß es nun doch gelingt, sicherlich auch auf Grund der Resolution, die einstimmig im Finanzausschuß beschlossen wurde, aber auch, da doch in Wien solche Bestrebungen vorhanden sind, den jungen Eheleuten eine Wohnung ohne größere Anzahlung zu verschaffen, so glaube ich, daß doch in einigen Jahren eine Linderung in der derzeitigen Wohnungsnot eintreten könnte. Und ich möchte nun doch darauf hinweisen, daß bei der Landesregierung derzeit noch Ansuchen von fast 6000 Einzelsiedlern, aber auch von Genossenschaften um Wohnbaudarlehen vorliegen. Um diese Ansuchen zu befriedigen, wäre ein Betrag von ca. 600 bis 800 Millionen Schilling notwendig. Das Land Steiermark hat bewiesen, daß es bereit ist, neue moderne Wege zur Lösung der Wohnbaufrage zu gehen. Ich möchte daher bei dieser Gelegenheit doch auf die Leistungen dieses Amtes in den letzten 13 Jahren hinweisen. Mit dem Landesgesetz vom 3. Juli 1949 wurde der Landeswohnbauförderungsfonds errichtet und dieser Fonds wurde auf Initiative des Landesrates Prirsch errichtet und ihm auch als sein Referat unterstellt. Zunächst standen aus diesem Fonds 1.000.000 S zur Verfügung. Mit dieser einen Million wurden 70 Wohnungen gefördert, in erster Linie kinderreiche, minderbemittelte Bewerber. Im Jahre 1953 schnellte dieser Betrag auf 30 Millionen Schilling im Landesbudget hinauf und bis zum Jahre 1962 wurden bisher aus dem Landesfonds Förderungsmittel von insgesamt 295 Millionen genehmigt und 13.000 Wohnungen gefördert.

Gerade aber auch die Landeshauptstadt Graz wurde besonders berücksichtigt. Sie erhielt seit 1949 aus dem Landesfonds Förderungsmittel für insgesamt 2166 Wohnungen. Insgesamt 13.000 Woh-

nungen wurden aus diesem Landesfonds gefördert. 1955 trat das Wohnbauförderungsgesetz 1954 in Kraft. Hier hat der Bund uns 50% Mittel zur Verfügung gestellt, falls das Land diesen Fonds ebenfalls mit 50% dotiert. Auch hier gelang es dem Herrn Landesrat Prirsch unter Berücksichtigung der Wohnungsnot doch die Mittel über das ganze Land und nicht nur auf einzelne Konzentrationspunkte zu verteilen, wobei vor allem auch in den letzten Jahren immer mehr in den finanzschwachen Gemeinden gerade für Lehrer die Wohnbauförderung ein besonders Ausmaß annahm, um dieser Not, die uns ja allen bekannt ist, durch billigere und schönere Wohnungen abzuhelpen und um auch den Lehrern einen Anreiz zu geben, in die entfernteren Orte hinauszugehen. Von 1955 bis 1962 wurden 11.800 Wohnungen gefördert, wovon etwa 8000 Wohnungen auf mehrgeschossige Wohnhäuser entfallen. Mehr als 2600 Eigentumswohnungen sind in dieser Zahl enthalten. Wir haben nun im Jahre 1962 dieses Sonder-Wohnbauprogramm beschlossen, nachdem im Jahre 1962 bereits 1640 Wohnungen bewilligt wurden und ein Studentenheim. Hiefür wurde ein Betrag von 146 Millionen Schilling vorgesehen und ausgegeben. Unter diesen 1640 Wohnungen befinden sich insgesamt 659 Eigenheime bzw. Zweifamilienhäuser, für die rund 40.000.000 S bewilligt wurden. Durch sämtliche Förderungsaktionen wurden von 1949 bis jetzt rund 26.500 Wohnungen gefördert mit einer Gesamtsumme von 1 Milliarde 67 Millionen Schilling. Ich glaube, daß das Land Steiermark auf diese Wohnbauförderung stolz sein kann, daß es uns damit gelungen ist, für 26.000 Familien die Voraussetzungen für ein glückliches Heim zu schaffen und ich hoffe und glaube, Sie werden mit mir übereinstimmen, daß dieser Weg so wie in den letzten 14 Jahren fortgesetzt werden soll. (Beifall).

1. Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Abg. B a m m e r. Ich erteile es ihm.

Abg. **Bammer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zu den Fragen des Wohnungsbaues wurde in diesem Saal im Jahre 1962 des öfteren grundsätzlich und auch im Detail gesprochen, weil schon allein die Aufnahme der Wohnbauleihe hiezu ausreichend Gelegenheit gegeben hat. Ich darf mich jetzt auf einige wenige Fragen beschränken. Ich darf zu den berüchtigt sachlichen Ausführungen des Herrn Abg. Rainer nur feststellen: wir haben bei der Einbringung unseres Antrages auf die Durchführung eines Wohnbau-Sonder-Programms für die Steiermark von Haus aus erklärt und ich glaube, man kann es wörtlich im Protokoll nachlesen, wir werden kein Primat auf die Idee eines Wohnbau-Sonder-Programms erheben, es muß aber der Sachlichkeit und der Richtigkeit halber festgestellt werden, wenn Sie schon hier Wert darauf legen, wir haben wesentlich früher als die Österreichische Volkspartei in den Landtag unseren Antrag eingebracht und es war zumindest eigenartig, daß der Antrag der OVP dann früher im Landtag zur Behandlung gestanden ist. Aber, meine Damen und Herren, wenn man die Wohnbaufragen und die Frage der Finanzierung des Wohnungsbaues in der Spezialdebatte zur

Gruppe 6 diskutiert, dann muß man gerechterweise darauf hinweisen, daß jene Funktionäre, die den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds verwalten und die hiefür zuständig und verantwortlich sind, sich gerade in diesem Jahr der Steiermark gegenüber außerordentlich verständnisvoll gezeigt haben und durch das Industrie-Sonderbauprogramm für die Steiermark 359 Wohnungen außer der Reihe und auch für das Umsiedlungsprogramm der beschäftigungslos werdenden Bergarbeiter einige hundert Wohnungen in der Obersteiermark zusätzlich zu den normalen Wohnungen bewilligt haben. Gerechterweise müßten auch diese Leistungen festgehalten werden, denn sie sind ja in der Gesamtziffer des Herrn Abg. Rainer sicher mit enthalten. Dem Hohen Haus liegt bei dieser Gruppe ein Antrag vor, der von den drei im Finanzausschuß vertretenen Parteien eingebracht wurde und unterstützt wird: „Die Bundesregierung möge Vorsorge treffen, daß in den nächsten 4 Jahren jährlich zusätzlich 15.000 Wohnungen für junge Ehepaare errichtet werden.“ Wir haben uns diesem Antrag angeschlossen und unterstützen ihn bestens, in der Hoffnung, daß ihm nicht das gleiche Schicksal passiert wie der Regierungserklärung aus dem Jahr 1959, als die Bundesregierung beschlossen hatte, in Österreich jährlich 10.000 Wohnungen mehr, damit also 50.000 Wohnungen zu finanzieren. Unverständliche Zwischenrufe). (Ldsrt. Prirsch: „Wenn man in anderen Dingen Maß hält, wird es möglich sein!“) Dafür haben wir volles Verständnis, Herr Landesrat, wir werden also auf dieses „Maß halten“ wechselseitig zurückkommen müssen. Wir würden uns wirklich freuen und wir glauben, daß es ein wirklicher Erfolg des Landtages wäre, wenn diesem Antrag auf der Bundesebene entsprochen werden würde, aber nur, weil wir es ernst meinen, und keine Optik, keine Scheinoptik vor den jung verheirateten Ehepaaren, vor der jungen Generation in diesem Lande erlangen wollen. Ernst muß er gemeint sein und realisiert muß er mindestens — ich bin ja bescheiden — zu einem großen Teil werden. Ich glaube, daß auch die Frage der Finanzierung des Wohnungsbaués in den nächsten Jahren immer eine der schwierigsten Fragen sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene sein wird. Der Herr Abg. Brandl hat zu dem Antrag, der eine günstigere Behandlung der Gemeinden und der Genossenschaften beim sozialen Wohnungsbau durch die Kreditinstitute vorsieht, gesprochen, ich darf mich diesen Ausführungen deshalb anschließen, weil eine günstigere Behandlung in der Festsetzung des Zinsfußes eine wirklich entscheidende Frage für den Personenkreis ist, der dann später die fertig gewordenen Wohnungen auch tatsächlich bewohnen soll. Wir wissen doch, daß es leider heute so ist, daß noch immer ein sehr beachtlicher Personenkreis oder Familienkreis in unserem Lande von dem Genuß einer Neubauwohnung ausgeschlossen ist, nicht weil es nicht möglich ist, den Baukostenbeitrag oder den Eigentumsbeitrag zu leisten, der vielenorts verlangt werden muß, sondern weil die Dauerbelastung der nicht sehr unerheblichen Miete einen verantwortungsbewußten Familienvater zwingt, nein zu sagen, bevor er seine Familie sehentlich und wissentlich in eine unsichere Zukunft führt. Es hat der Herr Abg. Hueber und auch dann

der Herr Abg. Rainer zu dem Fall der Judenburger gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft gesprochen. Das war in beiden Fällen nicht sehr objektiv. Ich werde Ihnen das sofort auch sagen. Ich wurde über diese angeblichen Vorgänge in dieser Genossenschaft durch einen Brief des Herrn Landesrates Prirsch aufmerksam gemacht und von ihm ersucht, zu intervenieren, daß die neun von der Genossenschaft ausgeschlossenen Mitglieder nicht materiellen Schaden leiden, d. h. Schaden in der Form leiden, daß sie von dem Wohnrecht ausgeschlossen werden oder, wie auch bereits gesagt wurde, delogiert werden. Ich habe damals erstmals Gelegenheit nehmen können, mit den Funktionären dieser Genossenschaft Verbindung aufzunehmen und habe mir den ganzen Sachverhalt erklären lassen. Es sind natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, schon andere Fragen sehr wesentlich entscheidend und es spielt schon der Ehrgeiz des Herrn Betriebsratsobmannes Sturm vom Gußstahlwerk dabei eine sehr große Rolle, wie die Genossenschaft in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Wir wissen aber auch, daß der Herr Betriebsratsobmann Sturm in jeder Hinsicht die volle Unterstützung der Österreichischen Volkspartei genießt, um ja das Musterbeispiel eines nicht sozialistischen Betriebsratsobmannes in einem Arbeiterbetrieb weiter vorweisen zu können. Aber ich habe dem Herrn Landesrat wenige Wochen später konkret schriftlich nach der Zusage der Genossenschaftsfunktionäre mitgeteilt, daß keinerlei Repressalien, wie er sie befürchtet, wie sie heute ausgesprochen worden sind, zu erwarten sind, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr überrascht, daß die erste Antwort auf dieses mein Schreiben die Rede des Herrn Abg. Dr. Rainer heute war. Ich muß sagen, diese Form der Zusammenarbeit in sachlichen Fragen ist zumindest sehr befremdend. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß die Tätigkeit in Genossenschaften mit so großen Beträgen, wie es der Wohnungsbau mit sich bringt, und nicht nur der Wohnungsbau, für schwache Seelen und schwache Charaktere eine außerordentliche Beanspruchung darstellt. Wir wissen, daß die Versuchungen natürlich und künstlich bei diesen Leuten sehr groß sind und daß, um auch zu Aufträgen zu kommen, manches nicht von den Funktionären der Genossenschaften, als den Vergebern der Aufträge, verlangt, sondern manches auch von den Interessenten geboten wird. Ich glaube, das soll man auch in aller Offenheit und Deutlichkeit aussprechen. Ich bin, und hier spreche ich im Namen meiner Fraktion, selbstverständlich auch der Meinung, daß überall dort, wo Gesetzesübertretungen, wo Übertretungen gegen Richtlinien und Satzungen vorkommen, mit aller Strenge gegen diese Funktionäre vorgegangen wird, ohne Ansehen der Partei, ohne Ansehen von Rang und Namen dieser Personen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir haben in diesem Hause auch die Pflicht, all jenen ehrenamtlichen, unbezahlten und unbedankten Genossenschaften und Genossenschaftsfunktionären Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Berichterstattung und die Berichtserien in den Zeitungen, so konkret und richtig sie im Einzelfalle sein mögen, haben in der Öffentlichkeit den Eindruck zum Teil hinterlassen

und erweckt, daß in gemeinnützigen Genossenschaften nur mehr beschränkt ehrenhafte Leute tätig sind. Wehren wir uns gegen diesen Eindruck. Denn wenn diese Genossenschaftsfunktionäre, die ohne finanzielle Entlohnung und nur ehrenamtlich mit Millionenbeträgen hantieren, auch noch das Gefühl haben, daß sie verlassen werden, daß man ihnen nicht die Ehre, die ihnen zusteht — Dank haben sie sowieso keinen — garantiert und sichert, dann werden wir uns wundern, wenn sie ausscheiden, welche Stütze für den Wohnungsbau und welche Stütze für die gesamte Öffentlichkeit uns hier verloren geht. Es ist die Pflicht des Landtages und die Pflicht aller verantwortungsbewußten öffentlichen Mandatäre, den ehrenamtlichen, ehrlichen und unermüdlichen Funktionären im genossenschaftlichen Wohnbau unseren Dank, unsere Anerkennung und auch unsere künftige Unterstützung zu sichern. (Abg. Dr. Rainer: „Einverstanden, bis auf das mit Judenburg!“) Das soll der Richter entscheiden, nicht Sie und nicht ich! (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Fellingner.

Abg. Fellingner: Meine Damen und Herren! Ich möchte heute besonders Ihre Aufmerksamkeit auf die schwierige Verkehrssituation in der Bergstadt Leoben lenken. Im Stadtgebiet von Leoben gibt es 14 Bahnübergänge. Davon sind 2 Übergänge sowohl für den Durchzugsverkehr als auch für den innerstädtischen Verkehr von ganz entscheidender Bedeutung. Die Gösser Bahnübersetzung und der Bahnübergang beim Neunerwächter. Das Umfahrungsprojekt von Leoben wurde nun vom Bund bereits beschlossen und die Arbeiten haben ihren Anfang genommen. Soweit jetzt bekannt ist, kann aber mit der Fertigstellung der Umfahrung von Leoben erst mit Ende des Jahres 1967 gerechnet werden. Aus dem Umfahrungsprojekt ist zu ersehen, daß im Jahre 1963 die Unterfahmung der Bahnanlage beim Neunerwächter fertiggestellt sein wird und dadurch die Zufahrt nach Leoben erleichtert werden kann. Trotz dieser Entlastung, die beim Neunerwächter zweifelsohne auftreten wird, wird aber weiterhin die Gösser Bahnübersetzung erhalten bleiben. Das Bundespolizeikommissariat Leoben hat am 10. und 11. August bei der Gösser Bahnübersetzung eine Verkehrszählung durchgeführt, die folgendes Bild zeigt. In 24 Stunden haben insgesamt 11.250 Kraftfahrzeuge, 1298 Fahrräder und Mopeds, 28 sonstige Fahrzeuge und 1352 Fußgänger die Bahnübersetzung überquert. Insgesamt 10 Stunden sind die Bahnschranken täglich geschlossen. Dadurch entstehen Autokolonnen, welche nicht selten 1 km Länge erreichen. Fallweise kommt es auch vor, daß die Bahnschranken bis zu einer halben Stunde geschlossen bleiben. Die Elektrifizierung Mürzzuschlag—Knittelfeld erreicht bereits im Frühjahr 1963 ihren Abschluß. Mit der Einführung des Sommerfahrplanes wird der elektrische Betrieb auf dieser Strecke aufgenommen. Dies bedeutet eine weitere Verdichtung des Bahnverkehrs, da nach Durchführung der Elektrifizierung auch Züge, die bisher die Tauernstrecke befahren haben, über die Süd-

bahnstrecke geführt werden. Man kann damit rechnen, daß die Bahnschranken täglich um weitere zwei Stunden geschlossen bleiben. Die Stadtgemeinde Leoben hat sich ehrlich bemüht, ein kreuzungsfreies Bauwerk zu projektieren und dem Projekt der Unterfahmung der Gösser Bahnübersetzung näherzutreten. Nach Fertigstellung der Pläne stellte sich heraus, daß die Unterfahmung 17 Millionen Schilling kosten werde. Da aber in nächster Zeit auch die Elektrifizierung der Strecke Leoben—Vordernberg zu erwarten ist, hat die Stadtgemeinde in den nächsten Jahren auch die Aufgabe, zwei Bahnschranken, welche sich auf der Pestalozzistraße befinden, ebenfalls einer Lösung zuzuführen. Es ist darum unbedingt notwendig, die Kerpelystraße aufzuschließen, wozu die Stadtgemeinde einen Betrag von 10 Millionen Schilling aufbringen muß, da es sich hier um eine gemeindeeigene Straße handelt. Der Leobner Bürgermeister und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier sind mit der Situation sehr gut vertraut. Der Herr Bürgermeister hat sich über den Herrn Landeshauptmann auch mit dem Herrn Bundesminister Bock in Verbindung gesetzt, weil auch der Herr Landeshauptmann eingesehen hat, daß die Gemeinde Leoben außerstande ist, zwei so große Projekte selbst zu finanzieren. Heute geht die Bitte an den Herrn Landeshauptmann und an den Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier als den zuständigen Referenten alles zu versuchen, um den Bund zu veranlassen, vor allem für das erste Projekt, wo der Bund zuständig ist, Mittel aufzuwenden, um die Gösser Bahnunterfahmung zu bauen. Die Gemeinde wird aus ihren Budgetmitteln das Geld aufbringen müssen, welches ihr als Gemeinde zusteht. Ohne Hilfe des Bundes ist eine Lösung der Leobener Verkehrssituation nicht möglich.

Abschließend möchte ich noch einmal sowohl den Herrn Landeshauptmann als auch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter bitten, alles daranzusetzen, um den Bund anzuhalten, der Gemeinde Leoben zu helfen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gottfried Brandl, ich erteile es ihm.

Abg. Gottfried Brandl: Hohes Haus! Es würde in dem Konzert, das wir heute dem Referenten für das Straßenwesen, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier erbringen, die Harmonie fehlen, wenn nicht auch ein Sänger für den Bezirk Weiz mitwirken würde. Ich will mich daher dem vorhin Gesagten anschließen mit dem Hinweis, daß die Steiermark als Fremdenverkehrsland ein gutes Straßennetz braucht. Vor allem ist es die Oststeiermark, die noch in weiten Teilen ein sehr schlechtes Straßennetz aufweist. Für den Bezirk wäre dringend die Übernahme der Strecke Haslau—Birkfeld—Brunnlandeck—Waldbach, dann die Staubfreimachung der Straße Fischbach—Birkfeld, die weitere Fortsetzung der Staubfreimachung Rechberg—Frohnleiten—Passail, dann die Straße Büchel—Etzersdorf und die Verbreiterung und Staubfreimachung der Straße Schlofferock—Mistelbach—Birkfeld. Alle diese Straßen brauchen wir, damit Steiermark den Aufgaben als Fremdenverkehrsland gerecht wird. Ich bitte die

Hohe Landesregierung, diese Lücke zu schließen und auch den Bezirk Weiz, das schöne Gebiet, dem Fremdenverkehr zu erschließen. (Beifall.)

Präsident: Zu Worte hat sich gemeldet der Referent, Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. U d i e r. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvert. **Udier:** Hohes Haus! Sie werden mir zugestehen, daß ich mich jetzt auch etwas breiter auslassen muß, als Ihnen vielleicht lieb wäre. Aber nachdem Sie mir nun durch drei Stunden Wünsche vorgetragen haben, die wahrlich das ganze Land überbreiten, die ausgebreitet sind über das ganze Land, darf ich wohl auch etwas mehr zum Problem unseres Verkehrs und unserer Straßen sagen, damit Sie auch wirklich ein richtiges Bild davon bekommen und damit die von der Oststeiermark auch hören, wie es in der Obersteiermark ist und die von der Obersteiermark ein bißchen ein Bild davon bekommen, wie es in der Ost- und Weststeiermark aussehen mag. Manchmal habe ich das Gefühl, daß die Herren Abgeordneten, die sehr fleißig sind, alle mitsammen, doch zu sehr sich in ihren Bezirken aufhalten und nicht das ganze Land bereisen, um den richtigen Überblick zu haben, wie es für einen Landtagsabgeordneten angezeigt wäre. (Abg. Vinzenz Lackner: „Landtagsausflug!“) Vielleicht wäre ein Landtagsausflug nicht das Schlechteste!

Ich darf also einen allgemeinen Zustandsbericht einmal geben und Ihnen sagen, ich glaube, wir dürfen bei aller Berechtigung der Kritik und bei aller Feststellung, daß wir noch so und so vieles im Lande Steiermark nicht in Ordnung haben, doch auch festhalten, daß dank des Verständnisses, das der Hohe Landtag jeweils aufgebracht hat für die Notwendigkeiten unserer Verkehrsbedürfnisse, doch auch mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung gestellt wurden — ich komme darauf dann gleich zurück —, daß es also möglich war, den Zustand unserer Straßen doch entscheidend zu verbessern.

Meine sehr verehrten Zuhörer, ich darf darauf aufmerksam machen, daß im Jahre 1945 das Landesstraßennetz rund 3400 km umfaßte und davon 6% staubfrei waren, daß im Jahre 1950 sich dann das Straßennetz verringerte, weil wir einen Teil unserer Straßen als Bundesstraßen der Bundesstraßenverwaltung anhängen konnten. Durch diese Verringerung kamen wir dann aber mit Hilfe unserer Arbeiten auf 11%. Im Jahre 1953 war das Landesstraßennetz 2869 km lang, davon waren bereits 20% staubfrei. Im Jahre 1957 kamen wir schon auf 32%, im Jahre 1960 auf 46,5% und im Jahre 1962 darf ich auch persönlich mit Freude feststellen, wenn auch immer noch mit dem entsprechenden Wermutstropfen, daß es nicht mehr ist, daß es immerhin 58,5% sind im Durchschnitt. Und jetzt kommt also die Frage, wie weit hier die Bezirke und die einzelnen Landstriche geschmälert wurden bzw. zu wenig Berücksichtigung fanden. Hier darf ich Sie beruhigen, es verteilen sich die Dinge sehr gleichmäßig, und diejenigen, die glauben, daß ich, weil ich Obersteierer bin, nur die Obersteiermark bevor-

zugen würde, die können beruhigt sein, so wie jene, die glauben, ich würde nur in der Oststeiermark Straßen bauen, die können ebenso beruhigt sein. Wir haben noch 6 Bezirke, die unterhalb des Durchschnittes liegen. Von diesen 6 Bezirken darf ich also nennen: Mürzzuschlag, Feldbach, Radkersburg, Voitsberg, Weiz und Liezen. Sie sehen also hier auch eine mehr als gerechte Verteilung: 2 obersteirische Bezirke, ein weststeirischer, zwei oststeirische und ein untersteirischer ist auch dabei. Also wir haben alles da, was wir brauchen. Es sind also noch 6 Bezirke, die unterhalb des Landes-Durchschnittes liegen. Ich darf hier nur sagen, daß es selbstverständlich mein und der Straßenverwaltung größtes Bemühen ist, die Misere speziell auf dem Sektor der Staubfreimachung möglichst rasch zu beseitigen. Es sind also mit diesen 58,5% bei einer Straßenlänge von 1759 km nach dem heutigen Stand der Landesstraßen rund noch 1250 km staubfrei zu machen. Wenn wir berücksichtigen, daß wir gerade unter der Devise, die ich ja mehrmals hier schon zum Ausdruck gebracht habe, daß wir forciert trachten müssen, die Landstraßen staubfrei zu machen und wir in den letzten Jahren diesbezüglich besonders viel getan haben, so waren wir im heurigen Jahre besonders eifrig und konnten es in der Summe fast auf 180 km bringen. Ich glaube, das ist eine Leistung, die schon sehr beachtlich ist, weil wir nicht übersehen dürfen, daß wir davon 130 km ja in Eigenregie-Arbeiten tatsächlich staubfrei gemacht haben mit einem Kostenaufwand von rund 14 Millionen Schilling, die wir aber zum größten Teil aus der Erhaltung der Landesstraßen herausnehmen mußten, weil es ausgeschlossen gewesen wäre, beim Ausbauprogramm auch noch diese Millionen abzuzweigen.

Wenn wir uns also in dieser Entwicklung, wie sie die letzten drei Jahre vor allem gezeigt haben, fortfahren, und ich kann versprechen, daß das unsere Absicht ist und auch unser Wille, sofern eben die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen, so glaube ich, sagen zu können, daß der derzeitige Bestand an Landesstraßen in ungefähr 6 Jahren restlos staubfrei sein wird. Ich sage aber sehr betont, der „derzeitige“ Stand der Landesstraßen. Warum so betont? Weil ja in diesem Hohen Hause heute von allen Seiten, also von links und von rechts, so viele Wünsche auf Übernahmen laut geworden sind, daß ich ja wohl annehmen kann, daß das Hohe Haus mir nicht nur sehr verbunden wäre, wenn ich einen solchen Antrag bald dem Hohen Hause vorlegen würde, sondern es förmlich von mir fordert, daß ich endlich einen entsprechenden Übernahmsantrag dem Hause vorlege, damit wir aus den Nöten der Gemeinden, der Interessenten und aller, die sonst irgendwie Wege gebaut haben, herauskommen, um ihnen die Last abzunehmen, nicht einen, sondern 4, 6 und 8 km Straßen, ja, wie wir gehört haben, den Pall-Weg, der ja allein bis Kaltwasser 10 km und darüber hinaus noch 4 km bis zur Landesgrenze beträgt, so daß wir also hier 14 km gleich auf einem Fleck haben. Daß die Erhaltung solcher Wege ohne Zweifel größte Anforderungen an die Interessenten, an die Gemeinden stellt, ist uns allen klar. Wir können abhelfen, wenn wir einen Teil dieser Straßen übernehmen,

aber wir müssen uns darüber ins klare kommen, daß das Budget dann unbedingt aufgestockt werden muß. Oder, daß wir in Hinkunft dieses Budget besser dotieren. Dann sind diese Möglichkeiten gegeben, denn, meine sehr verehrten Zuhörer, verehrte Damen und Herren, ich darf Ihnen sagen, bei aller ohne Zweifel wenigstens optisch gut aussehenden Dotation des Straßenbaureferates — und es sind ja immer wiederum alle entsetzt, wenn wir unsere Forderungen bei Erstellung des Budgets hinlegen, vor allem der Herr Finanzreferent, er ist ja berechtigterweise der erste, der entsetzt ist, weil wir keinen Boden hätten — muß ich zur Beruhigung des Hohen Hauses doch sagen, daß wir also in keinem Jahr über die Schnur hauen, daß wir in keinem Jahr über unsere Grenzen im wesentlichen hinauskommen.

Der Schnitt der letzten 5 Jahre war 10,7, 10,8, 10,9% des Landesbudgets für Landesstraßen. Das ist, meine sehr Verehrten, die nackte Tatsache. Selbst die große Erhöhung meines Budgets bzw. des Straßenbudgets im Vorjahr, die ja der Herr Finanzreferent besonders hervorgehoben hat, sozusagen in Vorahnung dessen, daß Erhöhungen auf dem Bausektor kommen und daß daher das abgefangen werden soll, selbst die hat uns nicht wesentlich aus dieser Reihe herausgerissen. Wir sind also bei einem Schnitt von nicht ganz 11% des Landesbudget. Und da muß ich Ihnen sagen, daß wir leider, sosehr wir in anderen Dingen führend unter den Bundesländern sind, auf diesem Sektor es nicht sind. Hier ist uns voran das Burgenland mit 12½%, im Schnitt der letzten 5 Jahre, Niederösterreich mit 12,9%, Oberösterreich mit 14,1% und das Ländle, Vorarlberg, mit 17,4%. Also vier Bundesländer sind uns hier voran. Meine sehr verehrten Mitglieder des Hohen Hauses, wollen Sie sich dies bitte gut notieren und im nächsten Jahr bei der Erstellung des Budgets darauf bedacht sein, daß bei der Erbringung Ihrer Wünsche doch auch vorerst wir gemeinsam Sorge tragen müssen, auch den Herrn Finanzreferenten davon zu überzeugen, daß der Prozentsatz für die Landesstraßen gesteigert werden muß, wenn wir diese Wünsche erfüllen wollen, die eine unbedingte Notwendigkeit zur Aufschließung, zur notwendigen Aufschließung, zur Beseitigung unserer Verkehrsmisere, aber auch zur fremdenverkehrsmäßigen Aufschließung unseres Landes notwendig sind (Landesrat DDr. Schachner-Blazek: „Ausgerechnet mich wollen Sie überzeugen?“ — Gelächter. — Unverständliche Zwischenrufe.) Hohes Haus! Ich darf in dem Zusammenhang doch noch sagen, wir wollen nicht übersehen, wie übrigens heute mehrmals zum Ausdruck gebracht wurde, daß aus Fremdenverkehrsgründen a) in der Obersteiermark, b) in der Oststeiermark, c) in der Weststeiermark, also überall aus Fremdenverkehrsgründen bessere Straßen gebaut werden müssen und womöglich neue Straßen übernommen werden müssen, daß verhältnismäßig in diesen gleichen 17 Jahren in denen ich die hohe Aufgabe habe, das Straßennetz zu verbessern, nach den Ausführungen unseres Generaldebattenredners für den Straßenbau, in den letzten 10 Jahren 1176 Millionen zugeflossen sind, dem Fremdenverkehr aber auch 639 Millionen. Also wir

sehen, daß also ja zwischen Fremdenverkehrsförderung einerseits und Straßenförderung vielleicht nicht einmal die Relation da ist, die notwendig wäre, weil ohne Zweifel der Straßenbau unabhängig von der Förderung, die dadurch dem Fremdenverkehr erwächst, aus sich herauf schon wirtschaftlich und verkehrstechnisch gesehen Aufgaben zu erfüllen hat, die eigentlich primär gelagert sind. Wir dürfen also auch aus dieser Situation heraus dem Hohen Haus empfehlen, bei der nächsten Beratung des Budgets, wegen erhöhter Forderungen, und ich will hier nicht sagen und ich kann mich nicht darauf verlegen, auf dem Anleiheweg das Problem Straßenbau zu lösen, weil ich glaube, daß man dem Straßenbau mit Anleihen, zumindestens im Rahmen eines Landes, nicht sehr zweckdienlich helfen kann, weil man ja nicht in einem Jahr 100 Millionen zusätzlich zur Verarbeitung bringen kann, und aufgeteilt auf mehrere Jahre würde ich glauben, daß es schon sinnvoller wäre, wenn man das Budget entsprechend dotiert, dann läßt sich die Sache auch lösen.

Wir sehen also, wenn wir ganz allgemein die Dinge überblicken, daß wir hier bei aller Beachtung dessen, was im Lande geschehen ist, doch auch wissen müssen, daß wir nirgends aus dem Geleise geraten sind, nirgends übermäßige Dotationen gehabt haben und trotzdem sehr Wesentliches leisten konnten, dank der Hilfe aller, die damit belastet und beschäftigt sind. Ich darf ja sagen, daß überhaupt von dem Gesamtvolumen, von dem gesamten Bauvolumen des Landes, das ja nicht weniger als 668 Millionen ausmacht, über 56% nur für den Straßen- und Brückenbau im Lande verarbeitet werden. Über 56% von 668 Millionen sind im Jahre 1962 für Straßen- und Brückenbauten sowohl auf Landesstraßen als auch auf Bundesstraßen verwendet und verarbeitet worden. Sie sehen also, daß, im gesamten gesehen, wir nahe daran sind, wenigstens die Gleichheit aller Bezirke im Lande herzustellen, und es ist mir sehr wohl bewußt, daß diese 6 Bezirke, die ich genannt habe, mit Recht stärker sozusagen blasen und um Hilfe rufen, als die anderen Bezirke. Ich muß nur die Herren und Frauen Abgeordneten bitten, bei der Stellung der Wünsche darauf ein bißchen Rücksicht zu nehmen, daß der eine oder der andere Bezirk wirklich schon weitestgehend befriedigt ist und ein anderer vielleicht noch nicht. Ich darf aber auch eines sagen, es wird Ihnen wahrscheinlich so wenig gelingen wie mir, die Beruhigung deshalb unter den Wählern und unter der Bevölkerung zu finden, denn wo immer sie hinkommen heißt es, ja der Bezirk ist der schlechteste, wir sind die Vernachlässigsten, uns kennt man im Lande überhaupt nicht. Das geht auch im Lande herum von jedem Bezirk in den nächsten. Ich habe auch im heurigen Jahr, wie ich es immer schon gemacht habe in den letzten Jahren, forciert, mehrere Bezirke konkret bereist direkt auf die Frage hin, wie es aussieht, was zu machen ist, um wirklich dort zu helfen, wo es nach unserer Auffassung am notwendigsten ist. Sie können versichert sein, daß wir von der Straßenverwaltung, vom Straßenreferat aus bemüht sind, möglichst soviel zu tun, daß es nicht mehr darum geht, einer mehr, einer weniger, sondern daß wir mög-

lichst die Sorgen, die alle haben, beseitigen können. Nun, ganz wird es ja nicht gelingen, und wenn ich mir so vorstelle, wieso die Wünsche jetzt geäußert wurden, darf ich ja wohl sagen, es ist halt nicht schwer, wenn die Gaberlstraße, um eines gleich herzuzunehmen, nun einmal zwei Enden hat, wie jede Wurst zwei Enden hat, und man fängt am Ende an, dann ruft der andere: „Es geschieht überhaupt nichts auf der Gaberlstraße!“ Dreht man es um, ist dasselbe mit umgekehrten Vorzeichen. Solche Straßenzüge haben wir mehrere, aber auch hier wird, glaube ich, durch die Tatsache, daß überhaupt etwas geschieht auf so einer Straße, eben schon abgeholfen; und es werden ja die Sorgen immer kleiner und ich muß feststellen, wenn ich mich so zurückerinnere die langen Jahre, die ich nun hier die Ehre habe zu stehen, so waren seinerzeit noch viel mehr sich widersprechende Wünsche und Forderungen. Heute hört man schon viel häufiger konzentrisch vorgebrachte Wünsche und Forderungen. Es decken sich auch hier die Fraktionen mit ihren Wünschen, so daß man also feststellen kann, wir sind schon irgendwo auf einzelne Punkte konzentriert, weil vermutlich das übrige irgendwie doch befriedigend gelöst werden konnte.

Die Situation, wie ich sie nun auf dem Landesstraßensektor geschildert habe, schaut natürlich auf dem Bundesstraßensektor, generell gesehen, schon viel besser aus. Wir hatten aber auch hier bitte die gleichen Vergleichsziffern; im Jahre 1945 bei 730 km Bundesstraßen 82% schon staubfrei, wir haben aber dann im Jahre 1950 mit Gesetz der Bundesstraßenverwaltung einen gewissen Teil übertragen können. Wir haben seit 1951 rund 1300 km Bundesstraßen, die im Jahre 1951 zu 63% staubfrei waren, im Jahre 1956 zu 79%, im Jahre 1962 zu 88%. Wir sind also sozusagen daran, nahe an die 100% heranzukommen, und die paar Wünsche, die hier laut wurden, fallen also in die 12% hinein. Ob es nun sich um Neumarkt-Mühlen handelt oder um die Reststrecken draußen in St. Gallen, also die Eisenerzer Bundesstraße, die Ennstaler Bundesstraße, oder ob es sich um Reststücke unten am Karnerberg oder das größte Stück in Deutschlandsberg, also die neueste der Bundesstraßen, die Sobothner Bundesstraße handelt.

Aber auch hier ist der Grundsatz — und ich glaube, daß er auch richtig ist —, ich glaube es sogar durch die Tatsachen beweisen zu können, daß er auch richtig war, daß wir uns von vornherein darauf verlegt haben, ein bestimmtes System des Ausbaues festzulegen, darnach vorzugehen und das übrige so weit zu sanieren, daß man zumindest nach heutigen Begriffen vernünftig darauf fahren kann. Ich muß Ihnen aber sagen, daß auch auf dem Bundesstraßen-Sektor meine Sorgen deshalb nicht geringer sind, weil dort die Verhältnisse schon günstiger erscheinen oder weil dort vielleicht auch mehr Mittel zur Verfügung stehen. Die Kosten sind auch ganz andere und die Notwendigkeiten des Ausbaues sind so groß, weil wir ja verhältnismäßig weit zurück sind. Wir haben nach dem heutigen Stand von den 1300 km Bundesstraßen genau 20% tatsächlich ausgebaute, also mit der Normalbreite und mit dem entsprechenden Untergrund versehene

Bundesstraßen. Alles übrige, meine sehr verehrten Zuhörer, sind Straßen, die gut oder weniger gut befahrbar sind, aber nicht einem sogenannten Ausbauzustand auf lange Sicht entsprechen, daß wir daher hier wesentliches aufzuwenden haben, können Sie versichert sein. Wir sind aber auch, glaube ich, hier bemüht, wirklich nach dem Rechten zu sehen und wenn Sie so das Land abfahren, so werden vor allem jene Abgeordneten, die weitere Wegstrecken in die Landeshauptstadt zu fahren haben, feststellen müssen, daß die Fahrzeiten sich doch wesentlich verkürzt haben dank der doch immerhin durchgeführten Arbeiten und wir sind nach wie vor daran, möglichst fortzufahren und in möglichst forciertem Tempo auch hier zu beseitigen, was noch zu beseitigen ist. Alles, meine sehr Verehrten, läßt sich auch hier nicht über den Daumen peilen und alles läßt sich auch leider nicht in ein, zwei Jahren beseitigen, was uns noch drückt. Die Kosten sind derart enorm für den heutigen modernen Straßenausbau, daß ich Ihnen sagen muß, daß ich selbst immer wieder entsetzt bin, wenn wir eine neue Planung aufstellen und wir sind derzeit daran, für die nächsten fünf Jahre von 1963 weg ein Bundesstraßen-Programm aufzustellen, weil man das ja nur auf lange Sicht tun kann. Denn daß man ein Straßenprojekt, wie z. B. es jetzt in der Ausschreibung befindlich ist und im 1. Teil schon ausgeschrieben war und im 2. Teil in wenigen Wochen nachfolgen wird, von Thalberg bis Pinggauberg, das eine Strecke von 8 bis 9 km umfaßt und dabei die Auffahrt auf den Pinggauberg beinhaltet, daß das also natürlich nicht mit 10 oder 20 Millionen Schilling abgetan ist, sondern vielleicht 80 oder 90 Millionen Schilling kosten wird, daß die Umfahrung Leoben, die heute hier schon aufgezeigt wurde, und nunmehr im ersten Teil tatsächlich endlich in Arbeit ist, endlich sage auch ich als Referent, denn es hat lange gedauert, bis wir mit der Stadtgemeinde Leoben so weit gekommen sind, daß wir das Projekt gefunden haben, das technisch durchführbar, finanziell vertretbar und der Stadtgemeinde Leoben auch wirklich die Hilfe — verkehrstechnisch gesehen — bringt, die notwendig ist. Aber dieses Projekt kostet in der Endausfertigung bestimmt 100 Millionen Schilling. Wir haben aber im Bau die Umfahrung Aussee im Ausmaße von auch wiederum rund 8 km, wir haben in Arbeit die Umfahrung Schladming, 7 km, mit einer großen Enns-Eisenbahnbrücke, wir haben in Arbeit die Umfahrung Grafendorf. Dies ist bereits begonnen. (Abg. Wurm: „Peggau!“) Wir haben in Ausschreibung, aber noch nicht vergeben die Umfahrung Gratkorn, wir haben noch nicht vergeben die Strecke von Kammern nach Wald, die jetzt in Kürze noch zur Ausschreibung kommt. Kammern—Wald wiederum eine Strecke von 12 km, womit dann allerdings von St. Michael bis Wald fast die Strecke geschlossen ist mit Ausnahme jener 6 km ungefähr, die vor Mautern liegen und die vorläufig so saniert sind, daß sie als Endstrecke zum Ausbau kommen können.

Wenn Sie also diese Dinge alle beachten, die Sie auch auf dem Wechsel sehen, was also hier in den nächsten drei Jahren geschieht, dann werden Sie verstehen, daß diese Mittel, die aufgewendet

werden müssen, so groß sind, daß dann wirklich einige Dinge, sie mögen auch noch so sehr notwendig und wichtig erscheinen, doch noch etwas zurückgestellt werden müssen. Ich nenne hier konkret Unzmarkt-Mühlen und bin mir der Schwierigkeiten sehr bewußt. Ich darf also zur Beruhigung den Herren Abgeordneten, die das angezeigt haben, sagen, daß ich die Strecke deshalb so kenne, weil ich hie und da auf dieser Strecke nach Kärnten fahre. Aber dort ist es nicht gedient mit der sogenannten Sanierung und Staubfreimachung. Ich kann eine Bundesstraße, die drei Meter breit ist, vielfach nicht einmal das, nicht sanieren oder staubfrei machen. Ich muß also hier an den Ausbau denken. Es hat aber auch ein provisorischer Ausbau dort wenig Sinn, weil das nicht befriedigen würde, zumal ja jeder, der die Strecke kennt, von Mühlen die unmittelbare Auffahrt nach St. Georgen ja schwierig ist und auch die Auffahrt von Neumarkt hinaus eine unmittelbare Ausbaustrecke ist. Wir müssen also gewisse Dinge einfach mit Geduld abwarten und trachten — das Bemühen ist auch immer auf einer anderen Ebene noch da — möglichst flott und noch und noch mehr Mittel dem Straßenbau zuführen zu können, um die Sanierung jener Teile vornehmen zu können, die unbedingt darnach rufen. Aber ich darf auch hier sagen, es ist auch auf dem Sektor der Bundesstraßen Wesentliches geschreien und der Betrag, der gerade im heurigen Jahr zur Verbauung gekommen ist von 189 Millionen Schilling auf dem Sektor der Bundesstraßen im Lande Steiermark, wenn man sich das vergegenwärtigt, so dürfen wir uns auch beiläufig vorstellen, was damit wirklich geleistet werden konnte.

In all dieses hinein kommt aber, meine verehrten Zuhörer, die Frage der Brücken, die ich jetzt kurz herausstellen will, weil sie förmlich irgendwie untergeht als notwendiges Übel. Der moderne Straßenausbau bringt es nämlich mit sich, daß nicht nur bestehende Brücken saniert, neu gebaut oder verlegt werden müssen, sondern daß im Zuge der neuen Straßen durchwegs eine unwahrscheinliche Zahl von neuen Brücken zu bauen ist. Ich darf also ausführen, daß im Zuge des Bundesstraßenbaues allein im Zuge der Straßenbaulose 51 Brücken im Bau sind. Das im Zuge des Ausbaues des Straßennetzes, also nicht eingerechnet die eigentlichen Bundesbrücken, die abgelegen von den derzeitigen Ausbaustrecken liegen, die allein wieder 23 Brückenbaulose ausmachen. Wenn ich hier ein paar nenne, so darf ich besonders vielleicht auf die nunmehr zweite, oder besser gesagt, dritte Gesäuse-Brücke, die wir im Bau haben, hinweisen, die als erste Brücke im Frei-Vorbau mit Spannbeton ausgeführt wird. Ich lade die Herren Abgeordneten ein, wenn Sie gelegentlich durchs Gesäuse fahren, sich ein bißchen umzusehen, wie dies mit dem Frei-Vorbau vor sich geht. Wir haben in Arbeit und heuer begonnen die Murbrücke in Thalheim, eine wichtige Brücke, weil sie einem Hochwasser, wie es das letzte Murhochwasser war, nicht mehr standhalten würde. Die Bahnkreuzung im Zuge der Umfahrung Leoben als wichtigstes, die Unterführung beim „Neunerwächter“, die derzeit im Bau befindlich ist, da wird ja in Kürze der erste

Eisenbahnschienenstrang bereits über die neue Brücke führen. So weit sind wir dort schon. Die Ennsbrücke in Schladming habe ich schon kurz genannt; wir haben im Zuge des Straßenbaues in Mariazell an der Grenze Niederösterreich—Steiermark zwei wesentliche Brückenbauten in Arbeit. Wir haben auf diesem Gebiet unendlich viel Arbeit und wir müssen feststellen, daß wir gerade hier es oft sehr schwierig haben, weil auch die Baufirmen, die das machen, uns oft im Stiche lassen und die Arbeiten mehr verzögern, als uns lieb ist, das heißt es fehlen ihnen einfach die Arbeitskräfte und das bringt Schwierigkeiten. Aber es fehlen auch uns, meine sehr Verehrten, und das muß ich auch sagen, die notwendigen Fachkräfte, um alles das vorzubereiten, zu projektieren, was unbedingt im Zuge der Arbeiten notwendig und möglich wäre.

Ich glaube, ich kann es mir ersparen Ihnen in dem Zusammenhang, nun eine Liste der Baustrecken auf den Landesstraßen, die wir im heurigen Jahre gemacht haben, aufzuzählen. Alle, die irgendwo waren, wissen ja ein Lied zu singen, zumindest in jenen Monaten, wo es heißt „Langsam fahren, Baustelle!“, und wenn sie dann klagen, daß sie eine halbe Stunde oder eine Dreiviertelstunde oder eine Viertelstunde warten müssen auf der Baustelle, so bin ich nur damit befriedigt, daß wenigstens gebaut wird, weil für mich der Beweis erbracht ist, daß ein Jahr später dieser Unmut bereits behoben ist und es sich schon wieder etwas flotter dahinrollen läßt, als es bisher möglich war. Ich darf damit, glaube ich, den Straßenbau, nein, nicht ganz noch, abschließen. (Abg. Fellingner: „Gösser Bahnunterführung.“) Zur Gösser Bahnunterführung kann ich nicht mehr sagen, als Sie selbst dem Hohen Hause mitgeteilt haben, denn die Stadtgemeinde ist an den Herrn Landeshauptmann herangetreten, der Herr Landeshauptmann hat bereits einen Brief geschrieben an das Ministerium, an den Herrn Minister, wir haben bisher also keinerlei Zusagen, wir sind nicht desinteressiert, daß wir bei der Bahnübersetzung in Göß zu einer Lösung kommen, wir werden von uns aus immer tun, was notwendig und möglich ist, damit wir dort auch zur Lösung kommen, weil es ja klar ist, daß die Gesamtumfahrung Leoben tatsächlich nicht vor 5 Jahren fertig sein kann. Denn wir haben ja den zweiten Teil von Göß nach St. Michael erst auszuschreiben, und in diesem Teil befindet sich wiederum eine große Murbrücke, die also eine längere Bauzeit verursacht, und bevor die Brücke nicht gebaut ist, kann also auch die Straße nicht in Betrieb genommen werden.

Ich möchte noch einmal zurück zu den Landesstraßen, zu den großen Bitten und Klagen, doch irgendwo die Frage der Übernahmen der Straßen zu klären. Ich darf hier sagen, daß wir auch vor Jahren dem Bundesministerium ein Programm vorgelegt haben zur Übernahme von mehreren 100 km Straßen. Das liegt nicht nur in Wien auf, sondern wird von uns dauernd urgiert, und immer wiederum mit dem Hinweis zunächst abgetan, daß erst im Zuge des neuen Finanzausgleiches auch darüber gesprochen werden kann, welche Straßen der Bund von den einzelnen Bundesländern übernehmen wird. Diese Verhandlungen haben wir also zunächst einmal sicher abzuwarten. Auf dem Sektor würden

wir also wahrscheinlich noch alle Bittenden und Wünschenden hier noch weit zurückstellen müssen. Ich glaube aber, daß wir dem Drängen so vieler Stellen, meine Verehrten, Sie haben es verhältnismäßig noch einfach. Zu Ihnen kommen die Bürgermeister und die Betreffenden von einem verhältnismäßig kleinen Gebiet. Ich habe aber die Deputationen aller unter Führung der Herren Abgeordneten vom ganzen Lande abwechselnd immer wiederum auf meinen Sprechtagen selbstverständlich bei mir, und sie werden noch geschickt und sie kommen. Die Berge der Akten häufen sich bei mir, der Übernahmsakten. Sie werden alle, ob sie nun von den Gemeinden eingebracht, ob sie hier im Landtag eingebracht, gründlichst erarbeitet, gründlichst überprüft, damit die Unterlagen wenigstens einmal vorhanden sind. Ich darf Ihnen sagen, es sind über 800, es sind schon bald 900 Kilometer, die auf die Übernahme warten, so daß ich glaube, daß wir hier nicht mehr zuwarten können bis zu dem Zeitpunkt, daß einmal der Bund Landesstraßen übernehmen wird, sondern daß wir vorzeitig hier auch nach einer Abhilfe schauen müssen. Wir werden trachten, einen Weg zu finden, der es doch möglich machen könnte, auch hier, vielleicht in Etappen oder wie immer, jedenfalls eine Lösung zu bringen, daß nicht die Wünsche, die hier vorgebracht werden, immer nur angehäuft werden müssen, sondern daß wir auf der anderen Seite auch zu einem Abbau dieser Wünsche kommen können.

Ganz kurz ein paar Worte zur Autobahn, weil sie angeschnitten wurde. Ich darf Ihnen hier nur sagen, es liegt klipp und klar die Projektierung für die Strecke Graz—Gleisdorf vor, die für uns eine brennende Frage ist und eine brennende Frage bleibt, weil wir den Güterverkehr auf der Riesstraße für dauernd in dieser Form nicht abwickeln können. Der Neubau der Riesstraße von Graz nach Gleisdorf würde aber ebenso einen beachtlichen Teil jener Kosten verschlingen, die also auch die Autobahn auf dieser Strecke verschlingen wird. Dem Bundesministerium liegen alle diese Pläne vor, und wir haben ja auch, wie Sie aus allen Zeitungsnotizen auch nachlesen konnten in diesem Jahre, gemeinsam mit dem Straßenreferenten des Landes Kärnten beim Finanzministerium und Handelsminister vorgeschrieben, uns in die Planung entsprechend einzubauen in Etappen, weil wir ja nicht Autobahnen von heute auf morgen bauen können, sondern weil wir dazu gewisse Vorarbeiten notwendig haben. Ich darf aber auch hier sagen, daß diese Vorarbeiten Gott sei Dank schon Verständnis gefunden haben. Wir werden also eine der wesentlichsten Vorarbeiten, die Frage der Brunnenverlegung in Graz-Süd, bereits im nächsten Jahr in Angriff nehmen können, weil uns die Mittel hierfür schon zugesagt sind, so daß wir also die Anlaufarbeiten für die endgültige Vergabe der Autobahn rechtzeitig in die Wege leiten können und daß wir hoffen können, doch auch in absehbarer Zeit mit dem Autobahnbau auf dieser Strecke beginnen zu können. Soweit zu den Straßen. Sollte ich die eine oder andere Straße nicht genannt haben — es wird mir eben etwas gedeutet, was im Finanzausschuß zur Sprache gekommen ist, die Frage der Durchfahrt

von Peggau bzw. der Durchfahrt des Industriegebietes nach Peggau.

Ich darf hinzufügen, es wurde bereits der Antrag gestellt, die Regierung möge überprüfen, wieweit Maßnahmen getroffen werden oder angeordnet werden könnten, damit die Misere speziell bei Schlechtwetter durch den Querverkehr der Industrie hier beseitigt werden könnte. Ich war außerordentlich überrascht, 1 oder 2 oder 3 Tage danach in einer Zeitung ein großes Projekt von Peggau dargestellt zu bekommen, Kraftwerksbau, Bahnverlegung, Straßenverlegung, ich sah schon die neue Bundesstraße im Murbett laufen, und meine Rückfrage beim zuständigen Referenten hat ergeben, daß wir noch gar nichts wissen von dem Kraftwerksbau, daß wir daher gar keinen Zusammenhang mit diesem Kraftwerksbau haben und daß wir daher über diese spezielle Frage, die schon in der Öffentlichkeit als fast durchführungsreif dargestellt wurde, doch noch längere Zeit uns erst beraten werden müssen, bevor wir zu dieser Lösung kommen können. Es wird bis dahin die Frage geprüft werden, die im Finanzausschuß beantragt wurde, welche Maßnahmen, Sofortmaßnahmen zur Beseitigung von Übelständen wir nunmehr haben. Ich darf nur zur Korrigierung noch hinzufügen, die 30-km-Beschränkung ist nicht vor dem Ort, sondern nachher, und gilt für die Bahn und auch für die Lastfahrzeuge. Das aber nur zur Klarstellung.

Und nun glaube ich, Ihnen über die Straße soviel gesagt zu haben, daß Sie sich ein bißchen ein Allgemeinbild über die Verhältnisse in der Steiermark machen können. Ich stehe selbstverständlich jedem einzelnen noch für Aufklärungen gerne zur Verfügung, aber ich möchte, da es ja im Bausektor noch einiges zu erwähnen gibt, doch fortfahren.

Ich darf nun als Nächstes zum Wasser gehen. Ein freundlicher Herr Abgeordneter hat gemeint, zu meiner Beruhigung könne jetzt einmal vom Wasser gesprochen werden. Er selber sitzt ausgerechnet dort, wo die Verschmutzung der Mur beginnt. Aber ich möchte gleich dazusagen, da kann er nichts dafür und die Mur nichts dafür vermutlich. Aber so ist es also. Und es war daher ganz gut und dankbar, daß ausgerechnet der Herr Abg. Schlager aus Pöls dargetan hat, welcher Gefahr unser Wasser ausgesetzt ist. Ich will hier also die Dinge nicht noch einmal aufzählen. Er hat soviel Gründliches dargetan, und ich freue mich vor allem auch, daß die Äußerungen unserer Fachreferenten in der Gemeindezeitung doch solche Beachtung finden, daß sich die verschiedenen zuständigen Stellen, also auch die Abgeordneten des Hohen Hauses, mit diesen Fragen eingehend befassen. Es ist leider wirklich manches erschreckend, was auf dem Gebiete des Wassers festzustellen und zu sagen ist. Wir haben auch unseren Gewässerdienst sehr ausgebaut und sehr gründlich manches schon untersucht, chemisch und biologisch. Und wenn ich Ihnen jetzt diese Flüsse alle aufzählen würde, die untersucht wurden und dann als schlecht zu bezeichnen sind, dann werden Sie wahrscheinlich auch erstaunt sein. Ich greife nur ein paar heraus: Rantenbach, Pöls, Kainach, Gradenbach, Stainzbach, Retzneibach, Semriacher, Thörlbach, Raab, Retzbach, Gorgauer

Marktbach, Hirnsdorferbach, Safenbach, ich sehe schon, die Protokollführer kommen wieder nicht mit, noch Pöllerauerbach, Mühlbach, Sulzbach, Gröbmingbach neben vielen anderen. Das sind schon festgestellt etwas verseuchte Flußläufe. Das ist bedauerlich, weil ja Flußläufe auch die Grundlagen für unsere Grundwasserversorgung sind. Und ohne Zweifel sind alle Maßnahmen, die auf dem Gebiete des Wassers ergriffen werden können, um dafür zu sorgen, daß wenigstens in Zukunft die Verschmutzung nicht zunimmt, sondern möglichst abnimmt und beseitigt werden kann oder verhindert werden kann, dort, wo es um Neubaumaßnahmen geht, das ist ohne Zweifel alles wichtig und richtig. In dem Zusammenhang muß ich allerdings auch sagen, tut es mir ja außerordentlich leid, daß die Mittel, die für all diese Maßnahmen notwendig sind, noch nicht in dem Ausmaße fließen, als es gut wäre, als es notwendig wäre, ja als wir das als dringendst bei unserer Aufstellung des Budgets erstellt haben.

Meine sehr Verehrten, schauen Sie sich das Budget an, ich darf Ihnen sagen, unsere Forderungen für Beiträge zu Wasserleitungsbauten auf 8,4 Millionen Schilling, mußten wieder mit 4,4 Millionen Schilling als gesättigt sich bezeichnen. Die Forderung für Kanalbauten auf 7,9 Millionen Schilling wurde mit 3,3 Millionen Schilling abgetan. Es tut mir leid, daß es nicht möglich war, hier höhere Dotationen zu erreichen. Der Hinweis des Herrn Finanzreferenten darauf, daß auch der Wasserwirtschaftsfonds zu wenig Mittel hätte, um also stärker zu dotieren, ist richtig. Aber auch dort darf ich als Vorsitzender dieser löblichen Kommission, die nur wenig Mittel zu verteilen hat — es ist ja viel schwieriger, wenig Mittel zu verteilen — sagen, unser Bemühen, eine Erhöhung der Dotation dieses Fonds zu erreichen, war bisher ergebnislos. Auch ein Bemühen, den Sozialwohnbaufonds mit einzubeziehen in die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds, war auch ergebnislos. Wir sind also noch ein bißchen schwach dran, wir haben zwar ein Wasserwirtschaftsgesetz und einen Wasserwirtschaftsfonds, wenige Mittel, aber große, große Anforderungen an diesen Fonds. So sehr ich davon überzeugt bin, daß die so sehr verbilligten Kredite zu 1% für die Gemeinden, ich möchte nicht gerade sagen, ein echtes Geschenk, aber doch eine so entscheidende Hilfe sind, daß sie sich wirklich derer bedienen können, so ist es bedauerlich, daß vom Fonds her nicht die Höchstgrenze der Anforderungen erfüllt werden kann, sondern daß vielfach mit 30 bis 40% abgespeist werden muß statt mit 50% und 60%, ja manchmal wäre es gut, 80% den Gemeinden leihen zu können, damit die Gemeinden sich wirklich helfen könnten. Denn die Anforderungen, die auf diesem Sektor den Gemeinden zufließen bzw. zustehen, sind enorm. Wir müssen sagen, es scheint uns unwahrscheinlich und unmöglich, daß die Gemeinden allein diese Leistungen aufbringen können, weil es sich ja leider auch hier um Tiefbauarbeiten handelt, von denen man nichts sieht, die daher unpopulär sind, die aber doch sehr große Kosten verursachen, wie Sie ja alle wissen, die Herren Bürgermeister, die irgendwo mit Kanalbauten zu tun haben. Aber ich darf sagen, daß eine Umfrage bei den steirischen Bürgermeistern, welche Gemeinden in den nächsten

5 Jahren die Absicht hätten, Wasserleitungen oder Kanalisationen zu bauen, und welche Beträge sie dabei anzufordern bzw. selbst aufzubringen gedenken, ich sage ausdrücklich „gedenken“, weil ich persönlich nicht daran glaube, daß die Gemeinden in der Lage sein werden, die Beträge, an die sie selber glauben, aufzubringen. Hören Sie nur, es sind also in allen Bezirken zusammen für die Wasserversorgungsanlagen rund 0,6 Milliarden Schilling, für die Abwasseranlagen rund 0,9 Milliarden Schilling, also 1½ Milliarden Schilling notwendig. Wenn Sie sich vorstellen, daß das in fünf Jahren in steirischen Gemeinden gebaut werden soll, und annehmen, daß die Gemeinden dabei im Schnitt mindestens 50% aufzubringen haben, so würde das bedeuten, daß die steirischen Gemeinden, die sich mit dieser Frage befassen effektiv, 750 Millionen Schilling in den nächsten fünf Jahren für diesen Zweck aufbringen müßten. Sollte dies gelingen, aber ich zweifle daran, weil ich nicht glaube, daß die Gemeinden so finanzkräftig sein werden, und sie werden es auch deshalb nicht können, weil ihnen ja die Unterstützung seitens des Landes und des Bundes in gleichem Ausmaß auch nicht gegeben werden kann, wenn die Gemeinden 750 Millionen und Bund und Land, nehmen Sie an, daß von mir aus das Land vielleicht nur ein Drittel zu bezahlen hätte, so würde das heißen, in 5 Jahren 250 Millionen Schilling aufzubringen für Wasserleitungs- und Kanalisationsbauten. Hohes Haus, ich glaube, Sie werden selbst sofort zugeben, daß kaum daran zu denken ist, daß aus dem Landesbudget, wenn wir heute beides, Wasserleitung und Kanalisationen, 8 Millionen drinnen haben, daß es dann möglich sein wird, in den nächsten 5 Jahren dafür 250 Millionen Schilling flüssigzustellen. So sind die Notwendigkeiten auf der einen Seite und die Möglichkeiten auf der anderen.

Ich wollte Ihnen das heute deshalb sagen, weil wir ja sonst irgendwo aneinander vorbeireden. Und ich glaube, es ist die Aufgabe des Hohen Hauses, bei der Budgetberatung auch die Dinge ins Auge zu fassen, die möglich sind, damit man dann bei Erstellung des neuen und der nächsten Budgets weiß, wohin also das Schwergewicht zu verlagern ist oder wo eben gebremst werden könnte. Bedauerlicher ist es, daß es nicht möglich war, für die Fachabteilung III a, also für die wasserwirtschaftliche Rahmenplanung, die vorgesehenen Mittel zur Bedeckung zu bekommen, weil eben diese Mittel nicht da sind. Man hat mir gesagt, man müßte zuerst etwas setzen und nachher könnte man sozusagen finanzieren. Aber ich muß Ihnen sagen, bevor ich also eine Tat setze, möchte ich zuerst wirklich überlegen und wirklich prüfen und wirklich planen, damit man nicht irgendwo irgend etwas Halbes macht, sondern gleich ganze Taten setzen kann. Sie führen zwar dann dazu, daß da und dort Großprojekte zur Ausführung kommen oder kommen müssen, die sich gar nicht anders wirtschaftlich erstellen lassen, wie zum Beispiel im Raum Ehrenhausen—Vogau—Straß oder im Raume Eibiswald—Wiens, was wiederum eine Leistung darstellt, die diesen Gemeinden allein nicht zugemutet werden kann, weil einfach die Mittel nicht da sind,

trotzdem die Notwendigkeit so groß ist, gerade in einem Gebiet, in dem wir auch interessiert sind an der Hebung des Fremdenverkehrs und um das ganze Wirtschaftsgetriebe in Fluß zu bringen, um dort den primären Versorgungsstoff „Wasser“ sicherzustellen. Aber solche Probleme gibt es halt eine ganze Reihe und sie tauchen in Menge auf. Es war auch gedacht, einen ersten Anlauf zu nehmen zur Beseitigung der Müll-Mißstände im Lande. Mancher wird jetzt sagen, „mein Gott, lassen wir doch den Müll ablagern irgendwo, wo gerade eine Grube dafür da ist“, aber meine Verehrten, die Müllabfuhr mancher Gemeinden ist ja die Ursache, daß so viele Bäche heute leider als verschmutzt zu bezeichnen sind, denn was mit dem Müll alles in den Bach geht, das ist Ihnen ja bekannt. Ich will erst gar nicht auf den Artikel hinweisen, der über Graz einmal gesagt hat, ob der tote Hund also wirklich in den Bach unbedingt drinnen liegen muß, womit das nur so ein kleines Beispiel ist von dem, was irgendwo in so einen Fluß hineingeworfen werden kann. Aber auch dafür konnten die Mittel nicht sichergestellt werden und ich mußte es zurückstellen, entweder habe ich die Möglichkeit, irgendwo im Jahre noch unterzukommen oder ich muß auf diese Tatsache irgendwie beim nächsten Budget wieder verweisen, hoffentlich aber nicht mit Tatsachen hinweisen, wie negativ sich schon da und dort die Nicht-Abhilfe ausgewirkt hat. Ich hoffe, daß es uns gelingt, über Krisen dieser Art immer hinwegzukommen.

Meine sehr verehrten Zuhörer hier im Hohen Hause, ich darf aber nunmehr auch noch einiges zu unserem Hochbau sagen — ich kann mich ja hier kürzer fassen, weil ich nur eine zusammenfassende Übersicht geben möchte —, da ja der Hochbau im wesentlichen durch die einzelnen Referenten, wie Sanitätsreferat für die Krankenhäuser, Fürsorgeferat für die Fürsorgehäuser, Landesrat Pirisch für die Landwirtschaftsschulen oder Amtsgebäude durch den Herrn Finanzreferenten im wesentlichen vertreten werden. Aber als Leistung des Bauamtes und dessen, was hier geschehen ist, darf ich doch kurz sagen, daß wir nicht darüber hinweggehen können, denn es sind im Landes-Hochbau im Jahre 1962 immerhin 60 Millionen Schilling der Bauwirtschaft zugeflossen, davon für Amtsgebäude 31 Millionen Schilling, für Schülerheime 37 Millionen Schilling, für Museen 35 Millionen Schilling, für Fürsorge 59 Millionen Schilling, für 5 Krankenhausbauten und Heilstätten 363 Millionen Schilling, für Landwirtschaftsschulen 56 Millionen Schilling, für Landwirtschaftsbetriebe 29 Millionen Schilling. Das sind also Beträge, die groß sind und ich habe ja schon hingewiesen darauf, um was es sich dreht, ich glaube auch hier, um Sie nicht zu lange in Anspruch zu nehmen, mich kürzer fassen zu können. Aber ich muß Ihnen diesen Umfang dieser Bauarbeiten sagen, weil sonst übersehen werden könnte, daß diese Arbeiten bewältigt werden müssen mit einem Stab von Beamten, der heute nicht mehr ausreichend ist und der jedes Jahr eine neue Belastung erfährt, neue zusätzliche Mittel fließen jeweils wiederum in das Land und müssen hier verarbeitet werden, und wir sind es bald nicht mehr im Stande. Am Bundeshochbausektor sind

nicht weniger als 804 Millionen Schilling verbaut worden im heurigen Jahr. Neubauten, Bauten aus ERP-Mitteln, das ist auch unbedeutend, 12 Millionen Schilling, aber Neubauten von 3 Mittelschulen zum Beispiel oder für den gesamten Hoch-, Mittel- und Fachschulbau 20 Millionen Schilling, für die technische Hochschule (Reaktor), für drei Bundesstraßenbauhöfe, also alles zusammen, wie gesagt, 80 Millionen Schilling, ein Betrag, der ja nicht nur ausgegeben werden soll, sondern der vorerst die Vorarbeiten für die Planung, die Vorarbeiten für die Ausschreibung, die Projektierungsarbeiten beinhaltet, nachher die Frage der Bauaufsicht und auch der Bauabrechnung noch beinhaltet. Wenn Sie also das alles zusammenfassen und jetzt hören, daß wir im heurigen Jahre — ich habe die Ziffer schon genannt — 668 Millionen Schilling im Lande Steiermark durch das Landesbauamt zu verausgaben hatten, d. s. um 35 Millionen Schilling mehr als im vorigen Jahr, bei einem Stand von 158 Technikern, der also um drei niedriger ist als im vorigen Jahr, im ganzen sind allein auf dem Akademikerstand 10 Dienstposten unbesetzt, so müssen Sie verstehen, daß bei allem Bemühen, bei aller Überanstrengung aller Kräfte, die da sind, bei allem Vorsorgen, ja nirgends etwas zu versäumen, nichts zu vergessen, nichts zurückzulassen, überall rechtzeitig da zu sein und mit den Arbeiten nachzukommen, außerdem darf ich ja sagen, daß wir ja da und dort bei den Überprüfungen unserer Ämter durch das Kontrollamt ja immer wiederum die berechnigte, das darf ich sagen, berechnigte Klage hören, daß wir mit den Abrechnungen, den Schlußabrechnungen im Rückstand sind, warum? weil wir nicht einmal in dieser Mittelklasse der B- und C-Beamten die notwendige Anzahl von Menschen haben, die hier noch diese Arbeiten erbringen könnten, so daß wir also einfach bald am Ende des Möglichen sind. Und es geziemt sich, nicht nur, wie es hier allgemein angezogen wurde, dem Referenten, sondern allen, die auf diesem Sektor tätig sind, vom Straßenwärter angefangen — denn auch ihm galt heute schon berechnigt das Lob in diesem Hause — bis über die Beamten in den Verwaltungen, vor allem über die technischen Beamten bis zu den Abteilungsleitern und Hofräten hinauf, bis zum Herrn Baudirektor, den Dank, nicht nur mein Dank, ich glaube auch den Dank des Hauses auszusprechen, denn gesteigerte Leistung, gesteigerte Arbeitspensum von einem Jahr zum andern sind auf die Dauer mit absinkendem Personal nicht zu leisten. Und wir haben daher mit vollem Recht zu sagen, es muß auch Sorge getragen werden, und ich appelliere hier gleichzeitig auch an den Herrn Landeshauptmann als Chef der Personalabteilung, Vorsorge zu treffen, daß wir einen Weg finden, daß wir zu Technikern kommen. Auf die Dauer ist es ausgeschlossen, daß wir bei den derzeitigen Verhältnissen Techniker für unser Amt interessieren können, weil es in der Wirtschaft draußen genügend Möglichkeiten gibt, unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen unterzukommen, von der Hochschule weg. Da müssen wir also auch Vorsorge treffen, denn es könnte sonst eines Tages passieren, ich darf darauf verweisen, daß wir in den nächsten 10 Jahren einen Abgang von fast 50 Akade-

mikern im Bauamt haben, daß wir in den nächsten 10 Jahren auch nicht mehr in der Lage sind, einen Bruchteil jener Mittel in die Tat umzusetzen, die heute noch vom Hohen Hause für Bauarbeiten im Lande zur Verfügung gestellt werden. Diesen Appell an das Hohe Haus möchte ich auch hier nachdrücklich angebracht haben und nochmals meinen Dank an alle zum Ausdruck bringen, sicherlich mit Unterstützung des Hohen Hauses, allen jenen, die brav und fleißig überall dort, wo sie gerufen wurden, wo es notwendig ist, daß sie ihre Pflicht erfüllen, dort, wo es der Verkehr fordert, dort, wo es Situationen, die plötzlich eintreten, erfordern, da waren und immer zur Stelle waren, um ihre Pflicht zu erfüllen. Damit, glaube ich, Hohes Haus, Ihnen über das Baukapitel einen wesentlichen Bericht gegeben zu haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Pirrsch.

Landesrat Pirrsch: Hohes Haus! Als Abgeordneter hätte ich an den Herrn Landeshauptmannstellv. Udier noch eine Liste von Wünschen für den Straßenbau, für die Straßenübernahmen, für den Flußbau, die ich ihm so als Nachlese unter vier Augen noch geben werde. (Gelächter.) Es sind solche Fälle, die deshalb, weil sie Grenzfälle sind, leider von meinen Vorrednern bei diesem schwierigen Kapitel keine Erwähnung gefunden haben. Also sie sind auch in dieser Hinsicht Fälle, an die sonst niemand gedacht hat. Wir werden sie einschließen in Deine etwas kurz geratene Liste.

Hohes Haus! Es ist erfreulich, daß all die Vorredner, die sich mit der Wohnbauförderung oder mit dem Wohnbauproblem befaßt haben, sehr viele gute, kritische, wahre und auch liebe Worte gefunden haben. Wenn es auf die Worte und auf die Wünsche ankommen würde, dann hätten wir sicherlich — das ist gut gemeint — das Wohnbauproblem in unserem Lande längst schon gelöst. Leider ist das Bauen von Wohnungen eine Sache, die neben geistigen auch sehr viele materielle Voraussetzungen verlangt. Ich bin dem Herrn Abg. Dr. Hueber sehr dankbar, daß er erstens einmal zur Kenntnis genommen hat und uns gesagt hat, daß er mit dem Sonderwohnbauprogramm zufrieden ist. Er war ja der, der seinerzeit einmal hier im Hohen Haus sehr voll Zweifel (Abg. DDr. Hueber: „Damals war an 20 Millionen gedacht!“) geredet hat, und ich habe ihm damals gesagt, es wird gemacht, und es ist gemacht worden. Ich bin dem Herrn Abgeordneten auch dankbar, daß er die schwierige Frage der Baulandbeschaffung und alles, was sich gesetzlich hier in Gegenwart und Vergangenheit darum herumrankt, in so ausführlicher Weise uns zur Kenntnis gebracht hat. Tatsache ist, daß die vorhandenen und eingereichten Vorhaben auf der Landesebene mindestens 5 bis 6 Jahre nach dem heutigen Status brauchen werden, bis sie praktisch realisiert werden. Und es ist sicherlich anzunehmen, daß auch jetzt kein Stillstand in den Ansuchen eintritt, so daß also die Begründung, es fehle uns an Bauland, nicht richtig ist. Hoher Landtag! Der Herr Abg. Hans Brändl hat sich mit dem Resolutionsantrag, mit dem gemeinsamen Resolutionsantrag befaßt. Ich stimme dem begeistert zu, weil er doch wieder

einige Schillinge den Wohnungswerbern erspart. Er wird leider nicht die Auswirkung haben, die man sich vorstellen könnte, denn die Sparkassen oder die Geldinstitute werden höchstens in der Lage sein, wenn es weit geht, den Zinsfuß im Hinblick auf den Gemeindebau oder auf den Wohnungsbau um ein halbes oder ganzes Prozent überhaupt zu senken. Sie werden aber nur dann in der Lage sein, wenn sie einen entsprechenden Einlagenstand haben, wenn also das Vertrauen zur Währung und zur österreichischen Wirtschaft weitgehend erhalten und gestärkt wird.

Herr Abg. Dr. Rainer hat die alte Forderung dieses Landtages wiederholt — ich kann sie nur unterstreichen —, daß die Wohnbauförderungsmittel in das Land gehören. Viele Schwierigkeiten, die Herr Abg. Dr. Hueber aufgezeigt hat, wären nicht entstanden, wenn das Land die Verwaltung der Bundes-Fonds über hätte. Der Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds steht auf Grund des seinerzeitigen Statuts auf dem Standpunkt, daß die Eigentumsübertragung erst dann möglich ist, wenn mindestens 20 oder 25% des Bundesdarlehens zurückgezahlt sind. Wenn Sie also eine 70jährige Laufzeit rechnen, so haben Sie hier mit einer Dauer von 14, 17 bis 18 Jahren zu rechnen. Und dann müssen zwangsläufig diese Schwierigkeiten entstehen, wie sie in Judenburg aufgetreten sind. Jene vier Siedler, die ein Landesdarlehen erhalten haben, über die hat der Herr Uhl und seine Genossenschaft keine Macht, wohl aber über die, die eben Mittel aus dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds erhalten haben. Herr Abg. Dr. Rainer hat auch den Wunsch geäußert, daß beim Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt eine Auskunftsstelle über die Seriosität verschiedener Bauvereinigungen und Bauvorhaben errichtet wird. Hoher Landtag! Soweit das dem Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt möglich ist, geschieht dies bereits, und zwar nicht erst seit gestern, sondern all die Jahre her. Ich muß den Hohen Landtag nur aufmerksam machen, daß eine absolute Kontrolle von Amts wegen praktisch unmöglich ist. Das Amt ist nicht in der Lage, z. B. jene Baugesellschaften oder -vereinigungen zu kontrollieren, die auf Grund des Vereinsstatutes arbeiten, es ist nicht in der Lage, gewisse private Unternehmer zu kontrollieren, weil wir über die Bonität dieser Unternehmer oder dieser Vereine nicht informiert sein können. Ja es ist sogar vorgekommen, daß wir Leute, die gekommen sind, gewarnt haben, sie aufmerksam gemacht haben, daß die und jene Vereinigung die Gemeinnützigkeit nicht besitzen, und deshalb gar nicht in der Lage sei, öffentliche Mittel zu erhalten. Es ist aber so, daß man das scheinbar nicht ganz ernst genommen hat und dann natürlich, wenn es schief geht — wir haben das ja auch schon ein paarmal erlebt —, dann kommen sie wieder und dann sollen wir das oft sehr Verfahren wieder gutmachen. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, hier allen diesen Menschen beratend zur Seite zu stehen. Nur ist es hier so wie auch in vielen anderen Fällen, man muß kommen, solange die Kuh noch im Stall ist. Wenn sie einmal aus dem Stall herausgetrieben ist, wenn einmal die Katastrophe eingetreten ist, dann ist es meistens zu spät.

Hohes Haus! Herr Abg. Bammer hat sich beklagt über mangelnde Zusammenarbeit. (Abg. Bammer: „In einem konkreten Fall.“) Das ist Ihr gutes Recht. Er hat es irgendwie befremdend gefunden, daß Sie, wie Sie meinen, die Antwort auf Judenburg in der Weise — ich weiß nicht, haben Sie Dr. Hueber oder Dr. Rainer gemeint — erhalten. Ja, Herr Abg. Bammer, eigentlich müßten Sie mir ein aufrichtiges „Danke schön“ sagen, klagen dürfen Sie nicht. Ich habe Sie, als ich den Fall erfahren habe, angerufen. Ich gebe gerne zu, daß Sie bis zu dem Zeitpunkt von den Vorfällen und Vorkommnissen nicht informiert waren. Und ich glaube, das war Ende September. Und ich habe Sie mit allem Nachdruck aufmerksam gemacht, wenn der Fall Judenburg nicht erledigt wird, und zwar im Sinne der Siedler erledigt wird, dann gibt es auf diesem Gebiete keine Zusammenarbeit. Das habe ich Ihnen gesagt. Und Sie haben mir versprochen, wenn dem so sei, so werden Sie sich, soweit es in Ihrer Macht steht, einsetzen, damit der Fall Judenburg bereinigt wird. Sie haben mir dann, ich glaube Ende Oktober, einen sehr ausführlichen Brief geschrieben. Ich habe diesen Fall — wenigstens soweit ich es konnte — aus dem Wahlkampf herausgehalten und Sie beschwerten sich, daß Sie noch keine Antwort auf Ihren Brief vom Ende Oktober erhalten haben. Der Grund liegt darin, daß ich Ihnen nicht voreilig eine Antwort geben wollte. Denn Sie haben mir hier sicherlich im guten Glauben geschrieben, die Judenburger Genossenschaft würde also den betreffenden Personen das Wohnrecht nicht streitig machen. Ich muß schon sagen, wenn in einem Fall — und in anderen Fällen ist es nicht anders — diese Genossenschaftsmitglieder vor sieben oder acht Jahren das Haus übernommen haben, wenn sie 250.000 S der Genossenschaft für dieses Haus gegeben haben, Herr Abg. Bammer, dann kann die Genossenschaft den betreffenden Familien das Haus ja gar nicht streitig machen. (Zwischenruf von der ÖVP: „Sehr richtig!“ — Beifall.) Überhaupt in einem Rechtsstaat. (Abg. Bammer: „Wir sind nicht weit auseinander!“) Ich weiß nicht, wie es im laufenden Verfahren um den Herrn Uhl bestellt ist. Ich würde Ihnen raten, daß Sie den Herrn Uhl möglichst bald nicht nur von Judenburg, sondern vielleicht noch etwas weiter absetzen. Er mag rechtlich in gewissen Dingen gewisse Paragraphen hinter sich haben, menschlich und sozial ist er als Diktator völlig im Unrecht! (Zwischenruf bei der ÖVP: „Sehr richtig!“ — Beifall.) Auch die Genossenschafter, die Steuergelder verwalten, ihnen anvertraute Steuergelder, haben damit so umzugehen, daß sie sozial und demokratisch und auch menschlich der notleidenden Bevölkerung zuliefern. (Abg. DDr. Hueber: „Gemeinnützig!“) Ich hätte die Sache nicht berührt, aber nachdem Sie hier gemeint haben, die Schuld sei auf meiner Seite, mußte ich versuchen, die Schuld klarzustellen. (Abg. Bammer: „Herr Landesrat, wollen Sie mir den Rechtstitel sagen, den ich gegenüber der Genossenschaft und ihren Funktionären habe?“) Herr Abgeordneter, dann hätten Sie mir geschrieben: „ich kann in diesem Fall nicht eingreifen“, aber Sie haben in Ihrem Brief Wert darauf gelegt, daß es nie so weit gekommen wäre, wenn nicht der Betriebsrat Sturm — und ich weiß nicht, seit

wann Ihr gegen Betriebsräte seid —, wenn der nicht so große Verwirrung gestiftet hätte. Das ist die Tatsache. (Landeshauptmann Krainer: „Der Mann verdient den Schutz einer Partei nicht!“) Aber jetzt hängen die Dinge ja bei Gericht. Wir werden ja sehen, wie weit und wohin das führt. Darf ich vielleicht noch etwas sagen, und das, Herr Abg. Bammer, ist selbstverständlich. Wir haben viele Genossenschaften, viele gemeinnützige Genossenschaften, denen wir wirklich aufrichtig und ehrlich danken müssen für ihre Arbeit im Dienste der Wohnversorgung der steirischen Bevölkerung. Aber ich möchte nicht versäumen, darauf hinzuweisen — ich habe das anlässlich der Beschlußfassung über das Sonderwohnbauprogramm gesagt —, daß ich den Eindruck habe, daß gewisse Genossenschaften sehr selbstherrlich und sehr selbstgefällig mit den öffentlichen Geldern umgehen. Und ich kann auch nicht verschweigen, daß mir manchesmal, wenn ich diese Großbauten, vor allem in der Schüttbauweise, ansehe, die ernstliche Sorge kommt, wie lange diese Bauten ihren Zweck und ihren Dienst erfüllen. Ich möchte bei der Gelegenheit aber auch sagen, Hoher Landtag, ich bin der Presse dankbar, wenn sie mit uns bemüht ist, auf diesem heiklen Gebiet die Kontrolltätigkeit des Landes zu unterstützen. (Allgemeiner Beifall.) Wir können hier nicht genug nach dem Rechten sehen, und dem Amte allein ist es nicht möglich. Es mag vielleicht der Ausdruck „Bausumpf“ zu allgemein gehalten sein, aber ansonsten möchte ich noch einmal feststellen, wir haben auf dem Wohnbausektor von der amtlichen Seite her nichts zu verschweigen und nichts zu vertuschen, und wir sind jedem dankbar, der uns auf Unzukömmlichkeiten, mögen sie bei Freund oder Gegner vorkommen, ehrlich und aufrichtig aufmerksam macht. Der Presse sei hier Dank gesagt, und ich muß sie bitten, uns auch weiterhin in dieser notwendigen Kontrolltätigkeit zu unterstützen. Ich darf nicht versäumen, auch dem Wohnungs- und Siedlungsamt und seinem Vorstand dem Herrn Hofrat Dr. Banholzer, den herzlichsten Dank zu sagen. Das Wohnungs- und Siedlungsamt genießt in den Kreisen der Landesämter den Ruf, daß es dort an Arbeit in keiner Weise mangelt. Dieses Wohnungs- und Siedlungsamt hat nicht nur Tausende und Zehntausende von Akten zu bearbeiten, es hat nebenbei auch noch die Hunderte und Tausende von Vorsprechenden zu empfangen, zu beraten und ihnen behilflich zu sein. Wir sind leider personalmäßig auch nicht übermäßig dotiert, und ich finde es begreiflich, daß hier oft Sorge ist, wie man der großen Arbeit Herr werden könnte. Hoher Landtag! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich habe einige Statistiken da. Ich werde sie Ihnen ersparen. Nur zwei oder zweimal zwei Zahlen: Wir haben im Jahre 1962 4450 Wohnungen wenigstens bescheidmäßig vergeben und gefördert. Es sind darin die 2000 Wohnungen Sonderbauprogramm fast zur Gänze enthalten. Deshalb ist die Zahl der Wohnungseinheiten auf 4450 zu stehen gekommen. Der Förderungsbetrag, den das Land gibt, wird 295 Millionen Schilling ausmachen. Es ist auch für die steirische Wirtschaft, vor allem für die steirische Bauwirtschaft nicht uninteressant, diese hohe Summe zu hören. Ich muß noch einmal sagen, Hoher

Landtag, ich versäume das auch bei keiner anderen Gelegenheit, immer wieder darauf hinzuweisen, daß das nicht das Geld des Pirsch ist und nicht das Geld der Landesregierung, sondern daß das Geld der steirischen und des österreichischen Steuerzahlers ist, das wir sorgsam zu verwalten und nach bestem Wissen und Gewissen zu vergeben haben. Es liegen mit Status 1. 12. beim Wohnungs- und Siedlungsamt die Ansuchen für 8200 Wohnungen mit einem Förderungserfordernis von rund 650 Millionen Schilling auf. Wenn wir die normalen Mittel einbeziehen, die uns in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen werden, so sind wir damit für 5 bis 6 Jahre mit Anträgen am 1. 12. dieses Jahres versorgt gewesen. Hoher Landtag, wir werden uns bemühen, mit dieser gewaltigen Zahl von Ansuchen fertig zu werden. Wenn ich so die Wünsche und die Gedanken meiner Herren Regierungsmitglieder höre, dann will mir manchmal zwar etwas bange werden, ob es auch in der Zukunft möglich sein wird, zu den vorgesehenen Mitteln neue Mittel, neue Wege, neue Gelder aufzubringen. Ich hoffe und ich bitte Sie, daß Sie im Interesse aller jener, die auf Wohnungen warten, dazu mit-helfen! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Pözl:** Hohes Haus! Zur Gruppe 6 haben 15 Mitglieder des Hohen Hauses 168 Minuten gesprochen. Ein Drittel dieser Zeit hiervon hat der Herr Abg. Dr. Hueber konsumiert. Zwei Regierungsmitglieder haben zusammen 78 Minuten gesprochen. Die Zwischenrufe konnten leider nicht genau vom Berichterstatter registriert werden. Als Berichterstatter darf ich dem Hohen Haus noch bekanntgeben, daß ich die Ehre hatte, 4 Stunden und 6 Minuten zu Füßen des sehr verehrten Herrn Präsidenten sitzen zu dürfen, und nun zum Abschluß darf ich im Namen des Finanzausschusses, der sich ebenfalls sehr intensiv mit diesem Kapitel beschäftigt hat, das Hohe Haus ersuchen, den Ziffern des Kapitels 6 seine Zustimmung zu geben.

Präsident: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag des Herrn Berichtstatters vernommen. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, bitte ich um ein Händezucken. (Geschieht.) Danke. Der Antrag ist angenommen.

Präsident: Wir gehen zur Gruppe 7. Berichterstatter ist Abg. **Koller.** Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Koller:** Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gruppe sieben befaßt sich hauptsächlich mit zwei entscheidenden Faktoren der steirischen Wirtschaft, nämlich mit der Land- und Forstwirtschaft und mit dem Fremdenverkehr. Lassen Sie mich in einigen Sätzen das Bild der österreichischen und damit auch unserer steirischen Landwirtschaft abrißhaft darstellen, in dessen Rahmen die Zahlen und Beträge der Gruppe 7 nun gestellt sind. Die österreichische Land- und Forstwirtschaft steht in einer entscheidenden Phase der Entwicklung. Die geänderten wirtschaftlichen Voraussetzungen bedingen eine grundlegende Umstel-

lung von einem arbeitsintensiven in einen kapitalintensiven und hoch mechanisierten Wirtschaftszweig. Dazu kommt außerdem die unmittelbar bevorstehende Eingliederung in die westeuropäische Großraum-Wirtschaft. Die österreichische Landwirtschaft orientiert sich seit geraumer Zeit nach dieser Entwicklung und unterschätzt die gewaltigen Anstrengungen, die in dieser Richtung notwendig sind, nicht. Unsere Land- und Forstwirtschaft hat aber auch bisher ihre ureigenste Aufgabe, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung und die Rohstoffversorgung weiter Teile unserer Wirtschaft sicherzustellen, in befriedigender Weise erfüllt. So wurden im letzten Jahre 82% des Kalorienwertes der Ernährung unserer Bevölkerung von der österreichischen Landwirtschaft erzeugt. Bedeutende Mengen österreichischer Agrarprodukte gingen in den Export. 1961 erreichte die Ausfuhr der Agrarprodukte den Wert von 1,4 Milliarden Schilling. Fast 10% der tierischen Produktion wurden auf ausländischen Märkten abgesetzt. Diese Leistungen der Landwirtschaft wurden erbracht, obwohl heute um fast 30% weniger Menschen in der Landwirtschaft tätig sind als vor 10 Jahren. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat ebenfalls um 7% abgenommen und nach der Statistik werden durch Verbauung usw. jährlich etwa 5000 ha der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Der Mangel an Arbeitskräften zwang die Landwirtschaft zu rascher Mechanisierung. Als Beispiel diene die Zahl der Traktoren, die in den letzten 10 Jahren von 30.000 auf 150.000 gestiegen ist und die Zahl der Mäh-drescher, die von 900 auf 15.000 angestiegen ist. Diese starke Mechanisierung konnte trotzdem nicht verhindern, daß eine Überbeanspruchung der menschlichen Arbeitskraft in den Betrieben festzustellen ist. Im Jahresdurchschnitt liegt die Arbeitszeit der männlichen bäuerlichen Familienmitglieder bei 65 und der weiblichen Familienmitglieder sogar bei 75 Wochenstunden. Der Umbau der Landwirtschaft geht eindeutig auf Kosten des bäuerlichen Menschen und das Bild der Bäuerin und Mutter steht in krassem Gegensatz zum Bild der Frau von heute.

Diese Mechanisierung, diese gewaltige Umstellung und Anpassung der Landwirtschaft erfordert erhöhte Mittel und erfreulicherweise findet dies auch im Landesvoranschlag seinen Niederschlag. So werden in der Gruppe 7 für die Förderung der steirischen Land- und Forstwirtschaft und ihrer Fachschulen rund 847 Millionen Schilling vorgesehen. Im einzelnen sind für die allgemeine Förderung der Landwirtschaft 305 Millionen Schilling, für die Tierzuchtförderung 64 Millionen Schilling, für den Güterwegbau 83 Millionen Schilling, für die Pflanzen-, Obst- und Weinbau-Förderung 3 Millionen Schilling usw. vorgesehen. Ein weiterer Faktor in der Gruppe 7 unserer Wirtschaft ist der Fremdenverkehr, der dort ebenfalls seinen Niederschlag findet. Der steirische Fremdenverkehr ist im Aufbau und im Vergleich zu den westlichen Bundesländern noch in Entwicklung. Erfreulicherweise kommt dies ebenfalls im Voranschlag zum Ausdruck. Es werden insgesamt 144 Millionen Schilling für die Fremdenverkehrsförderung ausgeworfen, das ist um 38 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, wobei besonders die erhöhten Posten beim Fremdenverkehrs-

Investitionsfonds, die Errichtung von Schwimmbädern, Lift- und Seilbahnanlagen hervorzuheben sind.

In dieser Gruppe ist ebenfalls die Förderung der gewerblichen Wirtschaft eingebaut und hier ist besonders auf den Beitrag zum Fonds für gewerbliche Darlehen in der Höhe von 1 Million Schilling und auf die Verpflichtung aus übernommenen Haftungen des Landes, die heuer erstmalig den Betrag von 6,4 Millionen Schilling erreichen, hinzuweisen. Insgesamt, Hohes Haus, sind also in der Gruppe 7 für das steirische Feuerwehrewesen, für Gewerbe- und Verkehrsförderung, für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des steirischen Fremdenverkehrs 118,624.000 S vorgesehen, das ist um 16,4 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Ich darf namens des Finanzausschusses das Hohe Haus bitten, die Gruppe 7 anzunehmen.

Präsident: Zu Worte hat sich Abgeordneter P a b s t gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Pabst: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Die Gruppe 7 sieht in ihren Unterabschnitten auch die landwirtschaftliche Förderung vor, der Landwirtschaft, die stets heftigsten Kritiken ausgesetzt ist. In Notzeiten schreit man nach ihr, da leistet sie viel zu wenig und jetzt wird uns vorgeworfen, daß wir viel zuviel erzeugen und es werden weise Vorschläge zur Einschränkung unserer Produktion gegeben. Tatsächlich war in der ersten Nachkriegszeit auch die Landwirtschaft in Österreich genauso wie der größte Teil der übrigen Wirtschaft am Boden. Wir konnten aus unserer Produktion nicht einmal die Hälfte der für Österreich notwendigen Lebensmittel aufbringen, die damals ohnehin sehr gering in Kalorien vorgemessen wurden. Doch die Bauernschaft hat sich sofort bemüht, aus diesem Tief herauszukommen. Auch die öffentliche Hand, vor allem das Land, hat diese Bemühungen finanziell unterstützt und so hat sich die österreichische Landwirtschaft beispielgebend entwickelt, so daß wir nun seit einigen Jahren den österreichischen Lebensmittelbedarf in den wichtigsten Lebensmitteln nicht nur voll decken können, sondern darüber hinaus auch schon exportieren müssen, womit wir sehr wertvolle Devisen in unser Land bringen. Diese Leistungen konnten erreicht werden — das muß ganz besonders herausgestrichen werden — mit jährlich sehr wesentlich wenigeren Arbeitskräften. Es ist ja bekannt, daß um die Jahrhundertwende der landwirtschaftliche Anteil der Bevölkerung Österreichs noch bei 34% lag. 1934 waren es 27%, 1951 waren es 22%, und die vorjährige Volkszählung hat ergeben, daß nur mehr 16% der Bevölkerung in der Landwirtschaft in Österreich tätig sind. Statistisch wird nachgewiesen, daß im Jahr 1961 neuerlich rund 20.000 Menschen in Österreich von der Landwirtschaft abgewandert sind. Bei der steirischen Landwirtschaftsrankenkasse nahmen die Pflichtversicherungen im Jahr um rund 2000 Menschen ab. Also mit weniger Menschen wurde eine sehr wesentliche höhere Erzeugung erreicht. Sie werden vielleicht sagen, „ja, aber die Maschinen“. Sicher helfen diese sehr viel, aber gerade in der Landwirtschaft — im Vergleich zu anderen Berufen — können sie nur schwach ausge-

nützt werden. Bei der Anschaffung und Erhaltung belasten sie auch finanziell sehr schwer. Und auch mit der besten Melkmaschine wird nicht mehr Milch erzeugt, sondern nur die Arbeit erleichtert. Ebenso, wie man mit dem modernsten Mähdrescher nicht mehr Getreide erzeugen kann. Aber nicht nur den Verlust an Menschen mußte die Landwirtschaft auf sich nehmen, sondern ebenfalls auch, wie schon der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, werden in Österreich jährlich rund 5000 ha landwirtschaftlicher Flächen für Wohn-, Industrie- und Straßenbauten beansprucht. Am raschesten hat sich die österreichische Milchwirtschaft wieder erholt. Wenn die Milchlieferung im Jahre 1945 rund 450.000 Tonnen betragen hat, so waren es 1953 bereits 1,095.000 Tonnen, 1956 1,250.000 Tonnen, während sie 1961 1,651.197 Tonnen betragen hat. 1956 wurden daraus rund 24.000 Tonnen Butter erzeugt, fast 17.000 Tonnen Käse und 1343 Tonnen Trockenmilchpulver, 1961 32.234 Tonnen Butter, fast 26.000 Tonnen Käse und 9.100 Tonnen Trockenmilch. 1956 wurden davon 785 Tonnen Butter, 2807 Tonnen Käse exportiert. Trockenmilch wurden damals noch 3900 Tonnen importiert. 1957 erreichte der Butterexport die Höchstziffer von 8800 Tonnen. Während der Käseexport auf 4224 Tonnen stieg, konnten wir in diesem Jahr auch erstmalig, also im Jahre 1957, 1975 Tonnen Trockenmilchpulver exportieren. 1961 wurden aus preislichen Gründen nur 3260 Tonnen Butter exportiert, dafür aber stieg der Käseexport auf fast 7000 Tonnen und die Trockenmilchexporte auf 6874 Tonnen. Es ist besonders hervorzuheben, daß der österreichische Milchkuhbestand 1956 1,175.632 Stück betragen hat, während er 1961 auf 1,127.529 Stück abgesunken ist, d. h. daß in diesen 4 Jahren rund 48.000 Kühe weniger geworden sind, dabei aber in derselben Zeit die Milchlieferung um rund 400.000 Tonnen gestiegen ist. Das heißt aber auch, daß die Milchleistung pro Kuh von 2223 kg auf 2573 kg im Durchschnitt gestiegen ist, während dieser Leistungsdurchschnitt von Österreich 1950 nur 1895 kg betragen hat. Hier kann man von einer wirklichen Rationalisierung der Milchwirtschaft sprechen; aber auch, daß die österreichische Landwirtschaft sich bemüht hat, alles zu tun, um den österreichischen Milch- und Milchproduktenbedarf zu decken. Bekannt ist aber auch, daß andere Milchwirtschaftsländer einen Leistungsdurchschnitt um 4000 kg im Jahr pro Kuh haben. Wenn wir nun auch in Österreich den EWG-Anschluß notwendigerweise anstreben, so werden wir noch manches tun müssen, um auch dort wirklich konkurrenzfähig zu sein, wo wir in Österreich auch große Gebiete in den Alpenländern haben, die sich für die Milch- und Viehwirtschaft bestens eignen. Wir können als Milchwirtschaft und Landwirtschaft den weisen Rat zur Einschränkung der Milchwirtschaft auf keinen Fall zur Kenntnis nehmen, wenn noch immer 60.000 Tonnen ausländischer Fettstoffe in unser Land strömen, sondern müssen umgekehrt verlangen, daß dieses so wichtige Nahrungsmittel auch für den Bauern preisgerecht gestaltet wird. Eines ist Tatsache, daß in keinem anderen westlichen Land Milch oder Milchprodukte für den Konsumenten so billig zu haben sind, wie in Österreich. Wir müssen uns aus diesem Grunde immer dagegen verwahren,

daß die viel umstrittene Milchpreisstützung von 50 Groschen je Liter Milch keine Produzenten-, sondern eine Konsumentenstützung ist. Auf jeden Fall ist die österreichische Molkereiwirtschaft mit ihren Einrichtungen, die zum allergrößten Teil auf genossenschaftlichen Grundlagen errichtet wurden, europaleistungsfähig. Dies bestätigt uns am besten die steigende Qualität und der stets zunehmende Export. Auch auf dem Viektor kann die österreichische Landwirtschaft auf eine gute Aufwärtsentwicklung hinweisen. Österreich war immer Viehimportland. Erst im Jahre 1950 konnten die ersten Schlacht- und auch Zuchtviehexporte nach reichlicher Versorgung des österreichischen Konsums in einer Höhe von einigen 100 Stück durchgeführt werden. 1953 begann der stärkere Export mit einigen 1000 Stück Rindern. Seit dieser Zeit stieg der Viehexport ständig an. Die höchste Ziffer konnte im Jahre 1961 mit rund 51.000 Stück Schlachtrindern erreicht werden. Steiermark war hier mit über 9000 Stück beteiligt, ebenso gelang es uns im Vorjahr auch noch 33.000 Stück Zucht- und NutZRinder zu exportieren. Hier war die Steiermark mit 5750 Stück beteiligt. Insgesamt sind aus der Steiermark also im Jahre 1961 14.800 Stück Rinder in den Export gegangen. Aus Österreich wurden im Vorjahr über 84.000 Stück als Mast-, Zucht- und NutZRinder exportiert. Der heurige Export liegt aber trotz verschiedenster Schwierigkeiten noch höher. Grundvoraussetzung für den Rinderexport ist die Gesundheit der Tiere, und es ist erfreulich, daß für das kommende Budget neben der alten Post in der Höhe von 1'8 Millionen Schilling eine Erhöhung von 500.000 S vorgesehen ist. Weiter aber muß dringend verlangt werden, daß das Tbc- und Bangbekämpfungsverfahren beschleunigt weitergeführt wird. Derzeit sind 65½% des steirischen Gesamtrinderbestandes in diese Aktion einbezogen. Dabei mußten 36.446 Reagenten festgestellt werden, das sind rund 11'8% vom steirischen Rinderbestand. An ERP- und Landesmitteln wurden für diesen Zweck seit 1950 rund 44½ Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, die weitaus größere Belastung hat in dieser Richtung allerdings die Landwirtschaft selbst auf sich nehmen müssen. Trotz dieser großen Viehexporte hat sich heuer durch das große Viehüberangebot ein starker und für die Landwirtschaft äußerst schmerzlicher Preisverfall ergeben. Derzeit liegen die Preise bis zu 2 Schilling je kg tiefer als im Vorjahr. Das ist für die Landwirtschaft eine unmögliche Situation, wo wir doch alle wissen, daß es fast auf allen Gebieten nur Preiserhöhungen und nicht Preissenkungen gibt. Dieser Preisrückgang und vor allem auch die schwierige Viehabatzlage haben dazu geführt, daß in verschiedensten Teilen unseres Landes die Hausschlachtungen der Bauern durchgeführt werden, was ja gesetzlich möglich ist. Doch soll hier festgestellt werden, daß wir Bauern durchaus keine Freude damit haben, sondern daß dies als letzter Ausweg gesucht wird, um das Vieh doch einigermaßen befriedigend wegzubringen, wozu auch die vielfach knappen Futterverhältnisse zwingen. Auch auf dem Viehsektor wird die Bauernschaft neue Wege gehen müssen, um auch den Absatz für die Zukunft besser gestalten zu können durch Schaffung von Schlachtungs-

und Einlagerungsmöglichkeiten, die auch den Fleischexport leichter ermöglichen.

Die Holzwirtschaft hat uns in der Vergangenheit mit Sorgen wenig beschäftigt, obwohl Steiermark das stärkste Waldland Österreichs ist. Die Preise sind praktisch seit 1945 ständig angestiegen, was auch bewirkte, daß damit der Lohnkostenanteil in den letzten zehn Jahren um über 100% erhöht wurde. Der Holzpreisanstieg war bis zum heurigen Jahr in einer Höhe von 52% zu verzeichnen. Im heurigen Jahr hat sich jedoch ein 20—30%iger Preisrückgang ergeben, im besonderen bei Schleifholz. Derzeit wird das Fichtenschleifholz mit nur 290 S je fm verkauft, während für Föhrenschwachholz nur 120 S je fm zu erreichen sind. (Abg. Hans Brandl: „Schwarzmalerei!“ — Landeshauptmann Krainer: „Da sind Sie völlig im Irrtum!“ — Abg. Hans Brandl: „Schleifholz hat er gesagt!“) Und sicher ergibt sich da noch eine große Schwierigkeit, Herr Abg. Brandl, ich könnte Ihnen Dutzende von Fällen beweisen. Es ergibt sich daraus, daß infolge dieses niederen Preises die dringend notwendigen Durchforstungsarbeiten kaum mehr kostendeckend sind. In Erinnerung rufen möchte ich auch, daß der weitaus größte Teil unseres Waldes im Besitz unserer Bergbauern ist und daß dieser Waldbesitz die Existenzgrundlage für tausende einfache und fleißige Bergbauernfamilien darstellt.

Beachtung verdient auch noch die Aufbauleistung der Forstwirtschaft. Hier hat sich die Aufklärung und Beratung der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft bestens ausgewirkt. So wurden in den letzten Jahren jährlich in der Steiermark neben den normalen Aufforstungen noch 1500 ha bis dato verwilderte Staudenflächen zusätzlich aufgeforstet, wie auch die sogenannte Wald-Weide-Trennung in den letzten Jahren schon jährlich bei 2000 ha gesunden Wald bringt. Auch der Forstaufschließungswegebau muß noch besonders hervorgehoben werden. Nur bei Vorhandensein von entsprechenden Wegen kann qualitativ hochwertiges Holz der Verwertung zugeführt werden. Bisher wurden in der Steiermark mit Bundes- und Landesmitteln ca. 5000 km Forstaufschließungswege gebaut. Etwa 12.000 km solcher Wege sind aber noch notwendig, wie wir überhaupt darauf verweisen müssen, daß etwa ein Viertel der steirischen Bauern noch keinen entsprechenden Zufahrtsweg haben. Ich glaube nicht, daß ein Bauer in Zukunft irgendwo weiter bestehen kann ohne einen entsprechenden Weg. Die öffentlichen Mittel, die hier aufgewendet wurden, sind zweifellos bestens angelegt. Ich möchte vor allem dem Land besten Dank sagen, zugleich aber auch bitten, diese Bergbauernförderung entsprechend weiterzuführen.

Der Obstbau hat in der Steiermark vor dem zweiten Weltkrieg eine große Rolle gespielt, besonders im Kleinbauerngebiet der Ost- und Weststeiermark. So wurden z. B. im Jahre 1932 allein aus der Steiermark über 6000 Waggon Apfel zu einem guten Preis nach Deutschland exportiert. Seit dem zweiten Weltkrieg sind aber aus der Steiermark kaum 1000 Waggon Apfel in den Export gegangen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat aber gezeigt, daß sich Sonderkulturen und Intensivobstbau, der auch

aus öffentlichen Mitteln gefördert wird — auch unser Budget hat hier einen Betrag in Höhe von 650.000 S vorgesehen —, lohnen. Qualitätssobst ist nicht nur leicht, sondern auch preislich gut abzusetzen. Allerdings erfordert dieser Obstbau sehr viel Arbeit und eine entsprechende Beratung, um die befriedigenden Preise zu erzielen. Es ist deshalb der Obstbau bestens geeignet, um ost- und weststeirischen kleinbäuerlichen Betrieben in der Zukunft wieder durch Qualitätssobst jene Einnahmen zu geben, die sie in der Vergangenheit hatten.

Noch zwei Maßnahmen für die Landwirtschaft, die auch das Land fördert: Das ist einmal die Elektrifizierung der Landwirtschaft, die sich in den letzten Jahren bestens ausgewirkt hat. Ich glaube schon, daß sich alle Abgeordneten des Landtages vorstellen können, was es bedeutet, wenn ein abgelegenes Dorf bzw. abgelegene Häuser an das elektrische Netz angeschlossen werden können, wenn die Petroleumlampe durch elektrisches Licht ersetzt oder der Dieselmotor durch einen Elektromotor abgelöst werden kann.

Oder wenn die Hauswasserversorgung im heurigen Jahr dazu beigetragen hat, daß in der Steiermark nahezu 400 bäuerliche Haushalte mit Wasser im Haus versorgt werden konnten. Ich weiß nicht, ob Sie es sich vorstellen können, was es für eine Bäuerin bedeutet, wenn sie das so notwendige Wasser nicht mehr, wie so oft, weither ins Haus schleppen muß, wo gerade die Bäuerin sicher zu jenen Menschen gehört, die am meisten mit Arbeit überlastet sind, die nicht nur die Kinder und den Haushalt zu betreiben hat, sondern darüber hinaus in den meisten Fällen im Stall und auch auf dem Feld arbeiten muß. Der elektrische Strom, genauso, wie die entsprechende Wasserversorgung sind für den allergrößten Teil der österreichischen Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit. Hier müssen wir verlangen, daß diese Förderung weiterläuft. Denn gefördert werden ja ohnehin nur jene bäuerlichen Betriebe, die dieser Förderung wirklich würdig sind, denn diese Einrichtungen kosten oft für den einzelnen fast unerschwingliche Beträge.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Ich habe versucht, mit meinen Ausführungen die Situation, aber auch die Probleme der Landwirtschaft kurz zu streifen und sie Ihnen vor Augen zu führen. Ich bin mir sicher, daß Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, die Bedeutung der Landwirtschaft für das Volksganze kennen. Wir wollen nicht jammern oder betteln als Landwirtschaft um die entsprechende Anerkennung, ich glaube, wir können verlangen, daß auch die Landwirtschaft das Recht auf einen gerechten Lohn hat. Wir müssen allerdings mit Sorge feststellen, daß die Preisschere für die Landwirtschaft weiter auseinander gegangen ist, wobei wir besonders heuer die verschiedensten Produzentenpreise, von denen ich früher gesprochen habe, rückgängig zur Kenntnis nehmen mußten. Andererseits haben aber landwirtschaftliche Produzentenpreise für wichtigste Lebensmittel noch aus den Jahren 1954 bzw. 1956 unveränderte Gültigkeit. Die Folgen sind deutlich sichtbar: Die schon angeführte starke Abwanderung und damit die um so stärkere Arbeitsbelastung der noch in der Landwirtschaft Verbleibenden. Es muß festgestellt wer-

den — wenn in der Budgetdebatte schon öfters über das freie Wochenende gesprochen wurde —, daß die bäuerliche Bevölkerung zum allergrößten Prozentsatz nicht einmal einen freien Sonntag, geschweige denn ein freies Wochenende hat.

Vergessen wir aber auch nicht, daß die Landwirtschaft nicht nur Produzent, sondern auch ein sehr starker, österreichischer Konsument ist. Über 22 Milliarden Schilling fließen jährlich den verschiedensten Sparten der österreichischen Wirtschaft zu. Ich glaube kaum, daß die österreichische Wirtschaft ohne Schaden auf diesen Konsumenten verzichten kann, und zwar auf diesen gesunden Konsumenten.

Zum Schluß: Namens der steirischen Bauern darf ich für die Förderungsmittel des Landes besten Dank sagen, im besonderen unserem verehrten Herrn Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer wie dem sehr verdienten zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Prirsch, der sich seit Jahren redlich müht, alles nur Mögliche für die Landwirtschaft zu tun, und ich kann Ihnen, Hohes Haus, versichern, daß diese Mittel sehr stark dazu beigetragen haben, um einerseits das steirische Bauerntum zu festigen, andererseits aber die Österreichische Lebensmittelversorgung sicherzustellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Zinkanell. Ich erteile es ihm.

Abg. **Zinkanell:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bei der vorjährigen Budgetdebatte Gelegenheit gehabt, ein Bekenntnis zu der Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe abzulegen und habe das auch mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Bewahrung der bäuerlichen Lebensform, der Gesund- und Fruchtbarerhaltung des Grund und Bodens und mit der Sicherung eines entsprechenden Erholungsraumes begründet. Wir stehen auch heute selbstverständlich noch zu diesem Bekenntnis, nur ist es so, daß wir leider auf Grund der Nachrichten, die man aus dem EWG-Raum hört, mit ernststen Bedenken bezüglich der Erhaltung der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich erfüllt sind. (Landeshauptmann Krainer: „Das stimmt alles nicht!“) Wenn man im EWG-Raum, Herr Landeshauptmann, einen bäuerlichen Familienbetrieb erst ab 15 Hektar (Landeshauptmann Krainer: „Was die Beamten der EWG an Plänen schmieden, das ist lange noch nicht Wirklichkeit und wird nie Wirklichkeit.“) Es sind nicht nur ein paar Beamte, sondern es sind vor allem einige maßgebliche und in der Welt bekannte Agrarwissenschaftler, die sich mit den Aspekten der Zusammenarbeit oder des Zusammenwirkens befaßt haben und die aufzeigen, das möchte ich feststellen, daß der landwirtschaftliche Familienbetrieb erst ab 15 Hektar als lebensfähig bezeichnet wird. (Landeshauptmann Krainer: „Kommt völlig auf die Bodenbeschaffenheit an, meine Herren. In der Obersteiermark natürlich, aber in der West- und Oststeiermark bringen 5 Hektar mehr Ackerkrume und Frucht, als in der Obersteiermark 25 Hektar.“ — Allgemeine Zwi-

schenrufe. — Landeshauptmann Krainer: „Das ist alles Theorie!“ — Allgemeine Zwischenrufe.) Auch in Deutschland (Abg. Leitner: Herr Landeshauptmann, weil Sie das Gegenteil nicht beweisen können.“ — Landeshauptmann Krainer: „Alles Theorie.“ — Unverständliche Zwischenrufe. — Landeshauptmann Krainer: „Ihre Greuelpropaganda jedenfalls nicht!“ — Abg. Leitner: „Ich unterstütze das, was Herr Abg. Zinkanell sagt.“) Ich bin ja noch gar nicht fertig, Herr Abgeordneter, ich habe nämlich noch einiges dazu zu sagen. (Gelächter.) Aber ich möchte nur darauf hinweisen, daß natürlich auch in Deutschland und im EWG-Raum jeweils das Klima und die Lage sehr verschieden sind, Herr Landeshauptmann, und daß man trotzdem von diesem Standpunkt ausgeht. Wenn man nun diese Zahl als gegeben ansehen würde — wir wollen es ja auch nicht —, dann würde man feststellen müssen, daß rund 70% der österreichischen Klein- und Mittelbauern bei einer Assoziierung oder Angliederung in irgendeiner anderen Weise überflüssig wären. (Abg. Leitner: „Zugrunde gehen würden! Sie werden sich aber proletarisieren!“) Zugrunde gehen ist da nicht das richtige Wort, weil es ja Ausweichmöglichkeiten gibt, die wir gemeinsam suchen wollen. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Leitner. — Allgemeine Zwischenrufe. — Abg. Leitner: „Wir wollen, daß diese Klein- und Mittelbauern erhalten bleiben.“) Neben diesen 70% der Gesamtbetriebe muß man auch darauf hinweisen, daß 40% der Vollerwerbsbetriebe, also der Nur-Bauern-Betriebe, auch der Gefahr einer Umlenkung ihrer Produktion ausgesetzt wären. Nachdem es von hier aus, von der steirischen Landstube aus, nicht möglich ist, die Agrarpolitik in der EWG in unserem Sinne von vornherein zu beeinflussen, wird man sich vorerst einmal damit begnügen müssen, von hier aus dem steirischen und in gewissem Sinne auch den österreichischen Landwirt, europafest zu machen. Das kann man allerdings (Abg. Leitner: „Wären Sie nicht imstande!“) (Zwischenruf: „Lassen Sie sich Zeit!“) Das kann man allerdings nicht, indem man den Gegner, mit dem man wieder verhandeln muß, mehr oder weniger nur verdächtigt, sondern indem man gemeinsam Wege und Lösungen sucht und dann wohl auch beschließt. (Abg. Dr. Kaan: „Wen meinen Sie als Gegner?“) Ja, den Gegner, damit meine ich in diesem Fall uns, weil wir von der Österreichischen Volkspartei und vom Bauernbund ungerechtfertigterweise und ziemlich unsäglich und gehässig angegriffen werden, und da meine ich eben, daß das nicht die richtige Methode ist, wenn man sich bemühen muß (Allgemeine Zwischenrufe. — Landeshauptmann Krainer: „Die anderen sollen nicht so viel Material liefern!“), wenn man sich bemühen muß gemeinsam, diese unsere Landwirtschaft europafest zu machen. Es sind ja Bemühungen im Gange. Ich habe zum Beispiel als Unterlage das neue Agrarkonzept der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, und ich hoffe, daß damit bei einem entsprechenden Geist, der bei der Durchführung wirksam werden soll, vieles für die Landwirtschaft gutgemacht werden kann, daß verschiedene Forderungen, die darin enthalten sind, sicher realisiert werden können. Einige Forderun-

gen, so bin ich überzeugt, sind unschwer zu realisieren, weil sie von uns von vornherein als unbestritten gelten. Unsere Haltung, unsere Stellungnahme dazu ist absolut positiv. Nur haben wir etwas Sorge, daß andere, und da meine ich jetzt den Wirtschaftsband, die Handelskammerseite, den Handel überhaupt, daß die nicht unbedingt so positiv zu den Wünschen der Landwirtschaft stehen, wie wir das in einer Reihe von Punkten tun. (Landeshauptmann Krainer: „Wenn es darauf ankommt die ein bißchen auseinander zu bringen, dann helfe ich Ihnen immer.“) Ja, wir helfen sogar zusammenzubringen im Interesse der Landwirtschaft, Herr Landeshauptmann. (Zwischenruf von der ÖVP: „Allerhand!“) Darf ich nur vielleicht ein paar Beispiele bringen, wo wir gar nicht sehr weit auseinander sind, im Gegenteil, wo ich mit Freude feststellen kann, daß sich die Österreichische Volkspartei, wenn auch mit einigem Zögern, unseren Auffassungen angeschlossen hat. (Allgemeine unverständliche Zwischenrufe.) Darf ich nur ganz bescheiden auf die Zuschußrente in der Landwirtschaft hinweisen und vor allem darauf, daß jetzt in den Forderungen der Präsidentenkonferenz auch die Ausgleichszulage für die alten Bauern sehr richtig als Forderung drinnen ist. Wir haben diese Ausgleichszulage voriges Jahr am Parteitag in Wien sehr eingehend beraten. Es ist eine Forderung, die schon lange von Sozialisten als notwendig und als richtig erkannt wurde. Das ist die eine Seite, wo wir absolut nicht auseinander, sondern wo wir gewissermaßen beisammen sind. Dann auch die Einführung der Krankenversicherung. Außerordentlich erfreulich ist es, daß sie jetzt im Forderungsprogramm der Präsidentenkonferenz fast mit denselben Worten, mit derselben Begründung drinnen steht, wie wir sie voriges Jahr behandelten und wie wir sie heuer auch bei unserem Landtag behandelt haben. Also auch hier interessant und erfreulich festzustellen, daß die Stellungnahme, die Auffassung der beiden Parteien absolut nicht sehr weit auseinander ist. (Abg. Dr. Kaan: „Sehr schön ausgedrückt!“) Ich darf vielleicht auch noch darauf hinweisen, daß wir bezüglich der Ausbildung, der bäuerlichen Berufsschulen usw. ziemlich einer Meinung sind. Ich habe einen gewissen Stolz, wenn ich darauf hinweisen darf, daß das, was jetzt mit Mühe und Not in Schwung kommt — die positiven Äußerungen des Kollegen Neumann waren vielleicht ein wenig übertrieben, denn so, wie es laufen soll, läuft es noch nicht —, darf also mit einem gewissen Stolz darauf hinweisen, daß die Bildungs- und Ausbildungsfrage für das Landvolk, für die Landbevölkerung im Agrarprogramm Otto Bauers 1925 schon ausführlich enthalten war. (Allgemeine Zwischenrufe.) Wir haben 37 Jahre Verspätung! (Landeshauptmann Krainer: „1960 haben Ihre Leute das entschieden bestritten, daß sie nach dem Programm des Herrn Dr. Otto Bauer vorgehen!“ — Landesrat Pirisch: „Beim Linzer Programm.“) Was richtig ist, ist richtig, Herr Landeshauptmann, und die Forderung bezüglich der Ausbildung war unbestritten richtig. (Landeshauptmann Krainer: „Der Bauer ist kein Spielzeug.“) Weiters darf ich darauf hinweisen, daß wir auch jetzt, heute hier im Landtag Unterlagen vor uns liegen haben, wo sich

die Standpunkte der beiden Parteien sehr genähert haben. Ich erinnere nur an den Antrag bezüglich der Wildschadensverhütung und der Feststellung, die dazu getroffen werden soll. Auch da eine erfreuliche Zusammenarbeit für die Landwirtschaft. (Landeshauptmann Krainer: „Weil's zahlen tun!“)

Etwas, was mir auch eine besondere Freude macht im Zuge dieses Antrages in Wien, das ist, daß auch die Österreichische Volkspartei zu einem Programmpunkt „ja“ sagt, den wir schon seit langem vertreten haben, nämlich zur Schaffung einer Bodenbank. Und es war für uns ein Vergnügen, daß wir uns diesem Antrag, der diesmal von der ÖVP angeregt wurde, anschließen konnten. Ich möchte nicht noch einmal Otto Bauer zitieren, aber das ist eine uralte sozialistische Forderung. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Das sind Beispiele und Beweise dafür, Herr Landeshauptmann, daß die Behauptungen, wir wären gegen alles und jedes, was für die Landwirtschaft gut ist, nicht stimmen. Daher habe ich zuerst einmal die positiven Punkte aufgezeigt, um nachher einen leichteren Übergang auf die schwierigeren zu finden. Und zu den etwas schwierigeren Punkten gehört z. B. die Frage des Genossenschaftswesens, wo wir Sozialisten dafür sind, daß das im Sinne der Landwirtschaft besser als bisher geregelt wird, kommen leider noch mehr Schwierigkeiten vom Wirtschaftsbund her und von der Handelsseite her, als für die Landwirtschaft gut ist. Daß diese Genossenschaften eine äußerst wichtige Funktion in der Zukunft haben, das hat u. a. auch Kollege Pabst in seiner Rede vorhin schon betont, ich hätte hier eine ganze Menge Unterlagen, aber es dauert zu lange, wir kommen ja schon in den nächsten Tag hinein. Es wäre interessant, die Funktion der Genossenschaften in ihren Möglichkeiten und Auswirkungen aufzuzeigen, aber ich will mir das ersparen.

Es wäre noch ein Artikel aus der Genossenschaftszeitung zu erwähnen, wo es heißt, daß man in der Schweiz darangeht, den Landmaschinenimport auch über die Genossenschaften zu tätigen, weil es bisher über den Handel nicht möglich war, die Landmaschinen entsprechend zu verbilligen. Interessant ist, daß der Landmaschinenhandel oder die Vertreter der Landmaschinen-Importeure in sehr unschöner Art und Weise, ich möchte sagen, unkollegialer Weise, den Landwirtschaftsminister gewissermaßen sitzen haben lassen, als er zu einer Besprechung gebeten hat, bei der die Reduzierung der Handelspreisen hätte beraten werden müssen. (Zwischenruf: Was sagt der freie Wirtschaftsverband?)

Ja, die sind keine Landmaschinen-Importeure, Herr Landesrat, das sind so kleine Gewerbetreibende, die damit sehr wenig zu tun haben. (Zwischenruf: Das ist für unseren freien Wirtschaftsverband kein Problem!)

Ein weiteres Beispiel für die etwas schwierigere Zusammenarbeit ist die Frage der Nachbarschaftshilfe, und es ist heute in der Tagespost drinnen. (Zwischenrufe: Das hat sich um 4 Monate verspätet!)

Ich weiß, daß der Kollege Edlinger mit dem Kollegen Hans Brandl hier im Hause schon vor zwei Jahren einen Resolutionsantrag für die Regelung

der Nachbarschaftshilfe eingebracht hat, nur hat er nicht die entsprechende Unterstützung der ÖVP in Wien . . . (Abg. Neumann: „Ihre Vertreter in Wien haben sie abgelehnt!“)

Es wäre gut gewesen, wenn es im Sommer zu Diskussionen gekommen wäre. Das war nur deshalb nicht möglich, weil sich die Österreichische Volkspartei nicht an eine Vereinbarung gehalten hat. Es war ein Bukett von Forderungen beieinander und eine einzige Sache sollte herausgezogen werden. Dazu haben unsere Vertreter gesagt: „Wenn, dann entweder alles oder gar nichts.“ (Landesrat Prirsch: „Ja, vor vier oder fünf Tagen!“) Jetzt hat die SPO schon längst erklärt: Ja, wenn mit den Wirtschaftsbundleuten diese Geschichte endlich zu einer vernünftigen Klärung geführt werden könnte, sind wir dazu bereit. Daß auf dem Gebiet Handel, Gewerbe usw. Schwierigkeiten bestehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man ja fast täglich möchte ich beinahe sagen, aus dem „Agrarischen Informationszentrum“ in verschiedenen Variationen lesen, und ich habe hier eine Unterlage vom 27. November 1962, wo es heißt „Eine verblüffende Rechtslage“. „Die Gewerbebehörde entscheidet über Umfang und Grenzen der Landwirtschaft.“ Ich kann Ihnen sagen, daß wir sehr gerne bereit sind, hier der Landwirtschaft zu helfen, daß nicht eine außerlandwirtschaftliche Stelle über „Umfang und Grenzen“ der Landwirtschaft bestimmt. (Landesrat Prirsch: „Jawohl, so, wie das Innenministerium!“)

Das Innenministerium hat ja die Verpflichtung, für die Ernährung gewisse Sorge zu tragen. Und daß die Ernährung auch außerlandwirtschaftliche Menschen berührt, das ist ja nicht bestritten. (Landesrat Prirsch: „Wir verkaufen ja nichts, wenn uns jemand was abkauft, im Ausland, wir verkaufen erst dann, wenn der Herr Vizekanzler sein . . . — unverständlich —. Wenn wir 200.000 fm Holz lagern haben, dann führen wir nicht einmal 50 aus. Ich habe mit dem Herrn Vizekanzler selber gesprochen in der Sache. Und er hat gesagt, ‚wissens, wir werden es schon einmal machen.‘“)

Weil wir gerade von den gewerblichen Belangen gesprochen haben, möchte ich nur darauf hinweisen . . . (Zwischenruf: „Nein, reden wir von was anderem!“) Ich möchte nur eine steirische Zeitung zitieren, die sich mit landwirtschaftlichen Problemen sehr intensiv befaßt, es ist nicht die „Tagespost“, sondern die „Kleine Zeitung“, der man übrigens gratulieren kann zu dem Agrarkonzept der Präsidentenkonferenz. Wir haben das auch den Herrn Redakteur Meier am Samstag bei der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer wissen lassen, weil seine Zeitung sehr nachdrücklich im Sommer um ein Agrarkonzept gerufen hat. Aber die „Kleine Zeitung“ hat sich nicht nur in diesem Fall mit Landwirtschaftsfragen befaßt, sondern hat sich am 11. April 1962 auch einmal unter anderem mit der Frage der Milchautomaten beschäftigt und eine große Überschrift geliefert „Endlich ein Milchautomat für Graz!“ (Abg. Pabst: „Es sind schon 18, nicht nur einer, nicht nur in Graz, sondern auch in anderen Städten!“) Wir haben jetzt schon ein paar mehr, das ist richtig, aber wir haben uns mit der